



Wortprotokoll

Der 318. Sitzung vom 5. Juli 1983

Resoconto integrale

della seduta n. 318 del 5 luglio 1983

VIII. Legislatur
VIII Legislatura
1978 - 1983



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 318. SITZUNG
5.7.1983

INDICE

INHALTSANGABE

Mozione n. 213/83 dei consiglieri Kaserer e Müller, e mozione n.217/83 del consigliere Lunger, concernenti il consorzio di miglioramento fondiario Alta Val Venosta pag. 3

Elezione di un Assessore effettivo appartenente al gruppo linguistico italiano pag. 15

Elezione del Vicepresidente della Giunta provinciale, appartenente al gruppo linguistico italiano. pag. 17

Elezione di un Assessore supplente, appartenente al gruppo linguistico italiano pag. 18

Disegno di legge provinciale n. 257/83: "Modifiche (urgenti) all'ordinamento degli uffici e del personale della Provincia autonoma di Bolzano". pag. 19

BeschluBantrag Nr. 213/83 der Abg.en Kaserer und Müller, und BeschluBantrag Nr.217/83, des Abg. Lunger, betreffend das Meliorierungskonsortium Oberes Vinschgau.Seite 3

Wahl eines wirklichen Landesrates, welcher der italienischen Sprachgruppe angehörtSeite 15

Wahl des Landeshauptmannstellvertreters, welcher der italienische Sprachgruppe angehört Seite 17

Wahl eines Ersatzlandesrates, welcher der italienischen Sprachgruppe angehört Seite 18

Landesgesetzentwurf Nr. 257/83: "Dringende Änderungen an der Ämter- und Personalordnung der Autonomen Provinz Bozen"Seite 19

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

GIUSEPPE SFONDRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.55 UHR
(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta é aperta.
Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

PETERLINI (Sekretär - SVP): (Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale é approvato.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Dubis, Magnago, Zingerle, Lunger e Rella.

La parola al consigliere Balzarini.

BALZARINI (DC): Volevo chiedere se non era il caso di anticipare il punto 18) all'ordine del giorno per l'elezione dell'Assessore effettivo e del vicepresidente della Giunta provinciale.

PRESIDENTE: Metto in votazione la proposta: approvata a maggioranza con 2 astensioni.

Proseguiamo tuttavia con la trattazione delle "Mozioni n. 213/83 e 217/83, presentate rispettivamente dai consiglieri Kaserer e Müller, la prima, e Lunger la seconda, concernenti il consorzio di miglioramento dell'alta Val Venosta".

La parola all'Assessore Durnwalder per la replica.

DURNWALDER (Landesrat für Landwirtschaft und Forstwesen - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben am letzten Freitag sehr ausführlich und sehr lange über die eingereichten Beschlüßanträge von seiten der SVP einerseits und von seiten des Kollegen Lunger andererseits gesprochen. Es sind sehr viele Argumente vorgebracht worden und von seiten der Einbringer der SVP ist vor allem verlangt worden, man sollte doch versuchen den Bauern, welche nicht in der Lage wären vor allem auch aufgrund der jüngsten Unwetter, die hohen Zinsen zu bezahlen, unter die Arme zu greifen und zwar in der Form, daß eben von seiten des Landes ein zusätzlicher Beitrag gewährt werden soll

te. Kollege Lunger seinerseits hat natürlich jede Objektivität außer Acht gelassen und er glaubte mit Vorwürfen und mit verschiedenen Polterungen das Problem lösen zu können. Er hat sich vor allem darüber beklagt, daß einerseits von seiten der Genossenschaft bzw. der Führung des Meliorierungskonsortiums unkorrekt vorgegangen wäre, er hat auch mit verschiedenen ehrenrührigen Ausdrücken nicht dicht gehalten, er hat sowohl den Baufirmen als auch der Führung des Konsortiums verschiedene Sachen vorgeworfen, die er natürlich selbst verantworten sollte. Er hat aber auch der Landesregierung generell vorgeworfen, daß es nicht richtig wäre, daß man solche Konsortien fördere, bzw. zulasse, daß solche Konsortien mit dieser Mehrheit usw. gegründet würden. Nicht nur Kollege Lunger sondern auch andere Redner haben sich generell zu einer Diskussion über die Agrarpolitik ergangen, Kollege Stecher hat vor allem gefordert, man sollte doch ein eigenes Programm für den oberen Vinschgau erstellen, weil es nicht angehe, daß man die gleichen Kriterien im ganzen Land anwende und der obere Vinschgau sei eben ein besonderes Notstandsgebiet und deswegen müsse man unbedingt ein eigenes Programm erstellen. Man hat auch die Nützlichkeit solcher Meliorierungen generell, vor allem von seiten des Kollegen Lunger in Abrede gestellt, daß man der Meinung wäre, daß es überhaupt keinen Sinn habe, daß man überhaupt von seiten des Landes Meliorierungen unterstütze und vor allem wäre es nicht richtig, daß man Zwangskonsortien mache, sondern jeder Einzelne soll eben Gesuche einreichen können und wenn schon, dann soll man eben jedes einzelne Gesuch überprüfen, aber nicht Zwangskonsortien.

Ich möchte hier auch zunächst einige grundsätzliche Überlegungen anstellen und dann zu einigen Anschuldigungen vor allem vom Kollegen Lunger Stellung nehmen. Ich glaube, wir alle wissen, daß wir in Südtirol sehr viele Kleinbetriebe haben, daß wir schauen müssen eine möglichst intensive Landwirtschaft zu betreiben, weil wir eben nicht über die großen Flächen verfügen, über die eben Betriebe in anderen Staaten oder in anderen Gegenden unseres Staates verfügen. Und deswegen ist es notwendig, daß wir die vorhandenen Flächen so intensiv wie möglich nützen und dazu gehört eben auch eine Beregnung dazu, eine Planierung dazu, eine Entsumpfung dazu, d.h. daß wir die Meliorierungen machen, damit wir die vorhandenen Flächen so gut wie möglich bearbeiten können, damit wir die Höchsterträge, die irgendwie möglich sind, erreichen können. Das können wir von seiten des Landes irgendwie unterstützen und auch entsprechend fördern. Wir können die Flächen nicht größer machen, denn die Flächen, die da sind, sind eben da. Es ist aber wirklich verwerflich und nicht einzusehen, daß uns gerade auf diesem Wege von seiten derer, die eigentlich auch unsere Bürger, nicht nur die Landwirtschaft, sondern die gesamten Mitbürger unseres Landes vertreten sollten, auf diesem Wege dauernd Schwierigkeiten gemacht werden. Und wenn vielleicht Kollege Lunger glaubt, daß er auf diese Art und Weise der Landwirtschaft, die er immer wieder vorgibt mitvertreten zu wollen, einen guten Dienst zu erweisen, dann täuscht er sich wirklich sehr. Ich möchte nicht wissen, wie viele

Hunderte Millionen oder vielleicht noch wesentlich mehr Kollege Lunger auf seinem Gewissen hat, indem er eben bei jedem einzelnen Vorhaben, das wir durchführen möchten, immer wieder Schwierigkeiten macht, immer wieder Probleme schafft und immer wieder die Arbeiten in die Länge zieht und diese Art und Weise für die gesamten Kostensteigerungen auch mit verantwortlich ist. Ich glaube, auch das soll einmal gesagt werden und ich glaube, Kollege Lunger, wie lange können Sie das verantworten, daß Sie den Leuten, die sich wirklich schwertun die Meliorierung überhaupt durchzuführen und bezahlen zu können auf diese Art und Weise noch diese Kostensteigerungen aufbürden und vielleicht noch dafür Sorge tragen, daß sie einerseits in Prozesse hineinkommen und weiß Gott was alles dort bezahlen müssen, andererseits mitzahlen müssen, weil eben Kostensteigerungen hervorgerufen werden durch die Verzögerung usw. Ich glaube, Kollege Lunger, wenn Sie immer wieder sagen, einzelne Leute verdienen mehr an der Landwirtschaft als andere in der Landwirtschaft verdienen, so sollten auch Sie einmal überlegen, ob Sie nicht der Landwirtschaft Ihre ganzen Aktionen durch Ihre Nörgelei, durch Ihre Anzeigen, durch Ihre Proteste usw. eine ganze Menge von Schaden zufügen. Ich glaube, viele sind in der Zwischenzeit bereits daraufgekommen und viele werden noch daraufkommen, was Sie, welchen guten Dienst Sie der Landwirtschaft durch Ihre Aktionen überhaupt bereiten. Und ich möchte ganz offen sagen, daß auch Sie mit Schuld sind, vor allem durch Ihre Hetzkampagne, die Sie immer wieder betrieben haben und auch immerhin weiter betreiben, daß wir auch in diesem konkreten Fall d.h. im oberen Vinschgau in dieser Situation eben sind. Ich will nicht Ihnen unterstellen, daß Sie vielleicht hingegangen wären und Gewalt angewendet hätten oder die Leute direkt konkret angestiefelt hätten, Gewalt anzuwenden und immer wieder auf diese Art und Weise für die Verzögerungen zu sorgen, aber mitverantwortlich, daß dieses Klima dort geschaffen worden ist, das sind Sie und das getraue ich mich ganz offen zu sagen, daß Sie vor allem mit verantwortlich sind, daß die Arbeiten so verzögert worden sind, daß diese Gehässigkeiten geschaffen worden sind, daß diese Zwietracht geschaffen worden ist, daß die Leute sich untereinander teilweise gar nicht mehr in die Augen schauen können und mit auch verantwortlich sind, daß es zu diesen Preisverzögerungen und Preissteigerungen gekommen ist. Ich weiß nicht, ob das Sie und Ihre Partei überhaupt noch verantworten können. Denn von seiten der Genossenschaft, des Konsortiums selbst ist in ihrem Protokoll, Sie kennen vielleicht das Protokoll, in dem eben gesagt worden ist, warum es zu diesen Preissteigerungen gekommen ist, warum diese Preiserhöhungen überhaupt hervorgerufen worden sind. Es heißt hier sicherlich, weil man die Minen suchen müssen hat und deswegen eine Verzögerung gekommen ist, aber ein Großteil des Geldes für das Suchen der Minen ist eben vom Land zur Verfügung gestellt worden, damit nicht dort die einzelnen Bauern belastet worden sind. Aber man schreibt weiter, nicht zu vergessen sind die verschiedenen Schwierigkeiten, welche von einzelnen Besitzern der ausführenden Firma gemacht wurden. Es wurden Rohre den Abhang hinuntergerollt, Rohre

verstopft, Sand in die Benzintanks und in die Ölleitungen geschüttet, Bestandteile von Arbeitsmaschinen abmontiert usw., nicht zu vergessen die verschiedenen Prozesse, welche einzelne Besitzer gegen das Konsortium angestrengt haben. D.h. also, daß dauernd, dauernd Schwierigkeiten gemacht worden sind und auch das ist mit Schuld, warum die Arbeiten so in die Länge gezogen worden sind und warum heute diese Verzögerungen da sind, bzw. diese hohen Spesen von seiten der Betroffenen bezahlt werden müssen. Sie haben auch den Leuten keinen guten Dienst erwiesen, wenn sie es getan haben, wie mir gesagt worden ist, daß sie die Leute aufgefordert haben zu bezahlen. Denn eines ist klar, daß für das Geld, das von den Mitgliedern nicht bezahlt worden ist, Darlehen aufgenommen werden müssen und für diese Darlehen mußten auch entsprechende Zinsen gezahlt werden. Sie machen den Mitgliedern auch keinen guten Dienst, das möchte ich Ihnen sagen, wenn Sie heute die Leute wieder auffordern sie sollten auch die Restfinanzierung, die eben nach Gewährung der Beiträge von seiten des Landes und auch der Zusatzbeiträge noch übrig bleiben, nicht bezahlen, denn eines können Sie sicher sein, es wird bezahlt werden müssen, aber dann wahrscheinlich nicht mehr nur dieser Betrag, sondern ein wesentlich höherer Betrag. Und für den können Sie wiederum die Schuld einstecken. Ich bin deshalb der Auffassung, daß man gerade solche größere Vorhaben, die für ein ganzes Gebiet von großem Interesse sind, gemeinsam durchführen sollte, daß man die Ungerechtigkeit und die Unzulänglichkeit aufzeigen sollte. Dort bin ich immer dafür. Aber daß es nicht richtig ist, daß man hergeht, die Leute untereinander in Zwietracht bringt und daß man ihnen Schwierigkeiten macht, damit es eben zu diesen Preissteigerungen kommt, die dann letzten Endes nicht von Ihnen aufgebraucht werden, sondern von den Bauern selber aufgebraucht werden müssen, denn Sie sind dann nicht derjenige, der es bezahlt, zahlen müssen es letzten Endes dann die Bauern.

Zu den einzelnen Vorwürfen, die hier vorgebracht worden sind. Sie widerlegen sich immer wieder selbst und ich weiß nicht, als Inhaber einer Rechtskanzlei müßten Sie eigentlich so viel die Unterlagen, die Sie immer wieder beilegen, schon in irgendeiner Weise wenigstens selbst verstehen, denn Sie sagen z.B. ein Schwerpunkt, den Sie hier vorbringen, daß Dr. Dalsass im Jahre 1976 versprochen hätte, daß eben nur 500.000 Lire zu bezahlen sind und nicht mehr. Es stimmt, lieber Dr. Lunger, daß das gemacht worden ist, daß er das im Jahre 1976 versprochen hat, aber derselbe Dr. Dalsass hat damals auch hinzugefügt unter der Voraussetzung, d.h. so weit das Projekt in unmittelbarer Zeit realisiert wird. D.h. daß eben die Arbeiten sofort durchgeführt werden, aber nicht, daß man vom Jahre 1976 bis zum Jahre 1983 braucht, bis die Arbeiten fertiggestellt worden sind. Ich glaube, daß niemand verlangen kann, den Sie ein Haus gebaut haben im Jahre 1976 und von 1976 bis 1983 gebaut haben, wird Ihnen keine Baufirma die gleichen Preise im Jahre 1983 anwenden, wie es eben im Jahre 1976 der Fall gewesen ist, sondern es wird eben auch Preissteigerungen geben, und Dr. Dalsass hat gesagt, unter der Voraussetzung, daß das sofort gemacht

wird, werden die 500.000 Lire anerkannt und dort werden die 500.000 Lire auch anerkannt werden und es wäre auch sicherlich eingehalten worden, denn damals war das Projekt 550 Millionen ca. Wie es aber fertiggestellt worden ist im heutigen Zeitpunkt, sind es über 3 Milliarden. Sie können sich ja vorstellen, daß dort ein Unterschied ist, ob ich ein Projekt um 550 Millionen oder von mir aus auch wenigstens einige 100 Millionen mehr gewesen wäre, durchführe oder ob zum Schluß eben 3 Milliarden zum bezahlen sind. Deswegen glaube ich, müssen Sie auch so objektiv sein und auch das sagen. Oder, ich habe mir auch die Mühe genommen herauszufinden was damals die betreffenden landwirtschaftlichen Produkte gekostet haben, denn damals hat es geheißen, sie hätten so und soviel Liter Milch zahlen müssen. D.h. den Wert von soundsoviel Litern Milch. Damals, im Jahre 1974, als das Projekt ausgearbeitet worden ist, hat die Milch durchschnittlich im Lande 131,58 Lire gekostet. Heute kostet sie 490, heute etwas mehr, aber ich sage Ende 1982. D.h. auch dort haben wir eine Preissteigerung von ca. 300%. Deshalb müssen Sie auch verstehen, wenn die Einnahmen in diesem Verhältnis gestiegen sind, daß eben auch die Kosten in irgendeiner Form angestiegen sind. Im Jahr 1976, dort hat ein Liter Milch 194,45 Lire gekostet, heute sind es, wie gesagt, ungefähr 490, Ende 1982, d.h. auch dort haben wir eine Preissteigerung zu verzeichnen gehabt und deswegen ist es selbstverständlich, daß man auch auf der anderen Seite, wenn es eben um die Kostenabfangung geht, daß man auch dort Verständnis haben muß, daß auch die Kosten eben steigen. Dann haben Sie gesagt, ja, aber Durnwalder ist hergegangen und hat noch am 1.1.1980 erklärt, bzw. hat gesagt, daß am 1.1.1980 das noch eingehalten werden könnte, d.h. daß die Bauern nur 560.000 Lire bezahlen würden, wenn diese Gesetze, die damals ins Rollen gebracht worden sind, in Rom auch durchgehen würden. Wir haben gerade deshalb, weil wir gesehen haben, daß die Kostensteigerungen sind und die waren nicht nur auf dem Gebiet der Landwirtschaft, sondern eben insgesamt im ganzen Lande, auf jeden Sektor sind eben Kostensteigerungen zu verzeichnen gewesen. Wir haben das gesehen und deswegen haben vor allem eben aufgrund der Intervention auch der Vinschgauer Vertreter, von Landesrat Benedikter angefangen, über Müller und Kaserer, haben wir bereits damals ein Gesetz ausgearbeitet, in dem wir vorgesehen haben, daß wir für die Restfinanzierung 70% Beitrag und 30% Darlehen geben können für die Preissteigerung. Und das haben wir auch getan und von seiten des Landes sind für diesen Zweck ungefähr 1,4 Milliarden Lire zwischen Darlehen und Beitrag bereitgestellt worden. D.h. wir sind den Leuten entgegengekommen und wenn damals die Arbeiten abgeschlossen worden wären, dann hätten die Leute am 1.1.1980 560.000 Lire bezahlt. Ich glaube, daß ich deshalb keine Lüge verbreitet habe, sondern ich habe ausdrücklich gesagt, die Kosten am 1.1.1980 wären eben diese. Sie können mich doch nicht verantwortlich machen für zukünftige Preissteigerungen, die eben aufgrund der Verzögerung, aufgrund der Darlehensaufnahme usw. verzeichnet worden sind. Denn wenn z.B. das Konsortium ein Darlehen aufgenommen hat und dafür 700 Millionen Lire Zinsen zahlen muß, dafür können Sie doch nicht uns

verantwortlich machen, denn dieses Darlehen hat nicht die Landesregierung aufgenommen, sondern das Konsortium. Selbstverständlich ist es so, nachdem einzelne Mitglieder auch nicht gezahlt haben, daß man die Firmen zahlen mußte und deswegen Darlehen aufgenommen hat und für diese Darlehen mußten eben Zinsen gezahlt werden. Dort können Sie doch nicht die Landesverwaltung verantwortlich machen. Bleiben Sie doch bei der Wahrheit und verbreiten sie nicht solche Lügen. Ich habe nur gesagt, daß am 1.1.1980 die Kosten so sind und zu diesem Zeitpunkt waren sie auch so und wenn Sie wollen, dann werde ich Ihnen jede einzelne Lire genau vorrechnen. D.h. sie haben absichtlich hier Lügen verbreitet und haben herum erzählt, daß wir Ihnen weiß-Gott- was versprochen haben. Wir haben genau das Datum hergenommen, haben genaue Abrechnungen gebracht, was eben zu diesem Zeitpunkt war, wie es uns von seiten des Konsortiums mitgeteilt worden ist. Dann sagen Sie, viele Mitglieder wußten überhaupt nicht, daß hier ein anderes Konsortium ist. Die Mitglieder haben sich zuerst zu irgendetwas bekannt und später ist man dann hergegangen und hat ein anderes Konsortium gegründet und da ist auch nicht alles ganz sauber und die Mitglieder wußten gar nichts, auch hier haben sie wieder selbst die Unterlagen geliefert. Man hätte Ihnen vielleicht schon zutrauen können, daß sie wenigstens die eigenen Unterlagen die Sie vorlegen, vielleicht durchschauen und vielleicht auch einmal durchlesen. Denn, wenn Sie sagen, die Leute haben nicht gewußt, dann muß ich Ihnen eines sagen. Im Jahre 1976 bei der Generalversammlung ist beschlossen worden und zwar dort bereits, unser Meliorierungskonsortium oberes Vinschgau, also nicht mehr unter dem ursprünglichen Konsortium, denn das wurde später ja umgewandelt, wie Sie selber sagen, d.h. es wurde ein neues Konsortium gegründet, dort wurde das Projekt dann übernommen und auch Brüssel hat die entsprechende Zustimmung gegeben. Sie können ganz sicher sein, denn diese Akten sind sowohl von Rom, vom Rechnungshof überprüft worden, auch in Brüssel überprüft worden. Sie können ganz sicher sein, daß diese Umwandlung, bzw. die Übernahme dieses Projektes vom ursprünglichen Konsortium in das später gegründete Konsortium voll und ganz eben in Ordnung sind. Im Jahre 1976, wo Sie sagen, die Leute hätten nichts gewußt von dieser Umwandlung, von diesem neuen Projekt, damit war man gar nicht einverstanden das weiterzuleiten. Das haben sie selber beigelegt, ich hätte es vielleicht gar nicht gefunden. Von den 148 Anwesenden stimmten 136 mit Ja und 12 Mitglieder stimmten mit Nein. Wäre es jetzt richtig gewesen, wenn wir, obwohl von den 148 136 dafür waren, daß wir den 12 recht gegeben hätten und die 136 einfach ignoriert hätten und hätten gesagt, nein, das geht uns nichts an, 12 sind dagegen und deswegen wird überhaupt nichts gemacht. Ich glaube also, Kollege Lunger, Sie schlagen sich mit den eigenen Waffen.

So weit das Problem und als Erwidierungen auf Ihre Anschuldigungen, die Sie immer wieder vorgebracht haben.

Nun aber zu den Beschlußanträgen als solche. Kollege Kaserer und Kollege Müller haben den Beschlußantrag eingebracht, aber nicht nur, daß sie sich erst in dieser Zeit um das Problem interessiert hätten, sondern

bereits lange vorher haben sich die verschiedenen bäuerlichen Vertreter, der Bauernbund und die politischen Vertreter, alle haben sich um dieses Problem interessiert und haben auch mit uns diesbezüglich wiederholt Aussprachen und Sitzungen usw. veranstaltet. Auch die Führung des Konsortiums, wenn auch nicht unbedingt immer an erster Stelle der Präsident, aber wenigstens die anderen Mitglieder haben sich auch sehr interessiert, daß wir hier eine Lösung finden. Vor allem jetzt, aufgrund dieses Unglückes, das sie eben gehabt haben, haben wir eingesehen, daß etwas getan werden muß, damit die ca. 700 Millionen Lire Zinsen so gut wie möglich aufgegangen werden können. Und hier haben Sie ganz bestimmt gar nichts beigetragen und wir haben deshalb ein Gesetz verabschiedet. Sie waren damals entschuldigt und haben wahrscheinlich gar nicht mitbekommen, haben jedenfalls ein Gesetz verabschiedet, indem wir eben vorgesehen haben, daß wir diesem Konsortium 400 Millionen Lire bereitstellen, damit eben die Belastung von seiten der Mitglieder etwas geringer wird und das haben wir bereits getan, das Gesetz ist bereits in Rom und wird demnächst eben dann genehmigt werden, so daß wir so schnell wie möglich mit der Auszahlung dieser 400 Millionen Lire rechnen können. Ich glaube, daß auf diese Art und Weise den Leuten geholfen werden kann, nicht indem Schwierigkeiten gemacht werden, die Leute aufgehetzt werden, neue Zinsen anfallen, neue Kostensteigerungen heraufbeschworen werden, dort wird den Leuten nicht geholfen. Wenn Sie glauben, Kollege Lunger, nur auf diese Art und Weise politische Stimmen fangen zu können, dann erbarmen Sie mir, denn wenn eine Partei wirklich nur diese Art und Weise im Landtag vertreten sein kann und irgendwie ein politisches Rechtsmandat erringen kann, dann sind Sie arm dran, wenn Sie nicht durch eine positive Art und Weise imstande sind, den Leuten zu zeigen was Sie imstande sind zu leisten und die Leute dann auch entsprechendes Vertrauen bekommen. Aber mir kommt vor, Sie können es nur mit Verleumdungen, mit Anzeigen und mit Vergiftung der gesamten Atmosphäre. Ich glaube, daß das keine politische Arbeit für einen Landtag ist, sondern dort soll etwas Konkretes, aber Positives geleistet werden und nicht mehr nicht nur reine Kritik bzw. Verleumdungen und Irreführungen auch von seiten der Bevölkerung. Ich glaube also, daß wir dem Antrag von den Kollegen Müller und Kaserer zustimmen könnten. Ich möchte Sie jedoch ersuchen, nachdem wir in der Zwischenzeit das bereits beschlossen haben, was die eigentlich möchten, daß sie ihren Antrag zurückziehen, weil er an und für sich gegenstandslos ist. Nachdem wir in Zwischenzeit, das was Sie im guten Glauben geglaubt haben von uns zu verlangen und wofür wir auch dafür gewesen wären, haben wir in der Zwischenzeit bereits gemacht, deshalb glaube ich, daß ihr Beschlußantrag hinfällig ist. Ich würde euch ersuchen, daß ihr diesen Beschlußantrag zurückzieht und gegen den Beschlußantrag von Dr. Lunger möchten wir uns selbstverständlich aussprechen, weil er einfach jeder Wahrheit widerspricht.

LUNGER (PDU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die ganze Litanai von Lügen, Beschuldigungen, unwahren Behand-

lungen, die Landesrat Durnwalder hier vom Stapel gelassen hat, zeigen vor allem sein schlechtes Gewissen, zeigen vor allem auf, wie sehr die SVP-Politiker die Bürger und Bauern im Vintschgau gerade auf diesem Gebiete hinters Licht geführt, getäuscht und betrogen haben. Es war ein Betrug von Hunderten von Bauern im oberen Vinschgau. Nur kurz zu einigen unwahren und lügenhaften Behauptungen, die Landesrat Durnwalder hier ausgesprochen hat. Er sagt, ich hätte die Führung des Konsortiums beleidigt und beschuldigt. Ja, das habe ich. Und ich habe dem Konsortium nicht nur vollkommene Unfähigkeit vorgeworfen, was auch gerechtfertigt ist, sondern auch unkorrekte Vorgangsweise und Schwindel. Ich erinnere daran, daß mir am Samstag in St. Valentin gesagt worden ist, daß Bürger gehört haben, daß sogar Herr Kaserer dort bei der SVP-Versammlung vor kurzem zugegeben haben soll, daß da ein Schwindel geschehen sei. Landesrat Durnwalder sagt, ich sei der Meinung, man sollte die Konsortien nicht fördern, man sollte überhaupt diese Meliorierung nicht machen, usw. Das ist eine einzige reine Verleumdung. Das habe ich nie gesagt. Ich war immer dafür und bin dafür, ich habe immer befürwortet, daß solche Aktionen gefördert werden. Ich bin aber dagegen und werde immer dagegen sein, daß Leute dazu gezwungen werden die nicht wollen. Ihr nehmt ein faschistisches Gesetz aus dem Jahre 1933, weil euch das so gut paßt, das Landesgesetz hat das faschistische Gesetz in seinen Strukturen überhaupt nicht geändert, die Gründung dieser Konsortien und der Zwang erfolgt ausschließlich aufgrund der Bestimmungen des faschistischen Gesetzes aus dem Jahre 1933 und ihr zwingt mit diesem faschistischen Gesetz Bauern zu Investitionen und mitzutun, die selber in Ruhe gelassen sein wollen. Ihr also untergrabt und werft die Freiheit unserer Tiroler Bauern mit einem faschistischen Gesetz ab. Das ist die Tatsache und dagegen kämpfe ich und werde in Zukunft kämpfen und glaube, daß ich den Südtiroler Bauern auf diese Weise einen viel größeren Dienst erweise als ihr mit der Anwendung des faschistischen Gesetzes gegen unsere Bauern, weil ich zwar für die Erhaltung der Freiheit der Bauern kämpfe und das ist das Wichtigste für einen Bauern. Wenn man einen Bauern mit diktatorischen faschistischen Gesetzen zwingt eine Art Kolchosensystem einzuführen, dann seid ihr diejenigen, die die Bauern untergraben und zerstören.

Ich möchte da noch etwas richtigstellen, was jemand das letzte Mal gesagt hat, daß die Bauern bei den einzelnen Grundstücken die Beregner absperren könnten. Das ist nicht wahr. Ich war am Samstag oben und habe mir Beregner angesehen, die können alle nicht abgedreht werden. Deswegen, dieses Kolchosensystem, in dem der Einzelne nicht einmal mehr bestimmen kann, wann und wie lange ein Grund beregnet wird, denn so ist es, das führt ihr ein. Deswegen, die größten Bauernabwürger seid ihr!

Hetzkampagne habe ich auch keine gemacht. Denn die Leute, die in Ruhe gelassen sein wollten, die sich dann gegen die Steuerzettel, die ja aufgrund dieses faschistischen Gesetzes ihr gegen diese Bauern ausstellt, ihr alle zusammen, indem ihr dieses Konsortium fördert, das sind alles eure Leute. Ihr duldet das, ihr fördert diesen Zwang, die Abwürgung der

Freiheit aufgrund des faschistischen Gesetzes, das sind alles eure SVP-Funktionäre.

Leute, die sich gewehrt haben, haben sich an mich gewandt und haben mich um Rat und um Hilfe ersucht und nicht ich habe sie aufgehetzt und ich habe hier Unterschriften von 70 Leuten, erst jetzt, die gegen diese Sachen sind. Landesrat Durnwalder hat da einige Berechnungen zwar und gesagt hat, daß im Jahre 1976, als ja Dalsass versprochen hat daß 500.000 Lire genügten, wenn in absehbarer Zeit, und jetzt die Milch 490 Lire kostet; das ist eine Preissteigerung von ca. 160%. Ich habe aber jetzt hier die Aufstellung, was diese Bauern zahlen sollten, trotz dieser 400 Millionen. Nämlich in den letzten Tagen sind da Zettel vom Konsortium verschickt worden, wo jetzt aufscheint, was da alles zu zahlen wäre. Da heißt es, die 500.000, welche bereits ursprünglich gezahlt worden sind, dann wären hier heuer zwei Raten von je 400.000, also 800.000, sind 1.300.000, dann wäre ein Darlehen zurückzuzahlen, 20 Jahre lang, mit jährlich 126.000 Lire, das macht 2.520.000, immer je Hektar. Das macht eine Gesamtsumme von 3.820.000 Lire. Die Spesen und die Gesamtschulden oder die Gesamtkosten sind mit gut 3 Milliarden angegeben. Bei den Kosten ist es eine Preissteigerung von 600% im Gegensatz zu den 160% Steigerung des Milchpreises. Bei der Rückzahlung, mit dem Darlehen ist es eine Preissteigerung von etwa 750%. Und nun meine Herren, wenn das nicht ein Betrug und ein Hineinlegen der Bauern ist, dann frage ich mich, was es sonst ist. Und diese Bauern, ihr habt selber in eurem Beschlußantrag geschrieben, daß viele Bauern an den Rand der Existenz gekommen sind, daß viele Bauern Gefahr laufen ihre Höfe, wegen der Schulden dieses Konsortiums zu verlieren. Nun meine Herren, ich lasse jeden selber urteilen, ob eine Politik, die die Bauern an den Rand der Existenz bringt, die die Bauern dahin bringt, daß sie teilweise ihr Höfe drohen zu verlieren, ob eine solche Politik wirklich für die Bauern gemacht wird. Das lasse ich einen anderen urteilen. Einen von seinem Hof bringen war immer eines der größten Verbrechen, das in Tirol einer begehen hat können. Und ihr meine Herren seid dabei diese Leute von ihren Höfen zu bringen, ihr seid dabei mit eurem faschistischen Gesetz, daß ihr diese Bauern dazu bringt, daß sie entweder zumindest Jahrzehnte lang in Schulden sind und Schulden zahlen müssen und Sorgen haben, bzw. manche wirklich daran kommen ihren Hof verkaufen zu müssen. Ihr bringt die Leute von Haus und Hof und nicht ich. Das seid ihr, und daraus sieht man, welche Politik ihr für die Bauern betreibt. Das sind hier die Unterlagen meine Herren, das sind die Tatsachen und die Tatsache ist auch, daß die Bauern zu mir gekommen sind, ich habe sie nicht aufgehetzt, ich habe immer gesagt, wer bauen will soll bauen und soll auch eine Förderung bekommen, aber wer nicht will, der soll in Ruhe gelassen werden. Deswegen ist es eine Lüge wenn behauptet wird, ich habe das System befürwortet, daß jedes Gesuch einzeln beurteilt wird. Überhaupt nicht, es kann gemeinsam beurteilt werden und gefördert werden, aber die nicht wollen läßt man heraus. Das ist mein Grundsatz. Für mich hat die Freiheit des Bauern noch eine Bedeutung und für die trete ich ein

und für die Kämpfe ich. Ihr aber nehmt ein faschistisches Gesetz aus dem Jahre 1933 um die Freiheit dieser Bauern total zu untergraben und abzuschneiden; sagt mir eine andere Berufsgruppe, wo eine Berufsgenossenschaft oder irgendwer die Möglichkeit hat oder hätte die betreffenden Mitglieder zu Investitionen zu zwingen. Wo denn? Niemand kann das, nur aufgrund des faschistischen Gesetzes betreibt ihr dies gegen die Bauern, indem ihr ihnen dadurch das Konsortium zum Teil zwangsweise die Berechnung einbaut und dann die Steuerzettel schickt. Ihr also seid diejenigen, die die Freiheit der Bauern mit dem faschistischen Gesetz und da sind euch die faschistischen Gesetze gut, obwohl ihr sonst über den Faschismus schimpft, aber wenn es darum geht, rein diktatorische Methoden anzuwenden und eure Machtfülle zu steigern und gegen alle Bauern anzuwenden, dann sind euch die faschistischen Gesetze gut genug. Dann kommen sie euch gelegen, denn diktatorischer wärt ihr nicht mehr imstande die zu machen. Mit diesen Gesetzen seid ihr diejenigen, die den Bauern ihre Freiheit nehmen und somit die Bauern schädigt. Und immer mehr Bauern sehen ein, was mit ihnen auf diesem Gebiete getrieben wird, wie die Bauern da zu Handlangern degradiert werden, damit die Interessen, auch wirtschaftliche Interessen, vor allem aber Machtinteressen anderer befriedigt werden und immer mehr Bauern kommen darauf, was ihr mit ihnen treibt. Deswegen werde ich hier weiterarbeiten und ich glaube, daß ich den Südtiroler Bauern einen großen Dienst erweise. Die Behauptung, ich hätte die Arbeiten verzögert und teurer gemacht, ist eine Lüge. Ich ersuche Sie mir zu sagen, wann, wo und wie lange welche Arbeit durch mich verzögert worden ist. Denn diesen Vorwurf hat mir bereits am Pfingstsonntag der SVP-Ortsobmann von St. Valentin bei einer Versammlung vor 80 Leuten gemacht. Ich habe ihn gefragt, er sollte es mir sagen, wann, wo, wie lange welche Arbeiten durch mich verzögert worden sind. Er hat keine Antwort gewußt. Dann habe ich ihn vor allen als Lügner bezeichnet und er mußte still sein. Und nachher hat ein Aufsichtsrat vom Konsortium, ein gewisser Herr Peer von Burgeis gegenüber Leuten ganz offen zugegeben und hat gesagt, das war ein Blödsinn, was er gesagt hat, denn Herr Lunger hat nirgends die Arbeiten aufgehalten. Deswegen sieht man daraus, wieviel Sie heute nur Lügen und unwahre Behauptungen aufgestellt haben, aber offensichtlich um Ihr schlechtes Gewissen hier zu verdecken. Offensichtlich um Ihre Politik zu verdecken, welche aufgrund von faschistischen Gesetzen dabei ist, den Südtiroler Bauern ihre Freiheit zu rauben und sie zu verknechten. Noch etwas möchte ich sagen, weil Sie da mit Hinweisen gekommen sind, auf das, was ich verstehe oder nicht verstehe. Sie haben selber damals im Zusammenhang mit der Diskussion über verschuldete Bauern der FF gegenüber gesagt, wörtlich: Ja, wir haben Fehler gemacht. Wir hatten auch nicht die geeigneten Leute für die Beratung. Nun, ich frage mich, wer war denn der Hauptberater der Bauern 1970 oder 1969 und Anfang 1979? Das waren Sie als Direktor des Südtiroler Bauernbundes und die ganze Beratung ist Ihnen unterstanden. D.h., nachdem Sie selber zugegeben haben, daß keine geeigneten Leute vorhanden waren, haben Sie selber zugegeben, daß Sie unfähig waren die

Bauern zu beraten.

KASERER (SVP): Es ist schon ein eigenartiges Verständnis von Demokratie des Kollegen Lunger, wenn er mir, der ich der Miteinbringer des ersten Beschlußantrages bin, nicht einmal mehr das Wort lassen möchte. Da fängt es schon an mit dem eigenartigen Begriff von Freiheit des Kollegen Lunger.

Vielleicht darf ich vorausschicken, jeder der etwas tut kann Fehler machen. Wenn einer es so macht wie Kollege Lunger, daß er nur schürt und hetzt, dann kann er natürlich in seinen Augen keine Fehler machen. Das ist eigenartig. Und wenn er sagt, er hätte nichts dazu beigetragen zur Verhetzung, zur Verunsicherung, sondern nur Rat und Hilfe geboten hat, dann muß ich sagen, hat er einen eigenartigen Begriff von Rat und Hilfe. Einen Rat hat er ihnen schon gegeben, nämlich den falschen und Hilfe, wenn ich das dazusagen darf, hat er ihnen keine angeboten, denn wenn man Leute aufhetzt und bewußt irreführt, dann ist das keine Hilfe, sondern ich möchte sagen, dann ist das ganz klare Demagogie und nichts anderes und zwar muß ich sagen, daß es sich hier noch dazu um eine verantwortungslose Tätigkeit gehandelt hat, denn Leute aufzufordern ihrer Verpflichtung nicht nachzukommen - ich kann auch warten, bis der Kollege Lunger auch Zeit hat, aber wenn er schon einmal da ist, dann möchte ich schon auch, daß er zuhört, denn oft ist er nicht da.

PRESIDENTE: Lei non può obbligare un consigliere ad ascoltare, il consigliere può anche uscire dall'aula.

KASERER (SVP): Herr Präsident, ich beziehe mich auf Äußerungen des Kollegen Lunger selbst, der bei jeder Gelegenheit immer wieder darauf Wert legt, daß derjenige, den er anspricht auch zuhört und noch dazu muß ich sagen, ich lege auch Wert darauf, daß der Präsident auch zuhört, weil ich auch dazu noch etwas sagen möchte.

Ich habe vorhin gesagt, daß es meines Erachtens eine Irreführung der Betroffenen und ich sage noch dazu, der Betroffenen, die sich in keiner wirtschaftlich besonders rosigen Lage befinden, sondern das Gegenteil, aber umso verwerflicher ist es dann, wenn man gerade diesen Leuten rät ihrer Verpflichtung nicht nachzukommen. Sicher kann man sagen, ich weiß nicht, ob er die ganze Schuld allein trägt, was Aufhetzung betrifft, was die Verzögerung dazu beigetragen hat, daß man Rohre in den Bach geworfen hat, daß man Erde in den Tank hineingelegt hat, usw., ich wiederhole das noch einmal, daß der PDU-Gemeinderat von Mals eben mit dem Beil gegen die Arbeiter vorgegangen ist, ob sie das von sich aus getan haben oder auf Anraten des Kollegen Lunger, das kann ich nicht beurteilen, aber sicher ist es, daß sie jeder Zeit, das geht ganz eindeutig hervor, bei ihm Rat und Hilfe geholt haben, wie sie dem Konsortium und damit den betroffenen Bauern schaden könnten. Und Schaden ist ohne Zweifel durchgeführt worden, Kollege Lunger, darüber besteht überhaupt kein Zweifel.

Ich muß sagen, ich finde es verwerflich, wenn man den Leuten sagt, ihr braucht nichts zu zahlen, bezahlt nicht, obwohl die Arbeit geleistet worden ist, und derjenige, der diesen Rat gibt ganz genau weiß, meines Erachtens, daß niemand anderer diese Schuld bezahlen wird. Und wenn man noch dazu weiß und so viel rechnen, glaube ich, kann auch Kollege Lunger, daß wenn ich bei der Bank ein Geld aufgeliehen habe, daß ich dafür auch Zinsen bezahlen muß und das ist in der heutigen Zeit leider sehr viel. Deshalb wird die Schuld jeden Tag größer und die Betroffenen werden in Zukunft noch mehr bezahlen müssen. Deshalb, glaube ich, ist es einfach nicht zum glauben, was Kollege Lunger hier in diesem Falle mit den armen Bauern in diesem Gebiet sich leistet. Wir haben in unserem Antrag geschrieben, daß Höfe sicher in Gefahr sind. Der Meinung bin ich auch noch, wenn nicht Hilfe geboten wird. Ich bin nicht der Meinung, daß dadurch, daß es nun gelungen ist 400 Millionen Lire, ohne daß Kollege Lunger auch nur einen Beistrich gerührt hat, dem Konsortium zur Verfügung zu stellen, daß wir dadurch den Betroffenen wirklich unter die Arme gegriffen haben und daß es dadurch vermieden wird, daß meines Wissens, ich habe mich auch erkundigt, kein Bauernhof deshalb mehr in Gefahr kommt, wenschon, dann könnte er höchstens in Gefahr kommen, weil, wenn einer, der aufgrund der Aufforderung des Kollegen Lunger nicht bezahlt und dadurch noch mehr in Schulden hineinkommt, da könnte es passieren, daß er in Gefahr kommt. Also, wenn dann jemand in Gefahr kommt, dann, Kollege Lunger, müssen Sie sich gefallen lassen, daß Sie die Hauptschuld dazu tragen.

Damit ist ganz klar gesagt, daß es uns darum geht den Betroffenen konkret zu helfen und nicht Demagogie zu betreiben und aus der Not- und das finde ich verwerflich, - aus der Not anderer versuchen politisches Kapital zu schlagen. Das hat meines Erachtens mit der viel gerühmten Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, die die Partei der Unabhängigen ständig predigt nichts zu tun. Nicht nur, daß wir in den vergangenen Wochen und Monaten anhören mußten, mit wieviel Lügen die Südtiroler überhäuft worden sind von seiten der Grünen Welle und Kollege Lunger ist dort führend tätig, ist es unglaublich, daß man noch dazu hergeht und anderen, die bereit sind den Betroffenen zu helfen, Schuld in die Schuhe schiebt. Ich habe nie behauptet, daß das Konsortium ausgezeichnet funktioniert hat, aber ich bin der Meinung, daß die Aufgabe, die hier bestimmte Leute übernommen haben, einfach ihre Kapazität überschritten haben. Und daß die Hauptursache sicher auch darin liegt. Ich sage nicht, daß nirgends eine Schuld liegt, aber man kann deshalb nicht gleich hergehen und sagen, deshalb hat die Partei die Schuld, deshalb hat die Landesverwaltung die Schuld, weil, - das ist ein unabhängiges Konsortium, - das mit Politik als solche und schon gar nicht mit Parteipolitik überhaupt nichts zu tun hat. Das sollte sich Kollege Lunger auch einmal hinter die Ohren schreiben. Ich darf noch dazu sagen, daß aufgrund der Aufforderung des Konsortiums und auch aufgrund der Zusage, die die Landesregierung eben gegeben hat, nun bereits die konkreten Taten gefolgt sind und es ist wichtig, daß sehr viele von den Betroffenen den geschuldeten Betrag bereits eingezahlt ha-

ben.

Ich möchte ankündigen, daß wir gegen den Antrag des Kollegen Lunger stimmen werden und daß wir unseren Antrag zurückziehen, nachdem das, was wir verlangt haben, nämlich Hilfeleistung seitens der Landesregierung den Betroffenen gegenüber, daß wir diesen Beschlußantrag zurückziehen.

PRESIDENTE: Il consigliere Kaserer ha ritirato la mozione n.213/83. Metto in votazione la mozione n. 217/83: respinta a maggioranza con 6 voti favorevoli e 1 astensione.

Punto 18) dell'ordine del giorno: "Elezione di un Assessore effettivo appartenente al gruppo linguistico italiano".

Punkt 18 der Tagesordnung: "Wahl eines wirklichen Landesrates, welcher der italienischen Sprachgruppe angehört".

Ci sono proposte? La parola al consigliere Balzarini.

BALZARINI (DC): A nome del gruppo della Democrazia Cristiana proponiamo ad Assessore effettivo l'Assessore supplente Ferretti.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, egregi colleghi, non vogliamo praticamente alla fine di questo periodo di legislatura affrontare particolari dibattiti politici che invece sono stati al centro della nostra iniziativa e tra questi il giudizio che è stato dato sulla composizione e sull'operato della Giunta che ha trovato il suo momento più alto quando la Giunta si è formata o quando gli atti politici o legislativi o amministrativi hanno consentito posizioni che noi abbiamo giudicato severamente per l'inadempienza e l'inadeguatezza dell'operato rispetto ai problemi sul tappeto, per la conduzione della vicenda autonomatica da parte dei partiti che compongono questa maggioranza e questa Giunta. Non possiamo che confermare questo alla luce dell'assenza totale di ogni episodio e di ogni comportamento che corregga questa impostazione e che porta a risultati diversi. Sappiamo tutto questo, non possiamo dunque che ribadirlo anche di fronte ad un avvicendamento che è dovuto a motivi di ordine tecnico-elettorali. Non è dunque quello che abbiamo di fronte un avvicendamento di natura squisitamente politica, però indipendentemente da questo un se pur breve commento e una considerazione politica credo che vada fatta, perché la nomina di un Assessore è pur sempre la composizione della Giunta che stiamo affrontando. Più di tanto non vogliamo dire essendo anche convinti che il giudizio rimane inalterato e il periodo che sta davanti non è certo tale da poter consentire l'uso di più parole.

Questo lo diciamo indipendentemente dalle persone che vengono a ricoprire questi incarichi ma lo diciamo come motivazione, valutazione e giudizio politico sul complesso degli orientamenti e delle scelte che la

Giunta ha inteso prendere e che presumo, vista la rudezza con la quale é stata presentata la proposta continuerá ad aggiungere. Non chiediamo e non proponiamo anche perché i proponenti non hanno sentito questo bisogno, che ci sia un impegno, salvo quello che si riallaccia alla dirittura di marcia di questa Giunta provinciale.

Per questi motivi non possiamo che ribadire una contrarietà agli indirizzi complessivi e per quanto concerne la composizione. Desidero solo precisare questo pensiero: questa Giunta, questa maggioranza ai suoi esordi diceva che non aveva trovato pieno accordo su un cosiddetto programma. Noi abbiamo constatato che gli accordi ci sono stati e nutriti, sulle questioni più di fondo, basti vedere la produzione legislativa, l'uso delle risorse dell'autonomia e tanti atti politici consumati all'interno di questa assemblea elettiva di altre o nei rapporti fra le forze politiche. Crediamo ancora una volta non solo forzata ma deviante e falsificata tutta questa storia sulla composizione a titolo etnico della Giunta provinciale. Infatti, anche se l'ordine del giorno dice: nomina di un Assessore appartenente ad un preciso gruppo linguistico, é altrettanto vero che il gruppo linguistico coincide con l'appartenenza ad un gruppo che fa parte della maggioranza. E' la riprova, signor Presidente che al di lá delle foglie di fico di quando in quando usate per coprire responsabilità che suppongo sono state assunte e vengono mantenute, ecco confermato come le convergenze esistono in quanto esistono accordi su alcune cose da fare.

Questo, signor Presidente, a commento della proposta che qui é stata fatta che non ci riguarda come partito né come gruppo linguistico, nel senso che chiunque sia a rappresentare la Giunta non é di certo una esclusività di natura linguistica che deve raccogliere ma anche di natura politica. Sicché nessuna delega né su uno né sull'altro versante da parte del gruppo comunista.

COSTALBANO (NS-NL): Signor Presidente, signori colleghi, in merito a questa proposta devo rilevare innanzitutto il mio dissenso di fondo nei confronti dello Statuto d'autonomia e particolarmente dell'art. 50 per quanto concerne la rappresentanza etnica all'interno della Giunta provinciale. Questa disposizione credo sia contraria e priva di buon senso politico proprio perché é un invito a dimissioni di responsabilità da parte di una maggioranza nella tutela di un gruppo etnico che in Alto Adige può essere minoritario. Io non credo che la tutela di un gruppo etnico possa essere affidata a degli Assessori che entrano all'interno della Giunta in difesa e a tutela di un gruppo etnico. Credo che questo sia un atto politico che deresponsabilizza in questo caso il gruppo etnico tedesco alla tutela e alla difesa dell'uguaglianza dei cittadini di lingua ladina e italiana.

C'è anche una partecipazione che non é solo a titolo di accordo politico ma etnico che qua é stata denunciata e anche su questo devo esprimere il mio dissenso in ordine a queste possibilità che lo stesso Statuto

di autonomia consente proprio perché questo tipo di rappresentanza è privo di ogni significato tanto è vero che quelli che sono i rapporti reali che vanno avanti nell'economia, nella cultura sono rapporti reali come dimostrano le tensioni politiche, i dati elettorali e quelli del censimento, che non si tutelano minoranze attraverso questi giochetti che niente hanno a che fare con una responsabilità democratica di fondo. Ecco perché io sono contrario a quanto proposto in linea di principio, al di là di quelle che possono essere le persone e al di là di quello che può essere il partito anche se una valutazione va fatta in questo caso, perché ritengo che la DC abbia operato in questi anni sull'illusione di una politica fallimentare che è stata quella della ricerca costante di un accordo con la SVP a tutti i costi, senza arrivare a delle battaglie di fondo che consentissero l'emergere di una vera volontà autonomistica e che riuscisse nello stesso tempo a creare i presupposti perché ci fosse un superamento da separazione etnica. Oggi il risultato è esattamente l'opposto e tutto lo Statuto di autonomia è in crisi. Se devo fare un appunto gravissimo in linea generale alla politica della DC devo sottolineare questo fatto, come la presenza politica della DC all'interno della Giunta e nel rapporto con la SVP sia a livello locale che nazionale non abbia acconsentito il verificarsi di quell'ipotesi di base che forse al di là dei contenuti dello Statuto ma che fanno parte di un patrimonio civile e democratico dovevano consentire l'affermarsi di una società non separata. Oggi di fronte a questo ci troviamo e ci sono responsabilità precise che io indico non solo ma anche nella Democrazia Cristiana.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? Nessuno. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 29, Ferretti 19, Rella 1, schede bianche 9. Il consigliere Ferretti è nominato Assessore effettivo.

Punto 19) dell'ordine del giorno: "Elezione del Vicepresidente della Giunta provinciale, appartenente al gruppo linguistico italiano".

Punkt 19 der Tagesordnung: "Wahl des Landeshauptmannstellvertreters, welcher der italienische Sprachgruppe angehört".

Ci sono proposte? La parola al consigliere Balzarini.

BALZARINI (DC): A nome della DC proponiamo l'Assessore Pasquali a vicepresidente della Giunta provinciale.

PRESIDENTE: Ci sono altre proposte? Nessuna. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 29, Pasquali 23, schede bianche 6. L'Assessore Pasquali é nominato vicepresidente della Giunta provinciale.

La parola al consigliere Balzarini sull'ordine dei lavori.

BALZARINI (DC): Ai sensi dell'art. 41 del Regolamento interno propongo di inserire all'ordine del giorno l'elezione dell'Assessore supplente per il gruppo linguistico italiano.

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni? Nessuna. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 29, sí 24, no 1 bianche 4. La proposta é approvata.

La parola al consigliere Balzarini.

BALZARINI (DC): Chiedo al Consiglio di anticipare questo punto per poter ultimare questa fase di elezioni.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione la proposta: approvata a maggioranza con 5 astensioni.

La parola al consigliere Balzarini.

BALZARINI (DC): Propongo quale Assessore supplente per il gruppo linguistico italiano il consigliere Fabio Rella.

COSTALBANO (NS-NL): Vorrei chiedere con che competenze viene eletto l'Assessore.

FERRETTI (Assessore all'istruzione pubblica e cultura - DC): Il consigliere Costalbano sa molto bene che spetta al Presidente della Giunta distribuire le competenze, ritengo quindi che se il Presidente vuole possa rispondere lui, se mi autorizza posso dire quelle che sono state le intese ieri.

Ieri abbiamo discusso dell'argomento in Giunta, riteniamo che il collega del gruppo di lingua italiana che verrà scelto dal Consiglio eserciterá le stesse competenze che aveva il collega che é uscito dal Consiglio e dalla Giunta, Valentino Pasqualin.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? Nessuno. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 29, Rella 21, schede bianche 8. Il consigliere Rella é nominato Assessore supplente.

Dedichiamo alcuni momenti di riflessione al fatto riguardante la scomparsa di giorno sabato scorso 2 luglio a Maranza nella sua abitazione del prof. Valerius Dejaco, ex sindaco di Bressanone, consigliere regionale nella legislatura che va dal 1968 al 1973 e Assessore regionale in quella legislatura. Il nostro ex collega da qualche tempo non godeva di buona salute, aveva avuto un momento difficile a tale proposito ma nulla faceva pensare ad una sua repentina scomparsa come é avvenuto. Noi lo abbiamo conosciuto in questo Consiglio e dobbiamo ricordare come lui aveva volto la sua attivitá di uomo di cultura, ma anche di uomo pubblico in momenti difficili della nostra storia altoatesina e quindi della nostra vicenda, con molto equilibrio, con molta sensibilitá, con molta moderazione. E' stato sindaco della sua cittá ed ha lasciato il segno della sua attivitá pubblica. Egli purtroppo, a causa della sua salute precaria aveva cessato di dedicarsi alla vita pubblica da alcuni anni ma sappiamo che si era dedicato ai suoi studi che mai aveva abbandonato. Io mi ricordo che ci teneva molto il nostro collega a far sapere che la vita politica non l'aveva assolutamente distolto dalla sua vita di studi che era quella che piú amava. Lo ricordiamo come una persona che ha dato un contributo notevole alla vita pubblica della nostra provincia qui e nella sua cittá. Dedichiamo un pensiero a lui commosso, ai suoi familiari ai quali penso sia giusto formulare e partecipare in modo commosso a questo grave lutto che li ha colpiti. Dedichiamo un minuto di silenzio alla sua memoria.

(Un minuto di silenzio - eine Gedenkminute)

Punto 35) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 257/83: "Modifiche (urgenti) all'ordinamento degli uffici e del personale della Provincia autonoma di Bolzano".

Punkt 35 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 257/83: "Dringende Änderungen an der Ämter- und Personalordnung der autonomen Provinz Bozen".

E' aperta la discussione generale. La parola al consigliere Costalbano.

COSTALBANO (NS-NL): Signor Presidente, signori consiglieri, ci troviamo di fronte ad un disegno di legge che porta il titolo "modifiche urgenti all'ordinamento degli uffici e del personale". Siamo di fronte quindi ad una fase di urgenza, che però a mio avviso non é motivata dal

fatto che sono sopravvenuti dei momenti particolari di accelerazione dei problemi. Siamo invece di fronte ad un grosso ritardo, di fronte ad una serie di problemi che investono un campo così vasto come quello del personale della Provincia di Bolzano, perché riguarda anche il contrasto anche di altri enti locali. Siamo di fronte ad un ritardo complessivamente dell'applicazione da una parte del contratto provinciale che è scaduto da un anno e mezzo che non si è provveduto a rinnovare, e l'urgenza ha il significato di proporre a questo Consiglio l'approvazione urgente della parte retributiva demandando a chissà quando una parte normativa che dovrebbe essere più importante esorcendo di fatto una metodologia di contrattazione sindacale non corretta in quanto il legame esistente tra la parte retributiva e normativa è un legame connesso sul quale è possibile giocare un'effettiva contrattazione. Quando le parti vengono separate non esiste più. Si va grosso modo a stabilizzare alcune cose con alcune modifiche marginali, ma nella sostanza difficilmente si riesce a ridiscutere completamente come sarebbe necessario tutta una serie di problemi di carattere normativo che sono fondamentali ai fini del buon funzionamento dell'apparato della Provincia. Ci troviamo di fronte ad una serie di problemi di carattere salariale che comunque potrebbero recepire in ritardo dei parametri nazionali che però oggi risultano anche più sfavorevoli rispetto anni fa alla categoria e che comunque parametri che ancora non sono ben determinati fin quando non si capisce che i riferimenti vengono fatti al personale della scuola o dello Stato e quindi l'autonomia a questo livello si riduce a stabilire forse un riferimento parametrico o contrattuale rispetto a queste due categorie. Povera cosa, questo significa fallimento di qualunque politica corretta sul piano del rapporto sindacale e sul piano della contrattazione effettiva. Abbiamo poi comunque una parte normativa che consolida una struttura burocratica che la rende più rigida, più accentrata e proprio per questo meno funzionale, e ciò in contrasto con tutta una serie di orientamenti che emergono non solamente nella parte privata, ma anche nella parte pubblica per rendere più partecipe il personale, per rendere più agevole e responsabilizzato anche sul piano tecnico il personale soggetto alla contrattazione. Siamo quindi di fronte a dei ritardi e se ricordo bene in commissione il collega Dubis nell'introdurre la discussione aveva detto che ci troviamo di fronte ad una legge stralcio, poi l'Assessore Rubner ha dichiarato tranquillamente che questa legge non era di stralcio, che si doveva approvare e che comunque non avrebbe presentato nessun'altra legge entro i termini. In effetti sotto questo punto di vista si può definire una legge stralcio perché se la rapportiamo ai problemi complessivi sia del metodo del confronto sindacale, sia in rapporto alla trattativa sindacale sia in rapporto ai problemi del personale e in rapporto alla legislazione per cui noi abbiamo tutta la legge n. 11 del 1981 largamente inattuata, abbiamo ad esempio le iniziative che Lei aveva assunto della legge sui tecnici che è stata respinta dal governo e non più ripresentata perché sembra che ci siano delle opposizioni molto larghe su questa legge e non credo che

L'assessore ritenga di doverla ripresentare, quindi ci troviamo di fronte a numerosi problemi ma oltre tutto credo ci troviamo di fronte a problemi di funzionamento stesso dell'apparato burocratico-amministrativo della Provincia. L'ho detto anche in commissione che ci sono state delle pubblicazioni dalle quali é emerso che rispetto all'apparato delle altre regioni o dello Stato, l'apparato della provincia di Bolzano non é che sia né più redditizio né più produttivo. Siamo ai livelli di burocratizzazione, livelli standard raggiunti e consolidati. Sotto questo punto di vista non c'è più nessun richiamo possibile alla funzionalità della burocrazia di tipo germanico, bensì siamo nel pieno della gestione burocratica italiana, forse siamo in arretrato perché qualche spinta al rinnovamento nella società italiana si manifesta.

Non si manifesta qua ed affronto una prima parte della legge che riguarda la funzione degli Assessori e le loro competenze così come dei capi ripartizione e dei direttori d'ufficio, perché io credo che siamo veramente in arretrato. Tempo fa ho avuto occasione di leggere un libro di Max Weber che era stato pubblicato una prima volta nel 1919 e che é stato ripubblicato data l'attualità della visione di questo studioso tedesco, in cui fa un'analisi molto precisa ed approfondita di quelle che sono le tendenze della società del tempo in rapporto alla burocratizzazione crescente e quindi al dominio dell'apparato anche in rapporto politico. Qua siamo a livello pre repubblica di Weimar, siamo al di sotto nel senso che per quanto concerne la situazione attuale della provinciale noi non siamo di fronte ad una prepotenza dell'apparato burocratico, al prevalere dei tecnici, non corriamo questo pericolo, c'è invece una costante prevaricazione degli Assessori nei confronti dell'apparato burocratico. Siamo quindi ancora al di sotto di quella che era l'analisi di Max Weber, della repubblica di Weimar e di tutta la politica portata avanti da Bismark. Sono problemi che emergono nelle grandi imprese private dove ad esempio a livello di dirigenti ci lasciano ampie facoltà decisionali di intervento arrivando nello stesso tempo di investirli di un aggiornamento molto approfondito tecnicamente e quindi danno la formazione tecnico-burocratica e in alcuni casi anche di carattere scientifico estremamente valida, aggiornata con una puntualità di due mesi in due mesi, si arrivano a programmare le riunioni a questo livello. Io non voglio fare torto ai tecnici della Provincia ma siamo lontani da una cosa di questo genere, il rischio caso mai qualche volta se iniziative di questo genere avvengono possono assumere i contorni di qualche gita di dopo lavoro ma non nella sostanza un aggiornamento e un perfezionamento di tecniche tale da garantire veramente che l'amministrazione provinciale sia all'avanguardia in questo settore. Allora Assessore quando noi guardiamo questi problemi nella loro profondità e prospettiva ci troviamo di fronte a uno straccetto di legge e per fare dei riferimenti che non siano solo generali ma anche oggettivi con la legge, vorrei entrare nel merito della legge stessa.

Qua si introducono alcuni emendamenti alla legge 11 del 1981. Ad

esempio sull'art. 2 noi ci troviamo di fronte a questo: "Il Presidente della Giunta provinciale stipula ed approva i contratti soggetti ad iscrizione od annotazione nel libro fondiario a quelli con enti, istituti o con altri organismi di studi effettuati all'estero. Una definizione che non mi trova consenziente, da tutte e due le parti c'è un accentramento di potere che esisteva già. Io credo che vi siano delle responsabilità precise a livello ad esempio di acquisti di grandi immobili, a livello di una sostanza finanziaria notevolissima che dovrebbe essere fatta con legge del Consiglio non con atto deliberativo della Giunta e quindi il mandato dovrebbe essere fatto dal Presidente della Giunta ma su mandato del Consiglio, proprio per consentire da parte del Consiglio un controllo più preciso su questo tipo di operazione. Ma ci si guarda bene dal voler arrivare a questo tipo di logica e allora alle volte emergono degli scandali che sono oggetto ancora oggi di indagini da parte della Magistratura.

La seconda parte del comma diventa una barzelletta, qualunque piccolo negozietto che deve stipulare un rapporto in contrasto con l'ente autonomo Provincia di Bolzano deve passare attraverso l'approvazione e la firma del Presidente della Giunta provinciale. Questa è un'esagerazione che non trova riscontro nella realtà. Non capisco per quale motivo. Ci fossero delle convenzioni di un certo tipo che investano chissà quali criteri e quali obiettivi politici potrei anche capire, ma la definizione è talmente generica che qua passa anche un piccolo contrattino, con una sottrazione di responsabilità ai funzionari che potrebbero firmare tranquillamente queste cose.

Passiamo all'art. 3 dove si dice, a proposito degli Assessori al punto b) presiedere le gare di appalto, stipulare e approvare i contratti e le concessioni, impegnare la relativa spesa o accertarne l'entrata. Qua siamo fuori qualunque logica anche di controllo, come si fa a dire a stipulare e contemporaneamente approvare i contratti? Queste funzioni devono essere separate e non vedo come poi si possa arrivare a stabilire una regola generale di questo genere quando a mio avviso si dovrebbe introdurre un discorso di fondo che è quello della distinzione del ruolo del politico dal ruolo del tecnico e del burocrate, dove ci sono due forme, due figure, due ruoli completamente distinti, in quanto il politico è preposto a decisioni in forma di potere di carattere politico che implicano quindi una valutazione complessiva a livello sociale, culturale ecc. che poi devono essere tradotte tecnicamente. La funzione dell'Assessore dovrebbe essere quella di curare particolarmente che le scelte politica vengano operate nel rispetto del massimo dei bisogni e la funzione dovrebbe essere fondamentalmente quella di accertare la validità della scelta politica che deve essere operata, e non tanto appurare tutte le cose che devono essere giustamente demandate nello sviluppo a quella che è la burocrazia. Qua si è parlato a livello italiano del governo dei tecnici, io credo che se una calamità possibile potesse avvenire sarebbe questa, perché non è detto che i tecnici capiscano qualcosa delle scelte politiche di fondo. Infatti succede che il tecnico, quando diventa politico è talmente inna

morato della propria funzione tecnica che si sovrappone ai tecnici del proprio comparto di lavoro, provocando dei grossi guasti, deresponsabilizzando fino in fondo. Il problema è che il politico deve sapere anche essere tecnico quando occorre, deve essere consapevole di alcune scelte che si possono operare, però la distinzione va fatta in rapporto al fatto che il tecnico e la burocrazia devono essere corresponsabilizzati fino in fondo dal momento in cui la scelta politica è fatta devono essere responsabili di un certo tipo di gestione. Qua in effetti ci troviamo di fronte ad una pratica che è emersa più volte anche a livello legislativo, non ultima la legge sul tempo libero che è stata varata, per cui i vari Assessori non hanno voluto rinunciare a delle competenze, hanno mantenuto in piedi degli strumenti legislativi che gli davano determinati poteri per non arrivare ad un intervento organico in questo settore. Ci troviamo di fronte ad una gestione che è fondamentalmente basata sulla responsabilità dell'Assessore ed è previsto nella legge che l'Assessore può fare deroga ai funzionari. Questo potrebbe sembrare un passaggio che migliora la situazione precedente, perché prima c'era il vincolo dei tanti milioni o miliardi per cui oltre quel limite il funzionario non poteva andare. Viene tolto questo vincolo però nei fatti tutta la materia adesso viene ad essere oggetto di deroga da parte dell'Assessore. Per conto mio c'è ancora maggiore concentrazione di potere da parte dell'Assessore sulle questioni di carattere tecnico. Non è secondario questo fatto rispetto ad un tipo di gestione politica che è una gestione personale e lo vedo giornalmente in questo palazzo dove le questioni personali vengono condotte giornalmente dagli Assessori. E' il metodo di fondo che io denuncio come metodo clientelare e di sottogoverno, non è accettabile perché non corretto perché produce deresponsabilizzazione da parte di tutto l'apparato burocratico perché parte dal vertice la deresponsabilizzazione e arriva fino alla base. Se insisto è perché in queste modifiche introdotte si arriva sempre di più a prevedere forme di accentramento di poteri che a mio avviso non hanno nessuna funzione di essere. Tanto è vero che anche l'art. 6 al punto n) dice "...su delega per quanto riguarda le funzioni di direttore di ripartizione" e nell'art. 7 si dice al punto d) "su delega, anche generale e per singoli settori del competente Assessorato, approvando i contratti" ecc. Questo è peggiorativo anche in rapporto non solamente alla legge 11 ma alla legge statale e alle volontà espresse anche a livello statale, di dare maggiore funzionalità e responsabilità ai dirigenti, e quindi c'è un costante ritorno indietro rispetto sia alla legge 11 che alla legge statale.

Questi elementi sono negativi e non riesco a capire perché a questo punto devono passare come problemi urgenti. Se questo problema esisteva, esisteva già dall'approvazione della legge e comunque credo che non siano problemi urgenti che possano essere risolti senza una discussione di carattere generale. Le motivazioni date a livello di discussione generale sono misere e non trovano un riscontro valido per presentare queste norme come urgenti. Questa è una parte che volevo sottolineare perché ritengo

importante da parte mia valutare più compiutamente la necessità che di fronte all'affermarsi della complessità dell'amministrazione, dell'articolazione, dell'importanza crescente sia numerica che qualitativa emerge sempre di più la necessità che l'ordinamento del personale abbia una capacità di responsabilizzare per gradi dando l'avvio a quell'impulso dall'alto verso il basso e viceversa che rende l'amministrazione più corrispondente alle esigenze e alle tecniche interne ma in particolare in rapporto a chi con questa amministrazione deve venire in contatto. Non sono valutazioni proprio positive che vengono espresse dalla popolazione in merito alla macchinosità, alle difficoltà e alle situazioni non sempre spiacevoli che normalmente la gente incontra nei confronti dell'amministrazione provinciale in senso generale.

Veniamo poi ad un'altra gamma di problemi che vorrei enucleare proprio perché rappresentano i nodi centrali che abbiamo di fronte e che via via vengono elusi anche nella prospettiva perché non mi sembra ci sia l'intenzione e la volontà di affrontarli seriamente, per cui a maggior ragione dai banchi dell'opposizione si devono segnalare. Mi consenta di dire, Assessore Rubner che vi è uno scontro di posizioni personali Sue nei confronti delle opposizioni sindacali che non trovano riscontro in altre cose né in ragioni sostanziali di confronto sindacale di una trattativa. Siamo a livelli di prepotenza pura già dichiarata che sono stati ormai messi in rilievo da organi di stampa. Una responsabilità di un Assessore non può rimanere a questi livelli. Si deve rompere una trattativa su ragioni fondamentali, non su delle beghe o su contrasti personali con atteggiamenti provocatori. Si rompe su ragioni di fondo. E può darsi che ci siano, però appare che si rompa su ragioni marginali. Non è una critica che rivolgo solo a Lei ma a tutta la Giunta perché nei confronti delle organizzazioni sindacali si agisce sempre in termini di prepotenza, si utilizza di volta in volta un sindacato più o meno malleabile per mettere gli uni contro gli altri. C'è stato il caso ad esempio proprio qua. Le organizzazioni sindacali confederali hanno fatto un grosso sforzo per arrivare ad unificare contrattualmente i dipendenti provinciali con i comunali ecc. un'operazione che doveva essere sostenuta da uno sforzo di volontà e di verifica, mentre invece questa piattaforma la si è completamente abbandonata. In Commissione Assessore ha dichiarato apertamente che in fondo questo rapporto che avevano presentato le organizzazioni sindacali in commissione rappresentavano una minoranza. Allora io mi domando, se è talmente irrilevante la posizione dei due sindacati che erano presenti, perché non è riuscito a firmare il contratto? Vuol dire che esistono all'interno del personale e delle organizzazioni sindacali delle grosse difficoltà a recepire la Sua linea. Allora non vale la scusa di dire che ci sono organizzazioni sindacali che hanno un ruolo marginale, a parte che mi sembra non abbiano un ruolo tanto marginale, non hanno la maggioranza ma hanno una consistenza numerica ed un ruolo sui quali si dovrebbe far conto. Io credo che al di là di questo i problemi posti dalla piattaforma unitaria siano veri, reali e vanno affrontati con molta

serietà. E su questo terreno Lei Assessore è stato sfidato dalle organizzazioni sindacali e Lei non ha risposto, ha ignorato questo tipo di piattaforma e di problemi. E li ha ignorati non solo credo per responsabilità Sua, perché sono convinto che è una responsabilità collettiva della Giunta e i problemi sono diventati grossi, forse irrisolvibili, ci sono dei ritardi notevoli e grosso modo la legge 11 è inoperante. Anche le modifiche seppure peggiorative che vengono introdotte non sono tali da consentire il decollo della legge 11. Ci vogliono altre misure, ci vuole una volontà politica che non è stata espressa dalle forze di maggioranza né da Lei in questo disegno di legge. Una sfida le organizzazioni sindacali l'hanno fatta, Le hanno detto: per quanto riguarda la parte retributiva che normativa si dice che come dipendenti provinciali saremmo privilegiati; noi vogliamo, proponiamo una commissione paritetica di carattere tecnico che approfondisca tutta la materia esaminando quelli che sono i vantaggi e gli svantaggi. Io sono convinto perché gli appunti che mi sono stati forniti dalle organizzazioni sindacali che in questo caso hanno dimostrato una puntualità, una conoscenza dei problemi che l'Assessorato non è stato in grado di svolgere con altrettanta puntualità, io sono convinto che ci sono delle situazioni che si sono modificate sostanzialmente e che oggi il personale della Provincia si trova ad essere svantaggiato ad esempio nei confronti del personale della Provincia di Trento, tanto per dire, ma anche nei confronti dello Stato. E sono i noti problemi che riguardano anche l'orario di lavoro. Non è un fatto marginale, e su questo credo ci sia una delle ragioni di rottura che vanno valutate. Comunque c'erano tutta una serie di richieste non solamente in rapporto all'orario di lavoro, ma ad esempio ad inquadramenti alle qualifiche funzionali, alla possibilità delle carriere e anche ad affrontare un problema del precariato. Lei Assessore in commissione ha dato l'impressione che l'uso del precariato, in ordine del 25% del personale non è una scelta contingente, ma una scelta molto precisa e individua nel 25% del personale la politica della Provincia la quale dice di non immettere gente in ruolo perché è la rovina dell'efficienza, dell'efficacia dell'intervento amministrativo. Credo che questo sia un discorso assurdo, che non ha nessun fondamento che è grave perché mantiene un 25% del personale precario anche sul piano psicologico, sul piano dei rapporti umani e della professionalità. Non possiamo considerare valida una giustificazione di questo genere. Io posso capire alcune ragioni che effettivamente giocano in modo negativo riguardo i ruoli e i contratti a tempo indeterminato, ma queste responsabilità vanno esaminate non in quanto riguardano le forme di contratto ma in quanto riguardano i contenuti di svolgimento, gli incentivi non solo materiali ma anche di responsabilizzazione, di affrontare il lavoro in modo creativo, che vanno affrontati in questo modo.

Ci sono dei problemi che vanno affrontati e dal momento che abbiamo una legislazione che ci consente come ente pubblico di regolamentare anche i rapporti con il personale provinciale si possono anche sperimentare forme nuove di intervento anche a livello sindacale. Una delle cose posi-

tive che é stata fatta rispetto alla legge n. 11 é l'intervento del part-time. Io non dó una valutazione complessiva del part-time e di come verrà utilizzato, certamente é un elemento nuovo, ma e ce ne sono altri, come ad esempio quello che riguarda il contingentamento di ore annuali da svolgere secondo determinate mansioni. Sotto questo punto di vista non é un contratto a tempo indeterminato, ma anche in rapporto ai tecnici emergono tutta una serie di situazioni nuove che il sindacato a livello nazionale sta esaminando seriamente. Io credo che a Lei manchi forse l'informazione alla cultura nel senso reale per approfondire questi discorsi nuovi che stanno emergendo a livello sindacale, perché le organizzazioni sindacali oggi in Italia hanno paura di essere tagliate fuori rispetto a quelli che sono i meccanismi di mercato che stanno venendo avanti. E anche come ente pubblico, sul piano teorico e tecnico manca una volontà politica di rinnovare, di acquisire i nuovi elementi che la società moderna porta non solamente a livello teorico, ma di elaborazione, di sperimentazioni fatte ad esempio nelle imprese private. Quando politicamente in questa sede si esalta il ruolo e la funzione dell'impresa privata e poi si gestisce l'ente pubblico nella maniera peggiore che ci possa essere e quando si hanno gli strumenti possibili per aprire nuove prospettive di carattere contrattuale, di rapporti sindacali, si chiudono.

Mi riserveró di intervenire una seconda volta, ma credo che esistano questi problemi che non possono essere elusi, signor Assessore e Giunta, sono problemi che non possono essere rimandati se non con dei costi altissimi. Non si possono lasciare sul tappeto per anni. Ci deve essere un impegno che ho realizzato in un ordine del giorno che verrà discusso dopo. E' certo che é fondamentale che rispetto a questo disegno di legge che é estremamente limitato rispetto ad una problematica vasta e imminente c'è la necessità di fare una riflessione, di fare un punto sulla situazione dalla quale partire perché l'Amministrazione provinciale sappia operare correttamente. Io non posso accettare che un Assessore al Personale in commissione risponda che é vero che le organizzazioni sindacali sono molto più attrezzate che l'Assessorato perché l'Assessorato non ha personale al fine di seguire le questioni contrattuali e i rapporti con i sindacati. Ma signori, vi rendete conto dell'enormità di questa cosa? Non é possibile accettare una cosa di questo genere, perché é a svantaggio del singolo Assessore, per il governo provinciale e per le stesse organizzazioni sindacali, perché questo gioca al ribasso del livello dello scontro e del confronto sindacale ma che porta più allo scontro che non al confronto e quindi una fase improduttiva rispetto una fase produttiva. Io sono convinto che solo attraverso l'acquisizione di livelli tecnici e di capacità di utilizzazione di metodo, di confronto con le organizzazioni sindacali e del personale in senso generale, si possono ottenere maggiori risultati complessivi, certamente non con leggi come questa che é stata presentata.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): Signor Presidente, molte affermazioni e

argomentazioni svolte dal consigliere Costalbano ci trovano perfettamente concordi. Del resto già in sede di commissione abbiamo avanzato una serie di proposte ed una serie di critiche al modo di procedere della Giunta provinciale in particolare dell'Assessore Rubner che sono state poi riprese anche in aula da Costalbano. Anche da parte del gruppo comunista si ritiene opportuno fare alcune considerazioni in merito a questo disegno di legge. Innanzitutto diciamo che è del tutto parziale, riduttivo, limitato e limitante rispetto ai problemi che sono sul tappeto, prima di tutto l'esigenza di rinnovo del contratto che è scaduto già il 31.12.1981, secondo punto la mancata attuazione della legge n. 11, abbiamo già sentito dal consigliere Costalbano che questa legge è in gran parte inattuata, lo abbiamo sentito dire alle organizzazioni sindacali. Sappiamo che per quanto riguarda sempre la legge n. 11 non sono stati emanati i regolamenti di esecuzione, tranne quello riguardante il part-time, né si sa quando questi regolamenti saranno emanati, sappiamo inoltre che tutta una serie organica e precisa di richieste di tipo normativo avanzate da una parte delle organizzazioni sindacali, l'Assessore Rubner in commissione ci diceva che solo una piccola parte delle organizzazioni sindacali è scontenta, avanza determinate richieste, quasi a voler minimizzare o a non voler prendere in considerazione i problemi posti, come se la qualità dei problemi posti non fosse tale, non avesse valore perché viene posta all'attenzione della Giunta provinciale da parte di una minoranza, che poi anche questo è da verificare se è minoranza, del personale. Vi è poi l'urgenza, altro punto, di migliorare l'efficienza dell'apparato provinciale, ma è evidente che lo scopo di questo disegno di legge non è certo quello di migliorare l'efficienza dell'apparato provinciale, non è quella di strumentarsi meglio come amministrazione pubblica per rispondere ai bisogni della gente, non è questo sicuramente lo scopo, dal momento che dalla complessità dei problemi posti, ne ho accennato solo qualcuno, il contratto, la mancata applicazione della legge n. 11, ho accennato al pacchetto di richieste di tipo normativo che vengono fatte dal personale, ebbene, sicuramente l'obiettivo di questo disegno di legge non è quello di arrivare a migliorare l'efficienza dell'apparato provinciale se si scorpora la parte economica da quella normativa. L'operazione che è stata è questa, è stata fatta la solita politica di corto respiro, si accontenta con qualche aumento in più il personale e si rimanda alle calende greche, forse all'autunno o alla prossima legislatura, tutta la parte normativa. Noi diciamo che è un modo di procedere inaccettabile, è un'operazione irresponsabile sotto il profilo politico e amministrativo. Questo lo abbiamo detto anche in commissione, lo rispettiamo in aula perché siamo convinti di quanto diciamo. Non vogliamo fare delle critiche tanto per fare, siamo convinti di quanto diciamo anche perché abbiamo avuto modo attraverso l'incontro con le organizzazioni sindacali che sono state invitate dalla commissione e hanno accettato di partecipare, abbiamo avuto modo di conoscere in maniera abbastanza approfondita i problemi che sono sul tappeto. Non abbiamo nessun timore a dire che siamo profondamente

convinti che l'operazione che si sta facendo con questa legge é del tutto inaccettabile.

Di fronte a queste considerazioni il consigliere Dubis, il Presidente della commissione, aveva ventilato l'ipotesi che si trattasse di un disegno di legge stralcio, al quale sarebbe poi seguito un disegno di legge contratto che sarebbe dovuto essere presentato dalla Giunta provinciale in autunno. Anche il consigliere Dubis aveva visto che questo disegno di legge cosí come era non era accettabile, perché estremamente riduttivo e limitato. Ebbene, anche questa possibilitá, questa ipotesi del tutto ottimistica, é stata subito messa a tacere dalle parole dell'Assessore Rubner il quale ha detto che pensa di modificare alcune leggi provinciali sulle quali stanno lavorando alcune commissioni di lavoro, ma non ha detto né come verranno modificate né quando e per quanto riguarda la legge contratto non se ne parla assolutamente in autunno. Con queste parole l'Assessore Rubner ha tagliato la testa al toro a chiunque pensasse o si fosse fatto delle illusioni rispetto alla possibilitá di vedere affrontati in autunno in maniera complessiva i problemi che sono stati posti. Questo modo di procedere non ci vede assolutamente consenzienti, anzi ci vede completamente contrari. Del resto ci chiediamo come é possibile, da parte di una Giunta responsabile, sbattere la porta in faccia a tutta una serie di problemi di tipo normativo. Faccio solo alcuni esempi perché non posso svolgere in maniera completa tutta la problematica, il consigliere Costalbano prima si riferiva al problema del precariato, a quello della riduzione dell'orario di lavoro. Noi sappiamo che nei contratti nazionali gran parte del contenuto economico é stato trasferito in inquadramenti piú favorevoli, in indennitá, in compensi incentivanti, in provvedimenti anche di riduzione dell'orario di lavoro e del resto questo punto fa parte anche del contratto della regione Trentino Alto Adige, fa parte del contratto della provincia di Trento, delle Camere di Commercio. Come é possibile lasciare fuori dalla porta tutta una serie di problemi e dire nello stesso tempo che l'Amministrazione pubblica e chi la governa in particolare la governa con sapienza, con buon senso, con ragionevolezza? Noi non lo possiamo accettare perché anche in provincia di Bolzano non é piú possibile rinviare a domani o a non so quando i problemi che riguardano anche la riduzione dell'orario di lavoro, la qualificazione dei servizi, i problemi che rispetto al precariato e rispetto a quella fetta cosí grossa di precariato che é stata prima citata da Costalbano, si parla del 25%, creare occasioni occupazionali per settori che sono fortemente in crisi. Ebbene, tutto questo insieme di problemi non viene affrontato né si dice come, quando e se verrá affrontato. Noi diciamo che questo atteggiamento dell'Assessore Rubner avallato dalla Giunta provinciale é un atteggiamento caratterizzato a una grande dose di superficialitá, perché questo arriviamo a dire a questo punto. Si é parlato di prepotenza, noi abbiamo letto dai giornali episodi poco edificanti che raccontavano del rapporto esistente fra l'Assessore al personale e alcuni sindacalisti. Io credo che se é vero come é vero quanto detto dalla stam-

pa ci sia anche oltre alla superficialità una buona dose di prepotenza. Con questi sistemi credo che non sia possibile lavorare per il bene dei cittadini, perché questo grosso apparato di 5.500 dipendenti circa non può essere visto come un apparato burocratico punto e basta, deve essere visto come un apparato che opera e che deve operare al meglio al servizio dei cittadini.

Noi abbiamo fatto riferimento in commissione a questi atteggiamenti di superficialità e di prepotenza. L'Assessore Rubner ci ha risposto in quella sede che se esiste una migliore capacità di analisi e di proposta da parte delle organizzazioni sindacali rispetto alla Giunta provinciale questo è dovuto al fatto che molti sindacalisti hanno usufruito di troppi permessi sindacali e quindi hanno avuto modo di sbizzarrirsi ed elaborare tutta una serie di belle proposte. A noi sembra assurdo che si possa in sede di commissione, in una sede istituzionalmente valida fare queste affermazioni. Io credo che si possano al limite fare al bar, ma non si può scherzare su queste cose e liquidare problemi grossi e difficili per i quali non crediamo sia possibile trovare una soluzione facilissima, nemmeno noi pensiamo che sia possibile dall'oggi al domani trovare soluzioni ottimali. Sappiamo che i problemi sono grandi, difficili, sappiamo però che per affrontarli bisogna avere un atteggiamento che sia conseguente e all'altezza dei problemi posti. Non mi intendo molto di questi problemi, ho fatto anch'io uno sforzo per comprendere la problematica che stiamo trattando, che sta a monte di questo disegno di legge e avrei voluto anche in sede di commissione trovare un interlocutore nell'Assessore valido, un interlocutore che sapesse di fronte alle critiche poste, di fronte alle problematiche poste rispondere con argomentazioni valide o comunque rispondere con delle argomentazioni che potessero in qualche modo far riferimento anche a dei modelli diversi di amministrazione o altro. Abbiamo invece ricevuto delle risposte molto lapidarie e liquidatorie. Noi abbiamo proposto in sede di commissione un emendamento che riguardava il problema dei pensionati. Esiste il problema sollevato anche dalle organizzazioni sindacali che manca una norma che come nei contratti statali assicuri ai pensionati dal 1.1.1982 i benefici contrattuali del triennio 1982-84. Noi abbiamo proposto questo emendamento, è stato respinto in commissione dicendoci semplicemente che non risulta che vi siano riferimenti in questo senso nei contratti dello Stato, noi ripresenteremo questo emendamento in aula e ci auguriamo che si apra una discussione seria e che non si liquidi sempre tutto con qualche battuta, tanto si sa che la forza dei numeri è purtroppo superiore alla forza delle idee e delle argomentazioni.

Termino qui questo intervento, riprenderò una serie di argomentazioni o nella discussione articolata o in un secondo intervento in sede di discussione generale, dico comunque da subito che l'atteggiamento del PCI nei confronti di questa legge è negativo, così come è negativo che il PCI dà nei confronti del modo di gestire l'amministrazione pubblica nella nostra provincia.

PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente e trasporti - DC):
Signor Presidente, signori consiglieri, io voglio esprimere qualche breve considerazione nella mia qualità di rappresentante politico della DC e un po' come Assessore che ha il "Mitspracherecht" in questa materia, anche come Assessore che fa parte del comitato che ha sempre seguito questi problemi assieme al collega Rubner che ha la responsabilità dell'Assessore al personale. Alcune considerazioni di fondo vorrei esprimere senza entrare nel dettaglio delle considerazioni che sono state sollevate dal collega Costalbano e della collega Barbiero. Non vi è dubbio che il problema della gestione del personale è uno dei compiti più difficili e delicati che incombono ad una amministrazione pubblica. Io credo che al di là delle parole che si esprimono, dei singoli provinciali ci si debba rendere conto di questa complessità di fondo anche per questi meccanismi a volte tremendi che si vengono ad articolare nel muovere una cosa nei confronti dell'altra e anche nei confronti di una crescita rapida che la gestione del personale numericamente, qualitativamente ha avuto nella nostra provincia per effetto delle competenze dello Statuto di autonomia, che di volta in volta hanno richiesto l'aggiornamento numerico e qualitativo del personale non sempre in maniera soddisfacente. Siamo in presenza di un complesso di problematiche che rendono molto difficile, io mi sono sempre reso conto, anche quando esercitavo altre responsabilità pubbliche che quella del governo del personale è una delle più delicate, delle più difficili e soprattutto una di quelle che non porterà mai a soddisfare, a rappresentare una situazione che soddisfi gli interessati, l'amministrazione, che trovi un punto di raccordo dal quale si possa dichiarare un compiacimento, di fronte a tutte le componenti che il problema ha. Io credo che se uno non si rende conto di questo ogni considerazione e valutazione che può essere fatta è solo parziale e non contribuisce nemmeno a comprendere bene quali sono gli obiettivi verso i quali bisogna tendere. Anch'io sottolineo il fatto che nella nostra Provincia molti problemi che riguardano il personale non hanno trovato adempimento. Questo sarebbe non corrispondente a verità. La legge 11 ha messo in movimento tutta una serie di implicazioni e di rapporti che non certamente per colpa dell'amministrazione, non sono stati adempiuti, quindi la disponibilità dell'Amministrazione per cercare di risolvere questi problemi deve essere sottolineata, ribadita e anche per quanto mi riguarda credo che questo non possa che rappresentare un aspetto di fronte al quale, almeno per quanto ho capito nei rapporti continui e costanti che ho avuto e nella commissione e a livello personale con i sindacati non si lamentano tanto di quello che è contenuto nella legge. In caso un motivo di lamentela per altre cose che in questa legge dovrebbero essere contenute o che dovrebbe rappresentare completamente. Sarà necessario, con buona volontà fare uno sforzo per fare tutto questo, perché anche la conclusione del primo passaggio che avviene attraverso questa legge non può considerarsi se non un'interruzione, un colloquio, un'ulteriore disponibilità che l'Ammini

strazione deve disporre per approfondire gli altri problemi che sono grandi e notevoli.

Rapporto tra amministratori e personale. Ci dobbiamo rendere conto che il personale é lo strumento essenziale attraverso il quale si esercita un servizio del quale poi si deve rendere conto alla societá, a coloro che ci hanno eletti, quindi é un rapporto importantissimo anche da questo punto di vista, se si dispone di uno strumento efficiente che abbia anche per sua valutazione corrisposti doverosamente con riconoscimento diritti e doveri, ma se questo non c' é i problemi diventano difficili. Questo deve essere un punto fondamentale del quale dobbiamo essere consapevoli, dell'importanza dello strumento di cui si deve disporre per esercitare un'attività pubblica ed una responsabilità politica grave ed importante come la nostra, responsabilità politica che rimane dell'amministratore. Questo era un punto che volevo ricordare nei confronti di alcune considerazioni fatte dal collega Costalbano. Dipende molto dalle persone, non da quanto é scritto nella legge, nel regolamento, che il testo perfetto non lo troverai mai, dipende molto dal rapporto che si deve stabilire tra colui che comunque ha la responsabilità politica che risponde di quello che si fa o no, e colui che rappresenta strumento di questa volontà politica. Dipende molto dal tipo di rapporto che sul piano umano, sul piano delle relazioni, sul piano dei convincimenti che ciascuno può avere nell'esercitare questa attività esprime, mette a disposizione. Io non mi posso certamente lamentare, sono pienamente soddisfatto ma non credo che neppure il personale attraverso me o attraverso la collaborazione che offre sia tale da non essere soddisfatto di questo tipo di rapporto. Andiamo quindi piano nel pensare alla necessità di individuare tutto, di scrivere e mettere a punto tutto. Questo sarà molto difficile. Ma uno degli aspetti fondamentali che é venuto fuori oggi é quello del precariato e quello dell'orario di lavoro. Mi pare che il punto fondamentale che poi forma testo politico essenziale di valutazione e di scelta politica attorno ai quali esprimere valutazioni. Io quella del precariato non l'ho capita bene perché quella del 25% del personale in condizioni di precariato non la riconoscerei, se non precariato per quanto riguarda alcuni servizi, che in quanto tali sono precari, nel senso che questi servizi non fanno riferimento ad un affidamento nel tempo costante e continuo per cui anche il personale che vi accudisce possa avere quella garanzia di continuità, posto che il servizio continuo non é. E' il personale delle scuole materne, della formazione professionale, dei bidelli, se ho ben capito, i quali sono in condizione di relativa precarietà in quanto i servizi che devono accudire sono in condizione di relativa precarietà. Questo problema poi é strettamente collegato con il problema dell'orario di lavoro. Io non so quali sono le scelte morali e politiche, le valutazioni che ognuno di noi in un momento difficile, che comporta decisioni di gravi responsabilità come quello che stiamo vivendo può fare. Le sensibilità sono molto diverse da questo punto di vista e anche molto diverso é il giudizio che diamo a questi due componenti nei confronti del modo con il quale intendiamo

utilizzare risorse, danaro, mezzi, in funzione di una resa di attività che si deve rispondere nella società che ci ha espresso in un'attività di servizio. Quando si parla di orario di lavoro e si dice che sarebbe giusto portarlo a 36 ore perché in questo modo viene fuori un certo numero di ore che bisogna far coprire da nuove assunzioni e con ciò si contribuisce anche in questo modo a venire incontro a quelli che sono problemi di disponibilità di manodopera, è un discorso che comprendo. Anche questa è da porre sul piano della bilancia, e cancello tutte le altre considerazioni per le quali ci si era attestati su un'orario di lavoro di 40 ore perché anche qui la memoria la dobbiamo avere sempre viva. Abbiamo difeso la legge n. 11 a Roma quando noi andavamo a proporre l'aggiornamento della maggiore indennità del 35% per questi due aspetti fondamentali, il primo era quello di un aggiornamento di indennità dovuta alla maggiore corresponsione di attività, cioè le 40 ore anziché le 36 e il secondo era quello del bilinguismo. Su questo abbiamo sofferto le pene di tutta l'umanità dal punto di vista politico per far comprendere al Governo, sul rispetto della competenza primaria che l'amministrazione ha e quindi questo rapporto che si è andato a cercare di far capire e che ha trovato una sua favorevole condizione in maniera del tutto eccezionale perché la provincia di Bolzano ha questa singolarità politica, anche se poi la provincia di Trento in mancanza di questa singolarità politica ha avuto lo stesso il 35% e ha ridotto l'orario di lavoro e non c'è il bilinguismo. Ma in questo Paese non si sa mai a quale tipo di riferimento portarsi. Mi rifaccio ancora alla prima considerazione quella secondo la quale è giusta anche una riduzione dell'orario di lavoro perché si fornisce un contributo di disponibilità di ore e quindi di impieghi a persone che noi abbiamo valutato in una cifra abbastanza consistente. Cioè passare in Provincia di Bolzano dalle 40 alle 36 ore significa qualche centinaio di dipendenti in più e con ciò si presta un importante contributo anche al problema dell'occupazione. Lo stesso discorso può valere anche per quanto riguarda il lavoro precario. A questo punto viene fuori un discorso di scelta politica fondamentale. Riteniamo in questo quadro così difficile, teso, drammatico nel quale stiamo vivendo e credo che non dobbiamo mai dimenticare questo quadro, che diventerà sempre più pesante anche in termini di disponibilità di risorse, di esigenze da soddisfare, di richiesta politica sempre presente, per fare le cose che le numerosissime competenze che noi abbiamo ci impongono di fare, riteniamo di soddisfare le esigenze dell'opinione pubblica dando il contributo di una maggiore disponibilità di posti di lavoro o diamo maggiore risposta alla richiesta politica che più generalmente ci viene sollecitata, cercando di esprimere invece il contenimento di quello che è il personale per destinare la risorsa finanziaria per meglio soddisfare questa esigenza di richiesta politica? Questo discorso io ho cercato di farlo e per tutto l'assieme delle cose la risposta è stata verso la prima soluzione per me, per una deformazione che verrà fuori da una mia valutazione perché sono convinto che se possiamo sperare di uscire fuori nel riconoscere a ciascuno quello

che é dovuto, nel riconoscere la presenza di situazioni e di superare anche le situazioni di difetto di fronte alle quali siamo, e lo voglio superare, non ci si trova nelle condizioni generali dalle quali possa apparire che noi abbiamo adempiuto a tutti quelli che sono gli obblighi che derivano dall'applicazione della legge e da quello che bisognerà fare, e dall'esigenza di ulteriore approfondimento delle cose o da inserire di nuovo o di valutazione successiva. Ma sono valutazioni che vengono da un confronto che io mi auguro essere il più civile, ma da questo punto di vista la scelta per quanto mi riguarda l'ho già fatta, anche se mi rendo conto che ormai stiamo diventando l'unica isola da questo punto di vista perché la Provincia di Trento, la Regione, il quadro entro cui noi eravamo stanno decampando da questo orientamento. Io non so quale sarà il divenire fra qualche anno, come si assesterà un livello di rapporto da questo punto di vista, credo che sia prematuro e difficile dirlo adesso.

Riconosco che in questa legge mancano ancora punti fondamentali che non sarebbe difficile cercare di mettere a punto, di sistemare e che necessitano di un ulteriore confronto e di una certa disponibilità dell'Amministrazione, dei responsabili a discuterle queste cose, a valutarle e a cercare di ricercare una soluzione. Questo impegno per quello che potrà fare lo assumo, ma in questa valutazione complessiva, generale di non considerare insufficiente, grave, deformante la situazione nella quale oggi il nostro personale si trova. Non credo sia giusto dare una valutazione di questo genere perché pure in presenza di tutte le incertezze o di tutte le manchevolezze che ancora ci sono con i provvedimenti che sono stati fatti in precedenza, con quello che é stato fatto ora, con un pronto aggiornamento a quelle che sono le indicazioni che emergono dalla nuova piattaforma statale nei confronti della quale noi ci siamo aggiornati per quello che avevamo l'obbligo di aggiornarci o che sentivamo sapendo che ancora ci sono molte cose da fare. Quindi rapporto che non mi sento di dire migliore del mondo, né soddisfacente se deve soddisfare tutti, ma che sia un rapporto tra un'amministrazione carica di problemi, un personale sempre più impegnato in attività penetranti di responsabilità difficili come quelle che fanno riferimento alla gestione della nostra autonomia e quindi mi permetterei di concludere dicendo che questo rappresenta un altro passo, che non é il passo completo, che altre cose rimangono da fare e che credo che tutti ci dobbiamo impegnare a completare con maggiore energia e impegno le cose che ancora non rappresentano un obiettivo certo, che può essere completato a volte anche senza grossa fatica.

PRESIDENTE: Avviso che domani pomeriggio non ci sarà seduta per poter partecipare al funerale del collega Dejacó.

Sospendo la seduta fino alle ore 15.

ORE 12.55 UHR

ORE 15.22 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

Continuiamo con la discussione generale del disegno di legge provinciale n. 257/83. Chi chiede la parola? Nessuno. Dichiaro chiusa la discussione generale.

Dó lettura dell'ordine del giorno n. 1 presentato dal consigliere Costalbano:

Il Consiglio provinciale considerata l'opportunità di acquisire elementi informativi sugli orientamenti della Giunta provinciale in merito ai suoi rapporti con le rappresentanze sindacali e all'amministrazione del personale, impegna l'Assessore al personale a presentare entro il 31 agosto 1983 al Consiglio provinciale una relazione dettagliata che comprenda:

- a) l'elenco dei Regolamenti di attuazione previsti dalla legge n. 11/81 con impegnativi termini per la loro emanazione;
- b) un'analisi comparativa dei trattamenti giuridici ed economici dei dipendenti pubblici nella regione TT.AA. (Province, Comuni, Regione, Stato, Parastato, Sanità) con particolare riguardo alla retribuzione, agli inquadramenti nelle qualifiche funzionali, alle possibilità di sviluppo di carriera, all'orario di lavoro, al numero del personale precario;
- c) le misure attuate per favorire la partecipazione del personale all'attività amministrativa, la collegialità delle decisioni, l'informazione alle rappresentazioni sindacali;
- d) la situazione del personale provvisorio, con l'individuazione delle misure che la Giunta provinciale intende attuare per garantire il passaggio ad un posto di lavoro stabile e per creare spazi occupazionali in settori attualmente bloccati;
- e) le conclusioni a cui sono giunte le Commissioni paritetiche per le modifiche delle leggi di settore (scuole materne, formazione professionale, Amministrazione scolastica);
- f) una valutazione sullo stato dei rapporti tra Giunta e rappresentanze sindacali e della metodologia che la Giunta ha seguito o intende realizzare;
- g) una valutazione sull'opportunità di garantire per la prossima legislatura un Assessorato riservato esclusivamente alla trattazione degli affari sul personale e per riorganizzazione degli uffici e delle metodologie di lavoro.

Il Consiglio provinciale impegna inoltre la Giunta a:

- 1) convocare entro il 31 dicembre 1983 la data per la costituzione del Consiglio per l'organizzazione;
- 2) riaprire la trattativa interrotta con le organizzazioni sindacali sui punti controversi, presentando entro il 15 settembre un disegno di legge che ne recepisca i punti più urgenti, in particolare per quanto riguarda l'immissione in ruolo dei precari e la creazione di nuovi spazi occupazionali;

- 3) convocare ad un unico tavolo di trattativa i rappresentanti della Provincia, dei Comuni e delle Organizzazioni sindacali per consolidare il processo di omogeneizzazioni dei trattamenti giuridici ed economici nel pubblico impiego locale.

Angesichts der Zweckmäßigkeit, über die Ausrichtung der Landesregierung im Hinblick auf ihre Beziehung zu den Gewerkschaftsvertretern und auf die Personalverwaltung Auskunft zu erhalten, verpflichtet der Südtiroler Landtag den Landesrat für Personalwesen, dem Landtag binnen 31. August 1983 einen ausführlichen Bericht zu unterbreiten, der folgendes umfaßt:

- a) ein Verzeichnis der vom Landesgesetz Nr. 11/81 vorgesehenen Durchführungsverordnungen mit verbindlichen Terminen für deren Erlaß;
- b) eine Vergleichsstudie über die rechtliche Lage und die Besoldung der öffentlichen Bediensteten in der Region Trentino - Südtirol (Provinzen, Gemeinden, Region, Staat, halbstaatliche Körperschaften, Gesundheitsdienste), unter besonderer Berücksichtigung der Besoldung, der Einstufung in die verschiedenen Funktionsebenen, der Aufstiegsmöglichkeiten, des Stundenplans, des Bestandes an provisorisch Bediensteten;
- c) die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Förderung der Beteiligung des Personals an der Verwaltungstätigkeit, kollegialer Entscheidungsprozesse und der Information an die Gewerkschaftsvertreter;
- d) die Lage der provisorisch Bediensteten mit Angabe der Maßnahmen, die die Landesregierung plant, um den Übergang in ein festes Dienstverhältnis zu gewährleisten und Beschäftigungsmöglichkeiten in Bereichen zu schaffen, für die derzeit ein Aufnahmestop besteht;
- e) die Schlußfolgerungen, die von den paritätischen Kommissionen im Hinblick auf Änderungen an den einschlägigen Gesetzen gezogen wurden (Kindergärten, Berufsausbildung, Schulverwaltung);
- f) eine Begutachtung der Beziehungen zwischen Landesregierung und Gewerkschaftsvertretungen sowie der Vorgangsweisen, die die Landesregierung bisher angewandt hat oder anzuwenden gedenkt;
- g) ein Gutachten darüber, ob für die nächste Gesetzgebungsperiode ein eigenes Assessorat geschaffen werden soll, das ausschließlich für die Bearbeitung von Personalangelegenheiten und für die Reorganisation der Ämter und der Arbeitsmethoden zuständig sein soll.

Der Landtag verpflichtet die Landesregierung außerdem:

1. binnen 31. Dezember 1983 einen Termin für die Einsetzung des Beirates für Organisations- und Personalangelegenheiten festzusetzen;
2. die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretungen über strittige Themen wiederaufzunehmen und binnen 15. September einen Gesetzentwurf einzubringen, der die dringlichsten Entscheidungen rezipiert, insbesondere was die Einstufung provisorisch Bediensteter in die Stammliste und die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten betrifft;
3. die Vertreter des Landes, der Gemeinden und der Gewerkschaftsorganisationen zu gemeinsamen Verhandlungen einzuberufen, um den Prozeß der Vereinheitlichung der rechtlichen Positionen und der Besoldungen im öffentli-

chen Dienst in Südtirol zu fördern.

La parola al consigliere Costalbano.

COSTALBANO (NS-NL): Ho presentato questo ordine del giorno firmato anche dai colleghi del PCI perché ritengo al di là delle posizioni divergenti che potevano insorgere in modo anche più consistente all'interno di questo Consiglio, in ordine ad una serie di valutazioni divergenti sul problema del personale e divergenti anche sulla valutazione da dare alla legge in discussione, ritenevo che era opportuno un momento di riflessione e di valutazione su tutti i problemi del personale, in ordine non solo ad una valutazione complessiva dello stato della trattativa tra organizzazioni sindacali e Giunta non solo allo stato di attuazione di una serie di norme previste dalla legge n. 11/81 ma anche per prendere visione di tutta una serie di problemi quali l'orario di lavoro da una parte e quello del personale precario dall'altra. Io ritengo che questo ordine del giorno ha una elencazione estremamente oggettiva di quelli che sono i problemi sul tappeto. Ho proposto questo ordine del giorno perché nei tempi previsti dall'ordine del giorno si è arrivati ad avere una documentazione completa da parte della Giunta provinciale sui temi che sono oggetto di discussione, e comunque sono problemi che vanno affrontati urgentemente! Non era quindi un problema di polemica, ma è un problema di metodologia seria, concreta, corretta che cerca di puntualizzare i problemi come sono, nella loro articolazione, tenendo conto dei contributi diversi che concorrono a designare un quadro generale. Credo che questo sia un impegno che la Giunta possa sottoscrivere perché ci troviamo di fronte a dei tempi che tendono a slittare. Se questa analisi non viene fatta entro la fine della legislatura, credo che affrontando la campagna elettorale questi argomenti saranno oggetto della stessa ma non saranno oggetto di trattativa. Non credo che si possa fare una trattativa con le organizzazioni sindacali nel pieno della campagna elettorale. Si va a dopo la formazione del governo provinciale, e quindi la questione slitterà sicuramente di un anno. Non credo che la gravità della situazione consenta dei termini così ampi.

Volevo prendere atto di alcune considerazioni svolte dall'Assessore Pasquali questa mattina che io ritengo in parte positive perché se valutiamo bene quanto ha detto l'Assessore non c'è una grande differenza fra le affermazioni che ho fatto e le sue, nel senso che si riconoscono da ambedue le parti certi problemi, salvo dare una valutazione diversa. Rimane pur sempre un problema fondamentale che voglio sottolineare. Lei ha accennato questa mattina ad un problema dell'importanza della persona al di là di quello che è il metodo e il riferimento. Penso che Lei possa capire per l'esperienza che abbiamo in comune su certe cose, quanto io posso valutare pienamente questo rapporto personale, nel senso che so benissimo che al di là della norma e della legge il rapporto personale è un elemento di valutazione politica estremamente importante. Ad esempio io

posso dare valutazioni personali politiche come ho dato anche questa mattina nei confronti di Rubner senza per questo intaccare delle valutazioni personali. Però devo dire che c'è una differenza di fondo, che è il risultato. Io prendo atto delle volontà che Lei esprime, però devo contemporaneamente prendere atto anche, per dare compiutezza ad un proverbio popolare cattolico che la strada dell'inferno è lastricata di buone intenzioni, che le sue buone intenzioni alla fine portano all'inferno, perché i risultati complessivi sono abbastanza infernali, nel senso che quando Lei presuppone che la valutazione a livello personale è importantissima, il risultato complessivo dello scontro che è avvenuto non si è spostato di una virgola. Io ho parlato con i sindacalisti i quali danno una valutazione diversa del rapporto che Lei ha dato in questi incontri rispetto all'apporto che ha dato l'Assessore Rubner. In questa sede tendo a riconfermare questa opinione svolta in altra sede evidentemente, valutando le posizioni che Lei ha espresso questa mattina e le posizioni che Rubner ha espresso in prima commissione. Io prendo atto di queste cose, valutandole complessivamente per quelle che sono. Contemporaneamente constatato che i meccanismi sono tali che i risultati sono infernali. Non vorrei che questa fosse una conclusione ma una valutazione per superarla.

Attraverso questo ordine del giorno, che è un'elencazione dei problemi aperti, spero si possa rappresentare un momento unitario all'interno di questo Consiglio ma possa anche essere l'occasione per riprendere una trattativa con le organizzazioni sindacali. Se questo ordine del giorno non ha questa funzione, non ha più nessuno scopo di essere trattato. Però credo che possa rappresentare una volontà unitaria del Consiglio e quindi far capire le cose in senso più corretto. Non voglio fare l'elenco di tutte queste cose. Ho un plico di carte che potrei leggervi, non lo faccio perché sono convinto che ognuno di noi è abbastanza documentato e consapevole di quelli che sono i problemi. Quello che vale è lo spirito politico e a questo punto credo di dover fare appello a questo per introdurre una questione di metodo che a mio avviso può dare senso unitario e riaprire una questione che a me sembra abbastanza deteriorata.

RUBNER (Landesrat für öffentliche Arbeiten, Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals - SVP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist nicht so, daß ich nicht auf die verschiedenen Interventionen in der Generaldebatte antworten wollte, sondern ich habe angenommen, daß noch verschiedene reden wollen und deswegen hätte ich mir vorbehalten zu dem Vorgebrachten Stellung zu nehmen. Nun, ist vielleicht die Gelegenheit gegeben mindestens einen kleinen Teil von dem zu sagen, was zu sagen war im Zusammenhang mit dem Beschlußantrag. Hier ist vorgebracht worden, daß das Gesetz Nr. 11, das die Grundordnung für das Personal und die Ämter in unserer Landesverwaltung darstellt, nur zu einem geringen Teil durchgeführt worden ist und daß die Durchführung praktisch gescheitert wäre. Hier wird wieder gesagt, es müssen noch die Durchführungsbestimmungen kommen usw. Dazu möchte ich noch folgendes sagen und das haben wir

auch damals gesagt, als wir dieses Gesetz hier in den Landtag gebracht haben. Es handelt sich um eine Grundordnung, von der allen klar sein muß, von Anbeginn klar sein muß, daß die nicht innerhalb kurzer Zeit durchzuführen ist, durchgeführt werden kann, sondern daß es Zeit braucht, denn das Gesetz Nr. 11 ist auch ein programmatisches Gesetz in dem Sinn, daß es im Laufe der Zeit durchgeführt werden muß. Es zeigt sich ja im konkreten dann, daß verschiedene Punkte, die in diesem Gesetz im Prinzip angenommen sind, in der konkreten Durchführung zu Schwierigkeiten führt. Ich darf da nur an eines erinnern, an die Bestimmung über die Teilzeitbeschäftigung. Es war der gute Wille der Landesverwaltung von Anbeginn da diese Teilzeitbeschäftigung durchzuführen, nur nachdem es im gesamten Staatsgebiet nirgends ein konkretes Beispiel gibt, weder beim Staat noch bei anderen Regionen noch bei anderen Körperschaften, wie das durchzuführen ist, muß man praktisch völlig Neuland beschreiten und wenn man Neuland beschreitet, dann muß man kleine Schritte machen und wir haben gerade bei der Bearbeitung dieses Entwurfes gesehen, wie schwierig es ist wenn man ins Detail geht bei der Teilzeitbeschäftigung. Wir haben hier eine paritätische Kommission eingesetzt, in der die Gewerkschaften und Vertreter der Verwaltung vertreten waren. Die haben einen Entwurf ausgearbeitet nach besten Wissen und Gewissen und als dieser Entwurf dann in den Verwaltungsrat gekommen ist, indem andere Praktiker sitzen wie der Generaldirektor und die Abteilungsdirektoren, sind erst die verschiedenen Details herausgekommen, wie machen wir es in dem Fall, und was ist in dem Fall, usw. Und da haben wir erst gesehen, daß wir diesen Entwurf für die Durchführungsbestimmung zur Teilzeitbeschäftigung wieder völlig neu überarbeiten mußten, weil wir eben Neuland beschreiten und wenn hier immer wieder gesagt wird, daß wir schlechter dran sind als der Staat usw., so muß ich gerade bei diesem Beispiel beginnen und fragen, wo in der gesamten öffentlichen Verwaltung der Italiener gibt es so etwas Ähnliches? Nirgends. Wir wissen heute noch nicht, wie es funktioniert. Wir werden es jetzt, so wie es verabschiedet ist, ausprobieren müssen und bei diesem Ausprobieren wird sich dann wieder herausstellen, daß das eine funktioniert und das andere nicht funktioniert. Es ist also nicht so, daß das Gesetz Nr. 11, das Grundgesetz für das Personal und die Organisation des Landes gescheitert wäre, sondern ich muß hier feststellen, daß es in diesen zwei Jahren, seit denen es in Kraft ist, gute Früchte getragen hat und daß der wesentliche Teil, nämlich die Aufteilung der Verantwortung, die Einrichtung der Amtsdirektionen usw., daß gerade dieser Teil bestens funktioniert hat. Sicherlich, es gibt Ausnahmen in einer so großen Verwaltung wie die Landesverwaltung sie ist. Aber im großen und ganzen können wir mit Genugtuung feststellen, daß diese Einrichtung funktioniert hat und daß die nachahmenswert wäre für eine andere öffentliche Verwaltung in diesem Staate. Sicher, hier wird immer wieder auf einen Punkt verwiesen und auch in dieser Tagesordnung, Erlaß verschiedener Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz und gemeint ist immer nur eine, nämlich der Verwaltungsrat oder die neue Bezeichnung für den Verwaltungsrat,

Beirat für Organisation und Personal. Die Durchführungsbestimmungen für diesen Passus werden sicherlich noch vor diesen Landtagswahlen verabschiedet werden, aber es hätte keinen Sinn gehabt sie früher zu verabschieden, nachdem das Gesetz ja sagt, daß dieser Beirat immer mit der Legislatur verfällt. Nun müssen Sie sich vorstellen, nun wird zum ersten Mal unter über 5.000 Bediensteten eine Wahl organisiert mit allem Drum und Dran und nun kommen diese paar Personalvertreter aus dieser Wahl hervor und kaum ist dieser neue Beirat eingesetzt, ist die Legislatur zu Ende und somit auch der Beirat und müßte sofort wieder neu gewählt werden. Das wäre doch ein Unsinn gewesen. Ich glaube, daß es wichtig ist, daß die Durchführungsbestimmung bis zu den Wahlen heraußen ist und daß sofort nach den Landtagswahlen dann diese Wahl der Vertreter des Personals für den neuen Personalbeirat durchgeführt werden kann. Hier ist die Rede vom Beteiligungsprozeß der Gewerkschaften. Wir haben immer vom Beteiligungsprozeß des Personals gesprochen und nicht vom Beteiligungsprozeß der Gewerkschaften bei den Entscheidungen in der Verwaltung. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Ich glaube, daß wir im Gesetz Nr. 11 mit dem Passus, in dem wir eines der Grundprinzipien am Anfang drinnen stehen haben, die Kollegialität der Führung und dann die Abteilungsdirektoren und die Amtsdirektoren vorsehen, daß dieses Prinzip diese Herren bindet und daß sie natürlich mit ihren Mitarbeitern die Arbeit zu gestalten haben. Und hier kommen wir wieder auf das, was Kollege Pasquali gesagt hat, es gibt natürlich individuelle personelle Unterschiede. Der eine hat diesen Führungsstil und der andere hat einen anderen Führungsstil und diese Führungsstile werde ich wahrscheinlich nicht mit Gesetz und mit Reglement gestalten können, sondern der Charakter des Einzelnen wird zu guter Letzt immer wieder durchschlagen. Ist eine schwache Führung da, dann werden wahrscheinlich alle führen und niemand, und ist eine starke Führung, dann wird wahrscheinlich Ordnung drinnen sein. Über dieses Prinzip gibt nichts; es gibt Fachleute auf der Welt die über Organisation schreiben. Deswegen glaube ich, daß diese Partizipation von der auch in dieser Tagesordnung die Rede ist, in unserem Gesetz bereits ausreichend geregelt ist, aber ich gebe zu, im konkreten vielleicht noch nicht so funktioniert, wie sie funktionieren sollte oder könnte. Dann, wenn immer wieder von Effizienz und was-weiß-Gott was allem hier die Rede ist, bin ich schon der Meinung, daß die Vertreter hier im Landtag, die sich als die Sprecher der konföderierten Gewerkschaften verstehen, ein paar Krokodilstränen vergießen. Denn seit die Gewerkschaften in diesem Staate überall mitreden, wo es um die Effizienz geht, ist die Effizienz überall rapide zurückgegangen. Deswegen glaube ich, und ich wäre wirklich für Effizienz, das können sie mir glauben, daß diese Mehrheit hier das erste Interesse hat und ein ehrliches Interesse hat, daß diese Landesverwaltung funktioniert. Wenn es aber um die Effizienz geht, dann hätte ich Sorgen, wenn wir diese Waage der Effizienz den Gewerkschaften übertragen würden. Da wird schon noch die Landesregierung die Verantwortung dafür tragen müssen.

Aber hier ist immer wieder von den provisorischen Bediensteten die

Rede. Nun, Kollege Pasquali hat über einige dieser Kategorien bereits eine Aussage gemacht. Es gibt Zweige unserer Verwaltung, in denen es von der Natur der Sache her notwendig ist, daß ein Teil der Bediensteten nur provisorisch angestellt werden kann. Nehmen wir die Berufsertüchtigung her, wo es von Jahr zu Jahr, ich weiß nicht wieviel Kurse im Herbst wieder errichtet werden, weil die Kurse ja nur dann errichtet werden sollen, wenn sie wirklich von der Wirtschaft gebraucht werden. Nun kann ich nicht eine Reihe von Leuten hier in der Stammrolle sitzen haben, die, falls der Kurs stattfindet, gerufen werden und sonst weiter auf der Bank sitzen. In dem Fall, glaube ich, ist eine Frage der Effizienz wieder, daß man nur so viel Personal einstellt und definitiv macht wie man durchgehend beschäftigen kann und all das Personal, das nur für Spitzen gebraucht wird, nur jeweils für diese Spitzen beschäftigt wird. Das gleiche gilt für die Kindergärten. Wir erleben momentan, daß aufgrund des Rückgangs der Kleinkinder die Kindergartensektionen auch rückläufig sind. Es wäre wohl ein Nonsens jetzt herzugehen und zu sagen, jetzt müssen wir schnell noch alle in die Stammrolle aufnehmen, denn morgen könnte es sein, daß durch den Abbau einiger Kindergartensektionen, diese dann entlassen werden müssen, das wäre eine schizophrene Haltung der Verwaltung. Denn auch hier müssen wir uns jeweils dem Bedarf anpassen, denn das Grundprinzip, von dem wir ausgehen müssen, ist, daß diese Verwaltung nicht für das Personal, sondern für die Bevölkerung da ist. Und wenn dieses Grundprinzip gilt, dann ist nicht das primäre, obwohl alle in der Stammrolle sind, sondern daß nur so viel Personal in der Stammrolle ist, als wirklich gebraucht wird. Wir haben sehr viel Personal von anderen Körperschaften übernommen, das sich vielleicht nicht so eingebaut hat in unsere Verwaltung, daß es richtig verwendet werden kann. Das tut mir sehr leid, denn deswegen hat man ja manchmal den Eindruck, daß in manchen Bereichen, in denen die Effizienz wirklich nicht ganz gegeben ist, auch zuviel Personal ist, aber es sind die Kinderkrankheiten einer neuen Autonomie, Kinderkrankheiten, die dadurch entstehen, daß ganz verschiedene Verwaltungen des Staates, der Region autonomer Körperschaften usw. plötzlich vom Land übernommen werden müssen. Es ist ganz klar, daß das dann nicht auf Anhieb eine Verwaltung aus einem Guß sein kann. Daß das eben Kinderkrankheiten sind, die sich wahrscheinlich einige Zeit lang durch unsere Verwaltung ziehen werden. Aber hier können wir doch feststellen, daß dieser Teil...

PRESIDENTE: Lei ha diritto di parlare 10 minuti sull'ordine del giorno.

RUBNER (Landesrat für öffentliche Arbeiten, und Personalangelegenheiten - SVP): Gut, dann werde ich das, was ich sonst noch zu sagen habe, bei den einzelnen Artikeln sagen.

Ich muß aber sagen, daß wir als Mehrheit nicht mit dieser Tagesordnung einverstanden sind. Es sind hier nämlich Forderungen enthalten, die für uns absolut nicht annehmbar sind, z.B. sollten hier die Verhandlungen

mit den Gewerkschaften wieder aufgenommen werden bis 15. September; sollten dann Ergebnisse vorliegen und in diesem Herbst sollte dann noch einmal ein Personalgesetz verabschiedet werden und hier muß ich schon sagen, das ist einfach deswegen nicht möglich, weil wir den Gewerkschaften in verschiedenen Punkten, die Sie in Ihrer Verhandlungsplattform drinnen haben, nichts mehr zu sagen haben. Überall dort, wo es z.B. um den Stundenplan geht, um die 36-Stundenwoche, um mehr Urlaub, praktisch also um den Grundsatz "weniger arbeiten und mehr verdienen", da haben wir uns nichts weiteres zu sagen. Deswegen bin ich der Meinung, daß es gar keinen Sinn hat, daß man sich hier zusammensetzt, um sich die gleichen Dinge, die wir uns schon drei-, viermal gesagt haben, noch einmal zu sagen. So viel Zeit, wie andere haben wir nämlich nicht. Deswegen darf ich für die Landesregierung hier sagen, daß wir dieser Tagesordnung zu diesem Gesetz nicht zustimmen.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): Prendo la parola per dire che mi sembra che l'assessore Rubner non abbia in pratica risposto ai quesiti posti nell'ordine del giorno. Assessore, Lei ha detto che non approva questo ordine del giorno, per quanto riguarda il punto n. 2, quello in cui si impegna la Giunta a riaprire la trattativa interrotta con le organizzazioni sindacali Lei dice che non abbiamo niente altro da dire. Se permette noi non possiamo accettare un atteggiamento di questo tipo, Le diciamo anche che come cofirmatari di questo ordine del giorno siamo anche disposti a rivedere l'ordine del giorno stesso, siamo disposti a confrontarci, ma Lei fa segno di no con la testa. Evidentemente il Suo é un atteggiamento di chiusura totale nei confronti di tutta una serie di richieste e la conferma ci viene ancora una volta adesso con il Suo atteggiamento. Lei non ha risposto ha detto solo che lo rifiuta, punto e basta, senza argomentarlo ad una nostra richiesta di sospensione per vedere se é possibile trovare dei punti di contatto. Noi siamo anche disposti a modificare l'ordine del giorno in alcuni punti, vi sono per esempio delle date molto precise, noi abbiamo detto che entro il 31 agosto la Giunta dovrebbe fare delle cose, entro il 31 dicembre altre, ma siamo anche disposti a rivedere questi termini se é questa la questione controversa, ma mi pare che non vi sia nessun atteggiamento di disponibilità, l'Assessore Pasquali diceva prima che é importante avere l'intenzione ecc. ma mi pare che questi comportamenti di disponibilità e di attenzione non vi siano affatto.

Rispondo brevemente su un punto trattato dall'Assessore Rubner. In sede di discussione generale e nell'ordine del giorno chiediamo una relazione dettagliata che comprenda l'elenco dei regolamenti d'attuazione previsti dalla legge n. 11 compresi i termini per la loro emanazione. L'Assessore Rubner contestava la nostra affermazione quella secondo cui la legge n. 11 é ampiamente inattuata e noi rispondiamo che é vero quello che diciamo noi perché i regolamenti d'attuazione non emanati sono moltissimi, sono quelli previsti dall'art. 13 sulla produttività e il rendi-

mento, quello previsto all'art. 16 per l'elezione del consiglio di organizzazione che doveva peraltro essere approvato già il 31.12.1981, é quello previsto all'art. 25 sulla fissazione dei criteri per la valutazione delle domande d'ammissione ai posti dirigenziali, é quello previsto dall'art. 43, 48, 55, 73, 74, 80 e 55. Ci sembra che i dati e gli articoli che non sono stati applicati dicano quanto noi abbiamo ragione, quanto sia falsa l'affermazione fatta dall'Assessore.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, avrei voluto parlare dopo che l'Assessore avrebbe preso parola sul disegno di legge per chiarire talune delle domande che erano state poste dai colleghi sentiró eventualmente se dopo l'art. 1 prenderá la parola per poter fare alcune considerazioni.

In merito all'ordine del giorno osservo che taluni di questi punti hanno una loro esigenza e una loro validitá, altri viceversa si prestano ad interpretazioni che possono indurre a valutazioni piú disparate. Per esempio al punto c) si dice: "le misure attuate - nella relazione che dovrebbe fare l'Assessore al personale entro il 31 agosto - "per favorire la partecipazione del personale all'attività amministrativa, la collegialitá delle decisioni, le informazioni alle rappresentanze sindacali". Ho l'impressione che questo punto tenda un po' a sottolineare un modo di concepire l'attività amministrativa di tipo assembleare, che credo senz'altro forse risponde ai criteri ideologici filosofici dei presentatori ma che nella sostanza non solo é fuori dalla legge 11/81 a suo tempo emanata, ma sicuramente non viene accettato e recepito dalla Giunta. Nemmeno io sarei per discutere in questi termini, che vuol dire "la collegialitá delle decisioni"? L'Assessore o il direttore o il dirigente della Provincia dovrebbe in qualche modo esprimere delle decisioni collegiali con il personale o in una seduta congiunta di dirigenti ad alto livello? Non é ben chiaro e non mi sembra opportuno questo comma. Il punto f): "Una valutazione sullo stato dei rapporti tra Giunta e rappresentanti sindacali e la metodologia che la Giunta ha seguito o intende realizzare". Mi pare che sia molto chiara la metodologia che la Giunta intende realizzare e ha sempre realizzato nei confronti dei sindacati e non penso colleghi di sinistra che in una relazione che l'Assessore al personale dovrebbe fare fra un mese avremmo delle grandi novitá, a parte il fatto che mi sembra che anche fra i sindacati della triplice e i sindacati autonomi non c' é unitá di vedute e spesse volte neppure unitá di intenti, perché ciascuno mira a difendere le proprie conquiste e le proprie posizioni all'interno della Provincia. Anche in questo senso non credo che questo punto potrebbe essere accettato.

Altro punto: "Il Consiglio provinciale impegna la Giunta a riaprire la trattativa interrotta con le organizzazioni sindacali sui punti controversi, presentando entro il 15 settembre un disegno di legge che ne recepisce i punti piú urgenti in particolare per quanto riguarda l'immissione in ruolo dei precari, la creazione di nuovi spazi occupazionali". Se intendo bene questi nuovi spazi occupazionali deriverebbero dalla ri

duzione dell'orario a 36 ore che consentirebbe l'eventuale assunzione di altro personale, perché non posso immaginare che vi siano altre strade per poter ampliare l'attività della Provincia. Strano è che si chieda di riaprire la trattativa interrotta con le organizzazioni sindacali sui punti controversi. Qui c'è stata una decisione politica evidentemente che ha portato la Giunta provinciale a fare una sua scelta. Ora io non credo che il Consiglio provinciale avrà molta fortuna, o i presentatori dell'ordine dell'ordine del giorno avranno molta fortuna nel chiedere alla Giunta provinciale di recedere da quelle scelte che hanno formato oggetto e che sono codificate nel progetto di legge che viene presentato al Consiglio. Allora con questo ordine del giorno praticamente voi chiedete la sospensione della trattazione del disegno di legge e questo non mi sembra che potrebbe essere attuato.

Io chiedo la votazione per articoli, per altri punti posso anche concordare, per esempio sui regolamenti che come faceva notare la collega Barbiero la maggior parte mancano, il tempo che era previsto per l'emanazione di questi regolamenti è stato largamente superato e posso immaginare che nell'attuazione di un regolamento di legge quale è stato il n. 11 si siano presentate difficoltà e intoppi e il tempo sia trascorso oltre quello che era da poter ipotizzare con un andamento normale dell'attività. Anche altri punti possiamo senz'altro esaminare, ma pensare che con questo ordine del giorno si possa riaprire tutta la discussione sulla legge che è stata presentata, mi sembra poco realistico. Per quanto attiene in effetti alle valutazioni da dare sul disegno di legge io mi riservo di fare una dichiarazione di voto al termine della discussione articolata.

COSTALBANO (NS-NL): Io devo prendere atto di una volontà precisa da parte dell'Assessore Rubner. Prendiamo atto che a livello di Consiglio provinciale è stato risposto con lo stesso metodo e con lo stesso livello con cui sembra sia stato risposto a livello sindacale. Anche l'Assessore Pasquali questa mattina ha detto che ci sono delle difficoltà in ordine ad una effettiva applicazione della legge n. 11/81 in quanto è una cosa tutta da avviare, e Rubner ha parlato di malattia infantile. Dobbiamo stare attenti, perché ci sono alcune malattie infantili che portano all'impotenza e io credo che siamo molto vicini a questo livello. Ci sono malattie infantili estremamente pericolose perché rischiano di portare delle conseguenze negative per tutta la vita. Bisogna stare attenti a trovare delle giustificazioni per non muoversi a tempo e a modo.

Per quanto riguarda il collega Mitolo rispondendo puntualmente, alla lettera c) si tratta di un richiamo ad una richiesta fatta della piattaforma unitaria in cui si chiede l'attuazione della legge n. 11/81. Qua si dice: informazione e partecipazione, in attuazione agli artt. 1 e 2 della legge provinciale 11/81 per realizzare un maggior livello di informazione e partecipazione per consentire ai membri del consiglio per l'organizzazione un costante collegamento con i settori dell'Amministrazione;

si chiede che: 1) i direttori d'ufficio siano tenuti a convocare 3 riunioni annuali del personale sulle questioni attinenti alle questioni di lavoro e del personale e con il diritto del personale ad adire al consiglio per l'organizzazione nel caso non vengano accolte proposte approvate a maggioranza. Per i settori invece delle scuole materne, settore professionale, servizio riabilitativo verranno costituite commissioni a partecipazione del personale con competenza omogenea analoghe a quelle previste per il consiglio d'amministrazione per la formazione professionale. Fra le attribuzioni del consiglio per l'organizzazione verranno aggiunte la fissazione di criteri per l'articolazione dell'orario di servizio e norme per la tutela della salute nei posti di lavoro.

MITOLO (MSI-DS): (Interrompe)

COSTALBANO (NS-NL): La questione é completa, si dice: "la partecipazione del personale all'attività amministrativa, che significa o ti rendo responsabile anche con l'informazione altrimenti la partecipazione diventa un fatto burocratico e distaccato. Intendiamoci bene sui termini. Quello che mi preme sottolineare é che le organizzazioni sindacali hanno fatto delle proposte articolate che rientrano anche nei termini di applicazione della legge n. 11/81 e che su questo terreno si é risposto malamente. Io non ho sposato le organizzazioni sindacali, ho già espresso questa mattina il dissenso che l'organizzazione sindacale ha accettato lo spezzettamento della trattativa fra la parte normativa e retributiva che viene riconosciuto attraverso legge poi la parte retributiva avrà tempi lunghi. Posso capire e posso anche giustificare sotto un certo punto di vista però come valutazione politica non condivido questa posizione. Io non sto qua a sposare le valutazioni sindacali, chiunque siano, dó una valutazione politica di quella che é una trattativa che avviene fra Giunta provinciale e organizzazioni sindacali, per quanto riguarda il personale.

Per quanto riguarda i termini, si chiede che entro il 31 agosto vi sia una relazione, ma si chiede della situazione che esiste, perché fino a prova contraria non siamo riusciti ad avere salvo che dalle organizzazioni sindacali nessuna situazione reale di valutazione da parte della Giunta e dell'Assessore circa i problemi che esistono, allora credo che il Consiglio abbia il diritto sacrosanto di chiedere una cosa di questo genere. Io non credo collega Mitolo che su questo necessariamente si riaprirá la trattativa, io credo che ci sono dei presupposti sui quali può nascere una situazione, allora cerchiamo come Consiglio di far nascere questa situazione. Di convocare entro il 31 dicembre 1983 la data per la costituzione del consiglio di organizzazione. Il Consiglio di organizzazione é uno degli elementi importanti della legge n. 11/81 allora non diciamo domani, prima o dopo la scadenza elettorale, ma diciamo una data abbastanza ragionevole, che consente di dare attuazione alla legge n. 11/81. Quando chiediamo di riaprire la trattativa non vogliamo con que-

sto ordine del giorno vincolare la Giunta provinciale a portare quelle che sono le indicazioni delle organizzazioni sindacali, non a portare quelli che sono i risultati della trattativa in ordine a quel problema. Si danno delle indicazioni. Se questo ordine del giorno viene rifiutato come ha fatto l'Assessore Rubner credo che non c'è altra valutazione che arrivare allo scontro politico per dire allora che qua si vuole considerare sempre il personale provinciale come un elemento di manovra per manovrare a seconda di quelle che sono le disponibilità e le volontà dell'organismo politico e che non si tollera nessuna possibilità di mediazione. Si vuole imporre una certa situazione. Solo, Assessore e signori della Giunta, il problema è questo che queste imposizioni non riuscite ancora a farle passare perché fino a prova contraria il contratto ancora non è passato. Allora per questo si pone il problema di riaprire i termini della trattativa perché la vostra volontà non passa. Voi potete bloccare, ma non so fino a che punto, perché scavalcamenti sono già avvenuti. Arrivano decreti legge per quanto riguarda il pubblico impiego in cui cominciano ad eliminare delle posizioni precise. Quanto possano incidere sulla situazione del personale provinciale non lo so esattamente, ci sono gli stessi parametri, le stesse indicazioni di livello ecc. ma ci sono anche delle cose precise. Io non so se potrete andare seriamente contro le trattative nazionali. Di fatto comunque voi non riuscirete certamente a frenare questa situazione.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. C'è stata la richiesta del consigliere Mitolo di votare per commi. Metto in votazione i punti a) d) e) g), 1) e 3): respinti con 4 voti favorevoli e 1 astensione.

Pongo in votazione i rimanenti punti: respinti a maggioranza con 4 voti favorevoli.

Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvata a maggioranza con 4 voti contrari e 1 astensione.

Art. 1

Giunta provinciale

(1) Nel primo comma dell'art. 3 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, sono sostituite rispettivamente aggiunte le seguenti lettere:

"a) delibera i piani e programmi di attività nelle materie di competenza provinciale; qualora i piani o programmi comportino l'esecuzione di lavori, acquisti, forniture, prestazioni e servizi, vanno identificati il tipo di intervento e la definizione dei medesimi, e indicato l'importo previsto per la loro realizzazione, con riferimento allo specifico capitolo di bilancio: in tal caso l'approvazione del piano o programma comporta l'autorizzazione all'esecuzione da parte dei competenti organi dei lavori, acquisti, forniture, prestazioni e servizi previsti nel rispetto delle norme di contabilità sulla scelta del contraente;

p) autorizza liti, rinunce, transazioni, ricorsi per regolamento di compe-

- tenza, impugnazioni e arbitrati;
- s) autorizza l'esecuzione di ogni altra opera, acquisto, fornitura, prestazione e servizio, non compresi in piani o programmi, o non già autorizzati da norma di legge;
 - t) autorizza l'esecuzione di lavori, acquisti, forniture, prestazioni e servizi in economia previsti dalla legge vigente, non compresi in piani o programmi;
 - u) nomina i collaudatori di opere, acquisti, forniture, prestazioni e servizi, previsti dalle vigenti norme;
 - v) adotta, inoltre, i provvedimenti espressamente riservati alla sua competenza da norme in vigore."

(2) Il secondo comma del medesimo art. 3 é sostituito dal seguente:

"(2) Singole attribuzioni rientranti nelle materie di cui alle lett. h), m), t), u) e v) del precedente comma, nonché le altre attribuzioni della Giunta provinciale rientranti nelle attività di cui ai punti 3, 4 e 6 dell'art. 54 del D.P.R. 31.8.1972, n. 670, possono essere delegate agli Assessori, a gruppi di Assessori o a funzionari dirigenti di cui ai successivi artt. 5, 29 e 30 della presente legge."

La parola al consigliere Dubis.

DUBIS (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in der Generaldebatte nicht das Wort ergriffen und wie es den Gepflogenheiten dieses Hauses ist, hole ich das beim Art. 1 nach, nur um kurz einen einzigen Grundsatz hier zu wiederholen, den ich bereits in der ersten Gesetzgebungskommission geäußert habe und der auch im Bericht der ersten Gesetzgebungskommission aufscheint.

Es ist uns klar, daß der vorliegende Gesetzesentwurf bei weitem nicht alle Aspekte betrifft, nicht alle Problemkreise betrifft, die hier einer Neuregelung bedürfen. Landesrat Rubner hat das auch in der Gesetzgebungskommission zugegeben. Die Gesetzgebungskommission hat vor der Behandlung dieses Entwurfes einige Gewerkschaftsvertreter, auf deren Ersuchen und auf Vorschlag des Abg. Costalbano angehört, und dort konkret die Frage gestellt, ob die Gewerkschaften wünschen, daß dieser Gesetzesentwurf zurückgezogen wird, in Erwartung, daß auch die anderen Problemkreise einheitlich und gleichzeitig zur Behandlung kommen und einer Lösung zugeführt werden, oder aber, ob dieselben Vertreter es vorziehen, daß dieses Teilgesetz, wenn wir es so nennen können, jetzt gleich über die Bühne geht. Die Antwort auf diese Frage war eindeutig, die Vertreter der Gewerkschaften wünschten einstimmig, daß dieses Gesetz auch als Teilgesetz jetzt gleich über die Bühne geht. Ich wollte das auch im Plenum deponiert wissen, damit gewissen Gerüchten entgegen gewirkt wird, die diesbezüglich fälschlicher Weise in die Welt gesetzt worden sind.

COSTALBANO (NS-NL): Perché devo precisare una mia assunzione di responsabilità con una presa di posizione precisa in merito al problema

sollevato dal collega Dubis. E' vero, io non sono d'accordo con le organizzazioni sindacali, non ho nessuna preoccupazione a dirlo e credo in questo di essere molto serio. Non é possibile fare una trattativa corretta dove vengano separate le parti retributive e normative. Non é razionale, non ci sono i fondamenti per raggiungere un buon contratto, per portare delle innovazioni serie. E' una pratica corrente assolutamente peggiore. Posso capire le organizzazioni sindacali che accettano questa situazione op torto collo. Per quanto mi riguarda le confederazioni devono accettare perché sono un sindacato di minoranza all'interno dell'Amministrazione provinciale. Se fosse una maggioranza le cose sarebbero diverse. Però ritengo che questo non sia il metodo corretto e accuso l'Assessore Rubner di averci lavorato su questo metodo per arrivare a questo risultato. Ma per Lei é un risultato fallimentare, come Assessore al personale, che poi Lei possa capire e valutare in modo diverso, io dico che quando le trattative fra una parte e l'altra arrivano a questi livelli sono il rifiuto della funzione istituzionale che hanno le parti stesse. A questo punto neppure le associazioni padronali più retrive arrivano a queste posizioni. E' il rifiuto della logica della mediazione sindacale fra le parti. In questo mi assumo le responsabilità di dire che non sono d'accordo con le organizzazioni sindacali.

RUBNER (Landesrat für öffentliche Arbeiten, Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals - SVP): Herr Kollege Costalbano, ich muß Ihnen in einem Punkt recht geben. Ich bin wahrscheinlich nicht der geeignete Mensch mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Leider bin ich der einzige, der bereit war diese undankbare Aufgabe zu übernehmen und ich hoffe wirklich, daß in der nächsten Legislatur ein anderer diese Aufgabe übernimmt.

Nun zu diesem Art. 1. Da muß ich noch einmal etwas wiederholen. Von verschiedener Seite ist gesagt worden, das ist nur eine "legge stralcio" oder "stralcetto" usw. Wir brauchen nicht ein organisches Gesetz, wir haben ein organisches Gesetz für das Personal und für die Ämter und das sind Korrekturen, die angebracht werden aufgrund der Erfahrungen, die wir in den letzten zwei Jahren gemacht haben. Es sind Präzisierungen dort wo Meinungsverschiedenheiten aufgetreten sind, dort wo z.B. der Rechnungshof eine Interpretation gebracht hat und wir eine andere Interpretation gebracht haben. Es ist ganz klar, daß ein Gesetz, das solche Korrekturen vornimmt, nicht ein organisches Gesetz sein soll und sein kann. Und es steht ganz klar im Bericht zu diesem Gesetz vorne drinnen, daß all diese ersten Artikel nichts anderes sind als Präzisierungen überall dort, wo sich im Laufe der letzten zwei Jahre bei der Anwendung des Gesetzes Nr. 11 doch Meinungsverschiedenheiten ergeben haben. Und hier sagt Kollege Costalbano, haben wir wieder eine Zentralisierung, hier reißt der Landesausschuß, reißt der Landeshauptmann, reißen die Assessoren Macht an sich, statt sie zu delegieren. Ich muß Ihnen sagen, niemand ist froher, wenn wir ordentlich delegieren können, als die Assessoren selber. Und wir

haben mit keinem Gesetz, seit es das Land gibt, mehr delegiert als mit dem Gesetz Nr. 11. Sie werden auch in anderen Gesetzen anderer Regionen suchen können, ob so viel delegiert wird. Daß wir nicht außerhalb der Welt liegen und uns eine völlig andere Ordnung geben können, das liegt auf der Hand. Leider muß ich sagen, ist es so. Leider sind wir eingebettet in dem ganzen Bereich des italienischen Verwaltungsrechtes und kommen da natürlich nicht los. Wir sind durch 1.000 Nabelschnüre und nicht mit einer Nabelschnur an diese Ordnung gebunden und müssen deswegen das Negative und das wenig Positive dieser Ordnung mittragen.

Es ist also bei diesem Artikel um nichts anderes gegangen, als daß bestimmte Aufgaben, bei denen nicht ganz klar war wer sie nun zu erfüllen hat, der Landesausschuß, der einzelne Assessor, ein Abteilungsdirektor, ein Amtsdirektor, daß diese Aufgaben nun für den Landesausschuß besser präzisiert werden, einige Neuerungen auch in dem Sinn, daß z.B. Delegierungen nicht nur an einen Assessor möglich sind durch den Landesausschuß, sondern auch an Assessorenkomitees, was sich in der Vergangenheit sehr bewährt hat, und ich glaube, daß deswegen dieser Artikel durchaus im Sinne einer effizienteren Verwaltung zu verstehen ist.

COSTALBANO (NS-NL): Assessore Rubner, prendo atto delle dichiarazioni che Lei ha fatto. La posso capire, sono stato sindacalista e so quando le situazioni possono essere sofferte da una parte e dall'altra. Però non si risolve il problema, va riaperto in determinati termini che vanno esaminati più in dettaglio. Io non rimprovero, e se avessi fatto delle dichiarazioni di questo genere le ritratto volentieri, non intendvo rimproverare la mancanza di organicità di questa legge. Io ho fatto questo ragionamento dicendo che quanto previsto in questa legge é poco rispetto ai grossi problemi che ci sono, é riduttiva, questa era la critica, ma non siamo partiti dalla considerazione che questa legge avesse carattere organico. Un altro ragionamento che svolgevo era che questa legge era carente rispetto al fatto che di fronte a quella che doveva essere la legge organica, la 11/81 é questa che non funziona e che questa legge recepisce solo in parte alcune questioni ma non recepisce quelle che rimangono bloccate e comunque non si capisce perché non c'é un resoconto preciso se sono questioni inerenti ad una caratterizzazione della legge o ad una gestione o mancata gestione della legge. D'altra parte, senza andare ad analizzare il significato dell'art. 1, se non sbaglio non so se erano 8 o 12 mila le delibere della Giunta approvate e c'é stato un richiamo della Corte dei Conti a questo proposito. Nella relazione della Corte dei Conti, non mi ricordo di che anno, c'é stato un richiamo esplicito in cui si dice che si va all'exasperazione e c'é una critica molto precisa rispetto al fatto che si riconosce che effettivamente é entrata in vigore la legge n. 11/81 ma che i risultati complessivamente sono ancora quelli. Può darsi che mi sbagli, Assessore però io ho presente una critica della Corte dei Conti nella relazione. Può darsi che ci sia stato qualche progresso in senso di delegare, ma non é questo il richiamo che

facevo, il problema é che io dico che l'accentramento dei poteri é tale al momento in cui esiste la delega perché per tutta una serie di competenze la delega non deve esistere. Questa é la differenza fra di noi. Dal momento che c'è la delega c'è l'accentramento perché si dá la possibilità all'Assessore di delegare o no, ma per tutta una serie di questioni che sono di responsabilità non di scelta politica ma di attuazione, sono di competenza specifica dei vari incaricati i quali non devono essere soggetti alla delega. Casomai se c'è un elemento che va sottolineato come elemento riduttivo dell'importanza della burocrazia é l'abolizione del segreto d'ufficio fin dove é possibile perché il segreto d'ufficio é la tutela del potere della burocrazia perché sempre la burocrazia di fronte alla richiesta di delucidazioni sul suo operato pone il segreto d'ufficio. E' una pratica estremamente ricorrente in questa amministrazione ma mi risulta non essere tanto adottata dalla burocrazia quanto dagli Assessori. Se sono vere le voci di alcuni Assessorati, sono gli Assessori che costringono il personale al segreto d'ufficio anche su questioni che dovrebbero essere di dominio pubblico. Sembra che ci siano stati dei grossi rimproveri nell'Assessorato alla tutela dell'ambiente. Comunque lamentele all'interno dell'amministrazione pubblica in questo senso ci sono. Io ho potuto riscontrare personalmente come l'opposizione del segreto d'ufficio sia stato fatto anche nei confronti di un consigliere provinciale nell'ambito delle sue mansioni.

Credo che da questo punto di vista ci siano due discorsi diversi, che io non voglio inquinare. Il discorso ritengo che sia articolato secondo determinati principi e vada a scontrarsi anche con gli interessi che potrebbero essere preventivamente dalla mia parte, non mi importa. Io non sono qua per chiedere ed ottenere il consenso a questo livello. Io rifiuto il consenso e l'ho sempre rifiutato politicamente. Credo che il consenso va meritato sulla capacità di dire che il sistema funziona non sul sistema che funziona il consigliere o l'Assessore, e purtroppo non é una pratica molto comune.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 5 astensioni.

Art. 2

Presidente della Giunta provinciale

(1) Al primo comma dell'art. 4 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, é aggiunta la seguente lettera:

"i) stipula e approva i contratti soggetti ad iscrizione o annotazione nel libro fondiario e quelli con enti, istituti o altri organismi pubblici situati all'estero."

(2) Alla fine dell'art. 4 é aggiunto il seguente terzo comma:

"(3) I provvedimenti di cui alle lett. b), c), e), g) ed i) del primo comma sono definitivi."

La parola all'Assessore Rubner.

RUBNER (Landesrat für öffentliche Arbeiten, Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals - SVP): Weil Kollege Costalbano in der Generaldebatte gerade diesen Artikel als irgendwie lächerlich hingestellt hat, möchte ich erklären, daß aufgrund des Autonomiestatutes der Vertreter des Landes nach außen der Landeshauptmann ist. Deswegen müssen Verträge mit ausländischen Insituten usw. eben durch den gesetzlichen Vertreter des Landes abgeschlossen werden. Dieser Artikel ist nur deswegen gebracht worden, weil es in letzter Zeit eben manchmal Schwierigkeiten gegeben hat. Ich wäre völlig Ihrer Meinung, daß es eigentlich nicht notwendig sein sollte, ob ein Vertrag nun mit In- oder Ausland abgeschlossen wird, dürfte an und für sich gleichgültig sein. Aber weil eben immer wieder der Rechnungshof usw. uns Schwierigkeiten macht, hat man das hier präzisieren wollen.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 3

Assessori

(1) I comi terzo e quinto dell'art. 5 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, sono sostituiti dai seguenti:

"(3) Gli Assessori provinciali provvedono in particolare a:

- a) emanare i provvedimenti amministrativi relativi agli affari di interesse provinciale, fatte salve le competenze attribuite alla Giunta provinciale dalle leggi in vigore, nonché quelle attribuite ai funzionari dirigenti ai sensi dei successivi articoli;
- b) presiedere le gare di appalto, stipulare e approvare i contratti e le concessioni e impegnarne la relativa spesa o accertarne l'entrata;
- c) approvare, in attuazione dei piani o programmi deliberati dalla Giunta provinciale, i progetti, capitolati o disciplinari d'oneri previsti per opere, acquisti, forniture, prestazioni e servizi;
- d) approvare la revisione prezzi e impegnare la relativa spesa: il relativo decreto é trasmesso alla Corte dei Conti unitamente al mandato di pagamento;
- e) provvedere alle approvazioni e autorizzazioni, se prescritte, connesse all'esecuzione e al collaudo dei lavori pubblici;
- f) concedere anticipazioni su contributi, sussidi e sovvenzioni, nei casi previsti dalla legge.

(5) E' in facoltà degli Assessori di delegare al direttore generale o di ripartizione o, per motivate esigenze di servizio, ai direttori d'ufficio, l'emanazione dei provvedimenti di loro competenza di cui alle lett. c), d) ed e) del comma precedente."

La parola al consigliere Costalbano.

COSTALBANO (NS-NL): Brevemente perché avevo già questa mattina accennato a questo articolo e in particolare a parte il comma b) in cui dicevo che dal momento che gli Assessori hanno la facoltà di decidere le gare d'appalto, stipulare ed approvare i contratti e le concessioni, impegnarne la relativa spesa o accertarne l'entrata, disegna tutto un iter che a mio avviso deve essere spezzato. Io credo che dal momento che si approva un contratto poi c'è una normativa che può essere demandata alla competenza dei vari organi e dei vari uffici. Diversamente avvengono una serie di atti di cui non si capisce più se e dove c'è il controllo. Io ho dei dubbi sulla correttezza.

Il secondo punto è il comma d) che dice: "Approvare la revisione dei prezzi e impegnare la relativa spesa: il relativo decreto è trasmesso alla Corte dei Conti unitamente al mandato di pagamento". Può darsi che io sbagli, però la revisione dei prezzi è fatta in base a degli standards da cui non si può uscire, non è una decisione politica ma amministrativa per cui non vedo come possa essere assegnata questa competenza all'Assessore. Può essere demandata ad un capo ripartizione ecc. La stessa cosa al punto e) che dice di provvedere alle approvazioni e autorizzazioni, se prescritte, connesse all'esecuzione e al collaudo dei lavori pubblici; lo stesso comma f) dice: concedere anticipazioni su contributi, sussidi e sovvenzioni, nei casi previsti dalla legge. Ma scherziamo? Se sono previsti dalla legge perché deve essere l'Assessore che ha la competenza? Diventa una norma di attuazione che deve essere demandata al funzionario. Quando io affermo che c'è un accentramento di poteri che vanno al di là delle scelte politiche che sono caratteristiche degli Assessori, dico delle realtà che riscontro a livello di questa legge.

RUBNER (Landesrat für öffentliche Arbeiten, Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals - SVP): Ich darf dem Kollegen Costalbano mitteilen, daß diese Bestimmung in diesem Artikel bereits in einem Landesgesetz Nr. 26, ich glaube vom Jahre 1977 enthalten ist, allerdings dort nur auf das Assessorat für öffentliche Arbeiten begrenzt ist und mit diesem Artikel generalisiert wird. Nachdem sich das in den letzten Jahren sehr gut bewährt hat, wir haben dieses Gesetz seinerzeit eigens gemacht, um die Verwaltung effizienter zu machen, um die Prozeduren abzukürzen, gerade deswegen wurde das gemacht, gerade durch dieses Gesetz und jetzt durch diese Bestimmungen, die generalisiert werden, ist es so, daß viel weniger durch den Landesausschuß beschlossen werden mußte, wo bisher bei Verwaltungsakten, die eigentlich eine logische Folge früherer Beschlüsse sind, immer auch die logischen Folgen in den Landesausschuß mußten. Gerade durch diese Bestimmungen brauchen die nicht mehr in den Landesausschuß. Es ist also so, daß viel weniger Beschlüsse durch den Landesausschuß zu fassen sind auch wenn Sie sagen, es ist hier eine Machtanhäufung. Es ist keine Machtanhäufung deswegen, weil das alles Folgen von vorausgehenden politischen Entscheidungen des Landesausschusses in Form

von Programmen usw. sind. Und wenn Sie sagen, da ist nun zu wenig Kontrolle drinnen, aber sie würden alles einem Beamten übergeben, ich weiß nicht, ob dann mehr Kontrolle wäre, das verstehe ich nicht ganz. Hier scheint mir ein kleiner Widerspruch drinnen zu sein, aber Sie können getrost sein, Kontrolle gibt es trotzdem genug, denn alle diese Maßnahmen gehen in das Vertragsamt, gehen in das Rechnungsamt und gehen zum Rechnungshof und alle diese Ämter haben noch einmal eine Kontrolle. Es ist also so, daß wahrscheinlich zu viel Kontrollen drinnen sind, weniger werden oft mehr.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 4

Comunicazione atti

(1) L'art. 6 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, è sostituito dal seguente:

"(1) Il Presidente della Giunta provinciale, anche su richiesta di singoli Assessori, ha diritto di ottenere copia dei provvedimenti formali con efficacia esterna adottati dagli Assessori o dai funzionari dirigenti, nelle rispettive materie di competenza e di prendere visione della relativa documentazione."

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 5

Ricorso gerarchico

(1) L'art. 7 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, è sostituito dal seguente:

"(1) Contro i provvedimenti non dichiarati definitivi da norma di legge, adottati dal Presidente della Giunta provinciale, dagli Assessori e dai funzionari dirigenti, o su loro delega, è ammesso ricorso entro 30 giorni dalla comunicazione o notificazione dei medesimi, salvo quanto disposto da leggi speciali, alla Giunta provinciale, che decide definitivamente entro i successivi 90 giorni. Trascorso detto termine senza che sia stata comunicata la decisione all'interessato, il provvedimento impugnato diventa definitivo.

(2) Si applicano, per quanto non disposto dalla presente legge, le norme di cui al D.P.R. 24.11.1971, n.1199."

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 6

Funzioni dei direttori di ripartizione

(1) Nel secondo comma dell'art. 30 della legge provinciale 21.5.1981, n.11,

sono sostituite rispettivamente aggiunte le seguenti lettere:

- "e) esercitano le funzioni di ispettore superiore e ingegnere capo ai sensi del R.D. 2.3.1931, n.287, e del R.D. 25.5.1895, n.350, e successive integrazioni e modifiche, relativamente agli affari di competenza della ripartizione e degli uffici tecnici dipendenti, cui siano preposti direttori non abilitati all'esercizio delle funzioni di ingegnere capo;
- f) distribuiscono, di concerto con l'Assessore competente, tra i vari uffici dipendenti il personale assegnato dalla Giunta provinciale alle singole ripartizioni o strutture dipendenti, e dispongono il movimento tra gli uffici stessi, eccezione fatta per i direttori ad essi preposti; affidano personale addetto all'ufficio della ripartizione compiti di coordinamento di servizi comuni a più uffici, sentiti i direttori dei medesimi;
- h) provvedono, adottando anche gli atti necessari, agli adempimenti connessi alla prestazione del servizio da parte dei direttori d'ufficio in cui si articola la ripartizione e da parte del personale alle loro dirette dipendenze e in particolare al controllo sull'osservanza dei doveri d'ufficio, alle concessioni dei congedi ordinari, alla formulazione di pareri su congedi straordinari non spettanti di diritto, alla richiesta di accertamenti per i controlli in caso di assenza per infermità;
- j) autorizzano, su proposta dei direttori d'ufficio, le prestazioni di lavoro straordinario da parte del personale addetto alla ripartizione o struttura organizzativa, entro i limiti stabiliti dalla legge e deliberati dalla Giunta provinciale;
- m) esercitano, in quanto preposti a struttura organizzativa dalla quale non dipenda un ufficio affari generali o amministrativi, le funzioni spettanti ai direttori d'ufficio in ordine a materie non rientranti nelle attribuzioni degli altri uffici dipendenti dalla struttura stessa, con facoltà di conferire le funzioni medesime ad un direttore d'ufficio dipendente;
- n) su delega, anche generale o per singoli settori, del competente Assessore, approvano i contratti e le concessioni e ne impegnano la relativa spesa o ne accertano l'entrata."

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 3 voti contrari.

Art. 7

Funzioni dei direttori d'ufficio

(1) Nel primo comma dell'art. 31 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, sono sostituite rispettivamente aggiunte le seguenti lettere:

- "d) su delega, anche generale o per singoli settori, del competente Assessore, presiedono le gare d'appalto e stipulano i contratti o concessioni per lavori, acquisti, forniture, prestazioni e servizi;
- e) provvedono a tutte le operazioni successive all'approvazione dei progetti o dei contratti per lavori, acquisti, forniture, prestazioni e servizi, compresa la liquidazione e il pagamento del saldo e, ove occorra, alla formazione e stipulazione di atti integrativi, aggiuntivi o sostitutivi

- dei contratti;
- f) dispongono la liquidazione delle spese e l'accertamento delle entrate di competenza dell'ufficio cui sono preposti, relative ad atti di impegno divenuti esecutivi e ne curano il pagamento rispettivamente la riscossione tramite i competenti organi qualunque sia l'importo;
 - l) esercitano le funzioni di ingegnere capo ai sensi del R.D. 2.3.1931, n.287, e del R.D. 25.5.1895, n.350, e successive integrazioni e modifiche, relativamente agli affari di competenza dell'ufficio cui sono preposti;
 - m) rilasciano certificati, referti o attestati di prove, esami, controlli, collaudi ed analoghi interventi dell'Amministrazione provinciale, in favore di enti e privati."

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 3 voti contrari.

Art. 8

(1) L'art. 33 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, è sostituito dal seguente:

"(1) I provvedimenti formali contemplati dagli artt. 3, 4, 5, 29, 30, 31 e 32 della presente legge sono adottati dai rispettivi organi in essi indicati, in sostituzione di quelli eventualmente diversi previsti dalla normativa preesistente, sia provinciale, che statale o regionale, applicabile ai sensi degli artt. 105 e 106 del D.P.R. 31.8.1972, n.670.

(2) Le attribuzioni demandate dalla vigente normativa ad uffici provinciali con denominazione diversa da quella delle strutture organizzative contemplate negli allegati A) e B) della presente legge, sono esercitate da queste ultime, avuto riguardo alle loro corrispondenti, analoghe o assimilabili competenze per materia, ed alle funzioni conferite agli organi di cui ai precedenti artt. 3, 4, 5, 29, 30, 31 e 32."

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 9

Sostituzione temporanea dei dirigenti

(1) Il primo comma dell'art. 8 della legge provinciale 23.6.1981, n.12, è sostituito dal seguente:

"(1) Nei casi di assenza o di impedimento di dirigenti di cui all'art. 51 della presente legge o di dipendenti con incarico dirigenziale, le relative funzioni sono esercitate dal superiore diretto o possono essere conferite dalla Giunta provinciale, su proposta dell'Assessore competente, ad altro dirigente di pari qualifica o di qualifica immediatamente inferiore o in caso di necessità ad altro impiegato di ruolo, di qualifica non inferiore alla VI, addetti alla medesima struttura."

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 10

Profili professionali

(1) Il primo periodo del quarto comma dell'art. 38 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, è sostituito dal seguente: "I profili professionali saranno identificati dalla Giunta provinciale su proposta di una commissione paritetica nominata dalla Giunta provinciale e composta da otto membri: quattro designati dalla Giunta provinciale dei quali uno addetto all'ufficio organizzazione e formazione del personale e quattro designati fra il personale provinciale di ruolo dalle organizzazioni sindacali maggiormente rappresentative tra i dipendenti provinciali."

La parola al consigliere Costalbano.

COSTALBANO (NS-NL): Devo prendere atto che rispetto alla legge n. 11/81 il comma 4 è modificato, nel senso che non prevede più che la composizione della commissione deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici come sono rappresentati nel Consiglio provinciale. Ne prendo atto favorevolmente e voterò favorevolmente in quanto ritengo che questa modifica sia stata indotta con delle difficoltà e sia una condizione che si è adeguata sul piano tecnico di valutazione, dall'altra si evita che le rappresentanze sindacali siano sottoposte ad elezioni che comporterebbero tutta una serie di difficoltà. Non potrei diversamente motivare questa differenza.

RUBNER (Landesrat für öffentliche Arbeiten, Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals - SVP): Hier handelt es sich um eine der Zusagen, die die Landesregierung den Gewerkschaftsorganisationen gemacht hat bei der Zusammensetzung dieser paritätischen Kommission. Es waren ursprünglich nur drei Vertreter der Gewerkschaften vorgesehen und die Gewerkschaften konnten sich untereinander nicht einigen, wer die drei sein sollen. Sie hätten sich aber einigen können, wenn es auch vier gewesen wären. Deswegen haben wir gesagt, bei der nächsten Gesetzesänderung werden wir die Kommission auf vier bzw. acht erweitern.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 11

(1) Con effetto dalla data di entrata in vigore della legge provinciale 21.5.1981, n.11, all'art. 40 della stessa sono aggiunti i seguenti commi:
"(10) Per il personale dell'ex carriera direttiva compreso in ruoli per l'accesso ai quali è richiesto un diploma di laurea che si consegue in corsi di studio universitario della durata di cinque o più anni, la disposizione

di cui all'art. 22 della legge provinciale 27.10.1979, n.15, trova applicazione alla data indicata nella norma stessa.

(11) Qualora l'inquadramento nelle nuove qualifiche funzionali ai sensi del presente articolo comporti una riduzione del trattamento economico complessivamente goduto in precedenza, l'eventuale differenza é conservata a titolo di assegno personale riassorbibile con gli aumenti di carattere generale.

(13) Qualora in sede di inquadramento si renda necessaria l'attribuzione di aumenti biennali convenzionali in aggiunta alla posizione tabellare spettante in base all'anzianità effettiva, l'anzianità eccedente viene considerata ai fini del conseguimento della successiva classe stipendiale o aumento biennale.

La parola al consigliere Costalbano.

COSTALBANO (NS-NL): Vorrei che venisse illustrato, perché non ero presente al dibattito in commissione e ho difficoltà a capirlo.

RUBNER (Landesrat für öffentliche Arbeiten, Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals - SVP): Ich kann mir vorstellen, das ist wirklich chinesisches und es ist nicht leicht zu verstehen. Es ist so, daß alle Neueinstufungen, ganz gleich, welches System man bei einer Masse von Bediensteten anwendet, die ganz unterschiedlichsten Bedingungen hervorbringt. Nun ist es passiert, daß wir z.B. durch die Anwendung des Landesgesetzes Nr. 11 einige Kategorien hatten, wie Ingenieure und Architekten, denen früher bestimmte Zeiten anerkannt worden waren und die aufgrund dieser Neueinstufungen durch das Gesetz Nr. 11 plötzlich nicht mehr, sondern weniger bekamen und zurückzahlen mußten. Das war sicher nicht der Wille des Gesetzgebers und das soll nun hier korrigiert werden. Das betrifft Punkt 1.

Punkt 11 betrifft die Vorarbeiter der Wildbachverbauung, die von der Region übernommen worden sind als einzige Kategorie, die durch die Nichteinberechnung der früheren Spezialisierungszulage eine Gehaltskürzung erfahren haben und das soll auch hier wieder korrigiert werden.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 12

Stipendi

(1) A decorrere dal 1.1.1983 gli stipendi annui lordi iniziali di cui al primo comma dell'art. 42 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, e successive modifiche, sono sostituiti dai seguenti:

- prima qualifica funzionale: 3.300.000;
- seconda qualifica funzionale: 3.600.000;
- terza qualifica funzionale: 3.800.000;
- quarta qualifica funzionale: 4.400.000;

quinta qualifica funzionale: 4.800.000;
sesta qualifica funzionale: 5.500.000;
settima qualifica funzionale: 6.400.000;
ottava qualifica funzionale: 7.700.000.

(2) Gli aumenti di retribuzione derivanti dall'applicazione dei nuovi stipendi, come sopra determinati, saranno attribuiti nella misura del 40% con decorrenza 1.1.1983, nella misura dell'85% con decorrenza 1.1.1984 e nella misura del 100% con decorrenza 1.1.1985.

(3) Tale scaglionamento opera anche per le indennità ed i compensi comunque collegati allo stipendio.

Dó lettura di un emendamento presentato dai consiglieri Barbiero e Costalbano: "Si aggiunge il comma 4): "I nuovi stipendi hanno effetto per intero sul trattamento ordinario di quiescenza normale e privilegiato e sull'indennità di buona uscita e di licenziamento".

La parola al consigliere Barbiero.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI-KPI): Abbiamo presentato questo emendamento che del resto avevamo presentato già in sede di commissione anche se con una formulazione differente, la sostanza rimane sempre uguale. L'abbiamo presentato perché rimane comunque il dubbio che la normativa non sia valida per i pensionanti, cioè per coloro che sono andati in pensione nel periodo di transizione. Infatti nell'emendamento che avevo presentato in commissione diceva che gli aumenti previsti dal primo comma devono essere applicati anche al personale provinciale collocato a riposo dopo l'1.1.1982. La sostanza di questo emendamento é la stessa, noi vorremmo che fosse tolto il dubbio che le norme previste da questo articolo non sono valide per coloro che sono andati o vanno in pensione in questo periodo.

RUBNER (Landesrat für öffentliche Arbeiten, Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals - SVP): Meine Damen und Herren! Wir wissen ja, daß das gesamte Pensionssystem vor dem Zusammenbruch steht, weil mehr ausgegeben als eingenommen wird. Und hier würde wieder einmal versucht mehr auszugeben als eingenommen wird. Es ist ja so, daß mit diesem Änderungsantrag versucht wird, daß das letzte Gehalt, das in diesem Dreijahresvertrag vorgesehen ist, für alle Pensionsgrundlage ist, die auch vorher, also im Laufe dieser Anwendungsperiode in Pension gehen. Aber die Abgaben zu Lasten des Arbeitnehmers und die Abgaben zu Lasten des Arbeitgebers werden ja auf das konkrete zum jeweiligen Zeitpunkt gültige Gehalt berechnet. Somit scheint es mir unmöglich zu sein, daß jemand die Pension auf ein Gehalt beziehen soll, das er real nie bezogen hat, so lange er noch im Dienst war. Deswegen bin ich nicht der Meinung, daß dieser Änderungsantrag anzunehmen wäre, so sehr ich das den Einzelnen vergönnen würde, aber es geht nicht um das Vergönnen, es geht darum, daß bei leeren Kassen es keinen Sinn hat großzügig zu sein.

COSTALBANO (NS-NL): Signor Presidente, se questa é una forma di privilegio, io credo dovrei oppormi. Il problema é diverso, può darsi che complessivamente ci siano delle forme di privilegio, però il problema é un altro. Se un dipendente al momento della scadenza del contratto o un anno dopo va in pensione, il contratto non é rinnovato e va in pensione con la retribuzione fissata dal vecchio contratto. Io credo che sia giusto che al momento in cui va in pensione venga calcolata l'effettiva retribuzione indipendentemente dal ritardo dell'applicazione del contratto. Però se si esclude questa responsabilità diventa un danno per quel dipendente che oltre ad aver avuto il contratto in ritardo si ripercuote anche sulla sua pensione. Se é così ne prendo atto, ma non mi é stato reso esplicito il perché.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'emendamento? Nessuno. Lo metto in votazione: respinto a maggioranza con 4 voti favorevoli.

Chi chiede la parola sull'art. 12? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 13

(1) La prima frase del primo comma dell'art. 48 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, é sostituita dalla seguente: "L'indennità di coordinamento di cui al primo comma dell'art. 10 della legge provinciale 24.3.1977, n.11, é stabilita in misura mensile pari al 15% di una mensilità dello stipendio iniziale, comprensivo dell'indennità di cui all'art. 45, dell'ultima classe di stipendio della IV qualifica funzionale."

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 14

(1) Nel primo comma dell'art. 51 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, vengono inserite, dopo le parole "e funzioni in atto", le parole "salvo quanto diversamente disposto con la presente legge".

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 15

Titoli di studio

(1) Nel primo comma, lett. a), dell'art. 54 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, sono soppresse le seguenti parole: "ed assolvimento dell'obbligo scolastico".

(2) La lett. b) dello stesso primo comma del succitato articolo é sostituita dalla seguente:

"b) Quarta e quinta qualifica funzionale:

diploma di istituto di istruzione secondaria di primo grado e assolvimento di un ulteriore biennio di studio dopo il conseguimento del suddetto diploma oppure attività lavorativa di durata almeno biennale corrispondente o affine alle mansioni connesse al posto cui si aspira oppure attestato di qualificazione o specializzazione conseguito in corsi o scuole professionali di durata almeno biennale e comunque corrispondente o affine alle mansioni connesse al posto cui si aspira."

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 16

Riserva di posti

(1) Il primo comma dell'art. 56 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, è sostituito dal seguente:

"(1) Nei concorsi pubblici il 30% dei posti messi a concorso è riservato a candidati interni appartenenti allo stesso ruolo o a ruoli affini che abbiano cinque anni di servizio effettivamente prestato nella qualifica immediatamente inferiore a quella cui si concorre ed il titolo di studio richiesto ai candidati esterni per l'accesso a tale qualifica inferiore. L'affinità di cui sopra sarà determinata con regolamento di esecuzione. Il 70% dei posti messi a concorso è riservato ai candidati in possesso del titolo di studio richiesto ai sensi dell'art. 54 della presente legge."

(2) Il quarto comma dello stesso articolo è sostituito dal seguente:

"(4) Fino a nuova regolamentazione della materia, per il personale già appartenente alle sopresse carriere esecutiva e ausiliaria, la riserva di cui al presente articolo opera per l'assunzione a posti appartenenti rispettivamente alla VI e IV qualifica funzionale."

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 16/bis

Nomina idonei

(1) All'art. 59 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, è aggiunto con effetto retroattivo alla data di entrata in vigore della stessa, il seguente comma:

"(12) E' fatto salvo il disposto di cui all'art. 4 della legge provinciale 21.2.1972, n.4."

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 17

Accertamenti nel procedimento disciplinare

(1) I primi due commi dell'art. 65 della legge provinciale 21.5.1981, n.11,

sono sostituiti dai seguenti:

"(1) Il superiore che a norma del precedente art. 64 è competente ad infliggere la censura o la multa, e che abbia comunque notizie di una infrazione disciplinare, deve compiere gli accertamenti del caso e contestare gli addebiti per iscritto con le formalità previste dall'art. 78 della legge provinciale 3.7.1959, n.6, invitando il dipendente a presentare per iscritto le proprie giustificazioni entro 20 giorni dalla comunicazione della contestazione. Il termine per la presentazione delle giustificazioni può essere prorogato per gravi motivi e per non più di 15 giorni.

(2) Qualora il superiore competente, in base alle indagini preliminari e alle giustificazioni del dipendente:

- a) non ritenga che vi sia luogo a procedere disciplinarmente, ordina l'archiviazione degli atti, dandone comunicazione all'interessato;
- b) ritenga che l'infrazione sia punibile con la censura o la multa, provvede all'inflizione della sanzione entro il termine di 60 giorni da quello in cui sono pervenute le giustificazioni;
- c) ritenga che sia da infliggere una sanzione più grave della censura o della multa, rimette immediatamente e comunque non oltre il decimo giorno dalla presentazione delle giustificazioni gli atti all'ispettorato al personale per i provvedimenti di competenza ai sensi degli artt. 81 e seguenti della legge provinciale 3.7.1959, n.6, e successive modifiche."

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Art. 17/bis

Commissione di disciplina

(1) Il primo comma dell'art. 130 della legge provinciale 3.7.1959, n.6, è sostituito dai seguenti commi:

"(1) La commissione di disciplina è nominata dalla Giunta provinciale per un biennio. La commissione è così composta:

- a) da un dirigente superiore o da un direttore di ripartizione, quale presidente;
- b) da due impiegati della VII o VIII qualifica funzionale;
- c) da un rappresentante del personale, nominato su proposta congiunta delle organizzazioni sindacali maggiormente rappresentative tra i dipendenti provinciali.

(2) In caso di parità di voti prevale il voto del presidente.

(3) Qualora la proposta relativa al membro di cui alla lett. c) non pervenga entro 60 giorni dalla richiesta, provvede direttamente la Giunta provinciale."

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Art. 18

Aspettativa per personale con prole

(1) Il primo comma dell'art. 90 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, è sostituito dal seguente:

"(1) Il personale femminile o i vedovi con prole a carico, nonché quello celibe, separato o divorziato con prole convivente affidata ed a carico, in aggiunta ai periodi di astensione dal servizio obbligatoria e facoltativa prevista dalla legge 30.12.1971, n.1204, e successive modifiche, sono, a domanda, collocati in aspettativa senza assegni per una durata minima di un anno e massima di due anni per ogni figlio, da usufruire entro il quinto anno di età del medesimo. Anche il secondo anno di aspettativa deve essere fruito in unica soluzione."

(2) Allo stesso articolo è aggiunto il seguente sesto comma:

"(6) Il periodo di aspettativa di cui al presente articolo è interrotto in caso di sopravvenuto obbligo di astensione dal lavoro per gravidanza e puerperio. Può, inoltre, essere interrotto, su domanda, in caso di altri gravi e comprovati motivi sopravvenuti che consentano comunque l'assunzione di servizio effettivo; in tale caso la riassunzione del servizio attivo ha luogo dalla data di accettazione della relativa domanda e comporta comunque la perdita del diritto di usufruire successivamente del restante periodo dell'anno di aspettativa in corso."

La parola al consigliere Barbiero.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI-KPI): Signor Presidente, su questo articolo noi abbiamo sollevato delle grosse perplessità già in sede di commissione. Secondo noi si tratta di una norma che contrasta con la legge di parità. Vi è già un precedente, nella legge regionale che riguardava il personale si prevedeva l'aspettativa solo per il personale femminile o per i vedovi con prole. Qui in effetti vi è un'estensione perché non si parla solo di questi ma anche di personale femminile o maschile celibe, separato o divorziato con prole ecc. Noi riteniamo che questa normativa deve essere valida per tutto il personale, per quello femminile, quello maschile che naturalmente sia o celibe o separato o divorziato o vedovo. Noi riteniamo che questa norma contrasti con la legge di parità e chiediamo che la possibilità di usufruire di questa normativa sia data sia alle donne che agli uomini siano questi sposati o no. Deve essere garantita parità di usufruire di questa normativa per tutti uomini o donne. Noi riteniamo che il fatto che possano usufruire di questa normativa anche degli uomini che sono regolarmente sposati, che hanno una moglie regolare è importante che anche questi possano avere il diritto di poter rimanere con i loro figli piccoli qualora lo desiderino. Questa è una novità importante che è stata introdotta nel costume, è una novità ancora allo stato sperimentale perché sono ancora relativamente pochi gli uomini sposati con figli che prendono l'aspettativa loro anziché la moglie quando lavorano entrambi, ma noi riteniamo che comunque anche se finora sono pochi quegli uomini che fanno una scelta innovativa, che fanno una scelta

di rottura rispetto la tradizione siano comunque da prendere in considerazione. questi uomini devono avere un diritto come le donne, i vedovi, i separati ecc. devono avere il diritto di poter fare una scelta di questo tipo. Quindi noi siamo contrari all'articolo così com'è, riteniamo che anche da un punto di vista legislativo sia scorretto perché va contro la legge nazionale di parità. Abbiamo già sollevato la questione in sede regionale predisponendo un ricorso proprio sull'articolo che riguardava questo punto. Anche se in sede provinciale c'è un'estensione di questo diritto perché rispetto alla legge regionale qui si prevede che addirittura di questa normativa possano essere anche i celibi, i separati e i divorziati, noi riteniamo che anche con questa estensione sia comunque riduttiva e lesiva della legge di parità. Voteremo quindi contro questo articolo e vorremmo sentire l'Assessore e gli altri consiglieri su questo punto. A noi sembra una cosa importante, spero che non passi nel silenzio più assoluto questa critica e proposta.

RUBNER (Landesrat für öffentliche Arbeiten, Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals - SVP): Frau Kollegin, Sie wissen ganz genau, daß diese Bestimmung, die einmalig ist in ganz Italien, von dieser bösen konservativen Partei hier eingebracht worden ist. Und daß überall dort, wo die fortschrittlichen Kräfte am Werk sind, nichts Ähnliches zu finden ist und daß wir hier mit dieser Bestimmung nur die Bestimmung im Gesetz Nr. 11 noch etwas erweitern. Allerdings möchte ich sagen, so wie es jetzt ist, wollen wir es vorläufig als Übergangsbestimmung verstehen, wenn dann die Männer die Kinder bekommen, dann werden wir auch den Schritt tun, den wir vorgeschlagen haben.

COSTALBANO (NS-NL): Posso apprezzare le battute però alle volte non hanno un gusto molto sottile. Io credo che è una questione di diritto. Quando si dice personale femminile, o i vedovi con prole a carico nonché quelli celibi, separati o divorziati con prole si fa una limitazione e si arriva di fatto a delle situazioni che sono marginali rispetto a quello che è il contesto normale. Si esclude il contesto del padre che vive legittimamente sposato e che diventa padre. A questo non viene concesso quello che viene concesso ad altri perché rappresenta la maggioranza. Credo che ci sia un elemento grave di disparità nei confronti della donna perché uno degli elementi che pregiudicano di più le carriere, l'accesso al lavoro è l'interruzione del lavoro per gravidanza, maternità ecc. e se questa interruzione del lavoro viene estesa rappresenta decisamente un elemento di handicap nei confronti della donna. Se invece viene introdotta la possibilità che il padre, marito ufficiale possa godere di questa iniziativa, la donna non ha più da coprire questo tipo di rapporto all'interno del posto di lavoro. Io posso anche consentire, Assessore Rubner, che la definizione data in regione e da altre parti è molto più restrittiva, non ho difficoltà a riconoscere che è più estensiva, però in linea di principio c'è questa limitazione che nella sostanza diventa ab

bastanza consistente. Il problema é di diritto che non puó essere assolutamente discriminato un diritto come tale deve essere esteso a tutte le categorie senza nessuna distinzione. Poi é paradossale che questo diritto sia limitato proprio alla categoria di maggioranza, quasi che fosse una penalizzazione della famiglia normale. Credo che sia esagerato e questo non é proprio in favore delle posizioni che voi avete nei confronti delle famiglie.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI-KPI): Io mi auguravo che non si liquidasse con una battuta peraltro grossolana la questione. Mi auguravo che ci fosse non dico un grosso dibattito su questo argomento, ma sicuramente credevo che si prendesse posizione argomentando. Io chiedo perché non volete che la possibilità di usufruire di questa norma non sia data anche a quegli uomini sposati che d'accordo con la moglie decidono di poter rimanere loro accanto ai figli. Ci sono parecchi casi di padri che decidono di prendere loro l'aspettativa al posto della moglie e questo é un fatto importante sul piano del costume perché la paternità molte volte rimane per un uomo un'idea e basta. Non c'è un padre che effettivamente si misura in maniera concreta e quotidiana con la propria paternità. Noi riteniamo che sia importante che la legge di parità preveda invece per tutti questa possibilità e che sia importante per il processo di emancipazione e liberazione della donna il fatto che non si deleghi solamente a lei il compito di badare alla prole. Ora é vero che non sono solamente le donne delegate a questo tipo di compiti, ma anche i vedovi, i divorziati, separati ecc. ma facendo così si attua una discriminazione nei confronti di una serie di persone, di uomini che vorrebbero invece poter usufruire di questo diritto. Ribadiamo quindi il nostro no a questo articolo e ci dispiace che ancora una volta in quest'aula si sia dimostrata una completa e assoluta mancanza di volontà di confrontarsi in maniera seria su questi problemi. Quando si tratta di questioni che hanno un grosso valore culturale, un grosso valore sul piano dei comportamenti, sempre c'è una chiusura totale del confronto e si liquidano con delle battute e dei risolini degli argomenti che invece sono fondamentali. Avrei voluto anche che le donne si esprimessero su questo problema perché é importante e riguarda il processo di emancipazione e liberalizzazione delle donne oltre che di emancipazione collettiva della nostra società.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

MATHIAS LADURNER-PARTHANES

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Wer wünscht noch das Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Art. 18 ab: mit 3 Gegenstimmen genehmigt.

Art. 19

(1) Con effetto dalla data di entrata in vigore della legge provinciale

21.5.1981, n.11, all'art. 96 della stessa è aggiunto il seguente comma:

"(4) Il primo comma del presente articolo si applica in sede di nomina in ruolo anche al personale non di ruolo ed al personale transitato all'ex carriera direttiva in seguito a concorso pubblico, in servizio alla data di entrata in vigore della presente legge."

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Art. 20

Direttori generali e ispettori generali

(1) All'art. 105 della legge provinciale 21.5.1981, n. 11, sono aggiunti i seguenti commi:

"(12) I direttori generali esercitano, inoltre, le funzioni di direttore di ripartizione nei confronti degli uffici posti alle loro dirette dipendenze.

(13) Qualora alla direzione di uffici tecnici siano preposti direttori non abilitati all'esercizio delle funzioni di ingegnere capo, le relative funzioni di cui all'art. 31, primo comma, lett. l), possono essere attribuite dalla Giunta provinciale, su proposta del competente Assessore, ad altro direttore d'ufficio tecnico abilitato, al quale vengono conferite funzioni di coordinamento ai sensi dell'undicesimo comma."

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

Art. 21

(1) L'ufficio Vice-segretario della Giunta provinciale, di cui all'allegato B) della legge provinciale 21.5.1981, n.11, assume la denominazione "Ispettorato degli affari legislativi, legali e contrattuali", cui compete in particolare lo studio, la revisione e il coordinamento dei disegni di legge e degli schemi di regolamento, la rappresentanza e difesa in giudizio dell'Amministrazione provinciale e la consulenza in materia legale e giuridico-amministrativa, nonché il coordinamento degli affari contrattuali dell'Amministrazione.

(2) Al predetto ispettorato rimane preposto, ai sensi dell'art. 105 della precitata legge provinciale, l'attuale vice-segretario della Giunta provinciale in possesso del titolo abilitante alla professione forense.

(3) La denominazione degli uffici n. 34, 35 e 36, indicati nell'allegato A) della legge provinciale 21.5.1981, n. 11, è modificata come segue:

- 34 - Direzione scuola professionale provinciale sezione alberghiera, Bressanone;
- 35 - Direzione scuola professionale provinciale sezione commercio e grafici, Bolzano;
- 36 - Direzione scuola professionale provinciale sezione industria e artigianato, Bolzano.

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

Art. 22

(1) Il primo comma dell'art. 30 della legge provinciale 3.7.1959, n. 6, è sostituito dal seguente:

"(1) L'ammissione nei ruoli del personale della Provincia ha luogo mediante concorso pubblico per esami, per titoli o per titoli ed esami da indirsi con deliberazione della Giunta provinciale. Il bando di concorso è pubblicato sul Bollettino Ufficiale della Regione Trentino-Alto Adige."

(2) L'art. 8 della legge provinciale 7.8.1978, n. 34, è sostituito dal seguente:

"(1) Il servizio di ruolo e non di ruolo prestato presso lo Stato o altre pubbliche amministrazioni in carriera o qualifica funzionale corrispondente o superiore o con mansioni corrispondenti o analoghe è valutato in sede di nomina in prova ai fini della progressione giuridica ed economica nella qualifica funzionale di inquadramento fino al massimo di anni tre."

Es ist hier ein Abänderungsantrag durch die Landesräte Zelger und Rubner mit folgendem Wortlaut eingebracht worden: "Includere nella prima riga del secondo comma dopo la parola "prestato" le parole " senza demerito".

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir über die Abänderung ab: mit 3 Enthaltungen genehmigt.

Wer wünscht das Wort zum Artikel? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Art. 23

Indennità di buonuscita

(1) A decorrere dall'1.1.1982 al personale dipendente che cessa dal servizio per passaggio, a domanda, o per effetto di leggi statali, regionali o provinciali, ad altri enti pubblici con obbligo di iscrizione ad uno degli Istituti previdenziali, previsti dall'art. 12 della legge 22.6.1954, n. 523, l'indennità di buonuscita spettante in base alla vigente normativa provinciale per il servizio provinciale o equiparato per legge provinciale, viene liquidata previa deduzione dell'indennità premio di servizio INADEL computata in ordine al servizio provinciale o equiparato prestato con relativa iscrizione previdenziale.

(2) Il personale che non consegue il diritto all'indennità premio di servizio INADEL, all'atto della cessazione dal servizio deve comunicare all'Amministrazione con apposita dichiarazione sostitutiva di atto notorio, se al servizio provinciale faccia seguito o meno una sua assunzione presso uno degli enti pubblici di cui al primo comma.

(3) Qualora non vi sia assunzione immediata presso uno dei predetti enti pubblici, il personale interessato con la medesima dichiarazione sostitutiva di atto notorio, deve anche obbligarsi a comunicare l'eventuale futuro con-

seguimento del diritto all'indennità di fine servizio a carico di uno degli istituti previdenziali di cui al primo comma ed a restituire in tale caso all'Amministrazione la quota di indennità premio di servizio INADEL inclusa nell'indennità di buonuscita liquidata in base alla vigente normativa provinciale.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

Art. 24

Membri supplenti

(1) La Giunta provinciale può nominare per ciascun membro effettivo, nonché per i segretari di commissioni, consigli, consulte, comitati o collegi comunque denominati, previsti dalla normativa vigente, un membro supplente, nel rispetto delle designazioni delle categorie o degli uffici rappresentati. Il membro supplente deve appartenere allo stesso gruppo linguistico di quello effettivo e sostituisce il membro effettivo in caso di assenza o impedimento.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit 1 Enthaltung genehmigt.

Art. 25

Strutture mensa

(1) La Giunta provinciale è autorizzata a realizzare strutture da adibire a servizi di mensa per il personale da essa dipendente.

(2) La gestione della mensa, fatta salva la possibilità di gestirla in economia o di affidarla ad azienda specializzata nel settore, viene affidata con apposita convenzione preferibilmente ad associazioni di dipendenti provinciali.

(3) La Giunta provinciale è autorizzata a concedere contributi e sussidi per la gestione della mensa.

Das Wort hat Abg. Costalbano.

COSTALBANO (NS-NL): Prendo atto che è stato assunto l'impegno di tradurre in legge l'istituzione della mensa. Sembra che gli accordi intercorsi tra la Giunta provinciale e le organizzazioni sindacali siano diverse da quanto prospettato in questo articolo. Si fa riferimento al comma 2, gestione della mensa e spaccio, e al comma 3 va bene però si faceva riferimento ad accordi intercorsi alla possibilità di retribuire due persone o di adibire due persone a carico della Provincia alla mensa. C'è un impegno e ne prendo atto, ma questo impegno riesce a coprire l'impegno assunto precedentemente oppure no? Chiedo all'Assessore di precisare bene i termini.

RUBNER (Landesrat für öffentliche Arbeiten, Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals - SVP): Es hat Vereinbarungen mit den Gewerkschaften über die Mensa gegeben, aber über eine Konsumgenossenschaft oder eine Verkaufsstelle für Lebensmittel usw. ist überhaupt nie geredet worden. Das habe ich erst zufällig dann in diesem Artikel gefunden, der von den Verwaltern der Mensa selber formuliert worden ist. Ich muß sagen, ich war sehr überrascht, weil nie davon bei den Verhandlungen die Rede war. Hingegen was das Personal anbelangt, da haben wir versucht über verschiedene Einrichtungen des Landes, z.B. über das Schulhotel Savoy Meran usw. diese Personen anzustellen, aber es gibt überall Schwierigkeiten und deswegen sind wir der Meinung, daß es günstiger ist, wenn wir der Mensaverwaltung einen Beitrag geben und mit diesem Beitrag stellt sich dann die Mensaverwaltung selber das Personal an. Es ist also dann nicht vom Land angestelltes besoldetes Personal, sondern von der Verwaltung der Mensa selber angestelltes und besoldetes Personal. Die Beträge werden so bemessen, daß die Gehälter und Löhne, wie sie in den Kollektivverträgen festgesetzt sind, für zwei Personen als Beitrag gewährt werden.

PRÄSIDENT: Wer wünscht noch das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

Art. 26

Ristrutturazione ruoli provinciali

(1) I sottoelencati ruoli provinciali, nonché le relative dotazioni organiche sono soppressi:

- 1) ruolo speciale dei servizi sanitari;
- 2) ruolo speciale del servizio di salute mentale;
- 3) ruolo speciale del servizio di medicina preventiva materna e infantile;
- 4) ruolo speciale del laboratorio provinciale d'igiene e profilassi limitatamente alla sezione medico-micrografica.

(2) Le dotazioni organiche delle qualifiche funzionali dei sottoelencati ruoli provinciali sono ridotte del seguente numero di posti:

- 1) ruolo speciale del servizio di prevenzione, cura e riabilitazione delle forme di devianza sociale, tossicodipendenza e alcolismo:
 - a) VII e VIII qualifica funzionale: n. 7 posti;
 - b) VI qualifica funzionale: n. 3 posti;
- 2) ruolo speciale dei servizi sociali:
 - a) VI qualifica funzionale: n. 13 posti;
- 3) ruolo speciale del laboratorio provinciale d'igiene e profilassi - organico del personale di vigilanza sanitaria:
 - a) IV qualifica funzionale: n. 5 posti;
 - b) V qualifica funzionale: n. 2 posti.

(3) I complessivi 8 posti di consigliere economico e consigliere urbanistico previsti all'allegato F/bis della legge provinciale 29.11.1971, n. 15, sono trasferiti nel ruolo amministrativo.

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit 1 Enthaltung genehmigt.

Art. 27

Abbreviazioni anzianità

- (1) Per gli appartenenti alla terza qualifica funzionale gli stipendi previsti all'art. 12 sono maggiorati, a decorrere dall'1.1.1983, di due aumenti periodici valutabili ai fini dell'ulteriore progressione economica.
- (2) Con la stessa decorrenza di cui al primo comma, per gli appartenenti alla VII e VIII qualifica funzionale gli stipendi previsti al precedente art. 12 sono maggiorati di un aumento periodico valutabile ai fini dell'ulteriore progressione economica.

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit 1 Enthaltung genehmigt.

Art. 28

Indennità di funzione

- (1) Agli ispettori di scuola materna di ruolo e non di ruolo è attribuita, con decorrenza 1.9.1982, un'indennità di funzione annua lorda di lire 3.780.000.
- (2) Ai direttori di scuola materna di ruolo e non di ruolo è attribuita, con decorrenza 1.9.1982, un'indennità di funzione annua lorda di lire 2.000.000.
- (3) Per quanto non previsto dal presente articolo si applicano alle suddette indennità di funzione le norme di cui agli artt. 47 e 85 della legge provinciale 21.5.1981, n.11, e successive modifiche e integrazioni.
- (4) L'art. 58 della legge provinciale 17.8.1976, n.36, trova applicazione anche nei confronti del personale direttivo della scuola materna.

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit 3 Enthaltungen genehmigt.

Art. 28/bis

Alloggi di servizio

- (1) L'espletamento del servizio di custodia e portineria degli stabili di proprietà della Provincia è regolato da apposito regolamento. Tale regolamento regola fra l'altro:
 - a) gli obblighi di servizio del custode;
 - b) l'uso dell'alloggio di servizio;
 - c) la sostituzione del custode, in caso di sua temporanea assenza o impedimento.

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit 3 Enthaltungen genehmigt.

Art. 29

Ufficio tecnico della R.A.S.

(1) Dopo l'art. 10 della legge provinciale 13.2.1975, n.16, è inserito il seguente art. 10/bis:

"Ufficio tecnico

(1) È istituito l'ufficio tecnico con attribuzione dei seguenti compiti: servizi tecnici, pianificazione tecnica, costruzione e manutenzione della rete radiotelevisiva, ricerche di nuove tecnologie per il miglioramento delle strutture del servizio radiotelevisivo, rappresentanza tecnica verso terzi.

(2) Per l'accesso alla funzione di direttore d'ufficio sono richiesti i requisiti di cui all'art. 24, lett. c), della legge provinciale 21.5.1981, n.11, nonché l'appartenenza al personale della R.A.S. (Radiotelevisione Azienda Speciale della Provincia di Bolzano).

(3) L'incarico di dirigente è conferito per la durata di quattro anni con deliberazione del consiglio di amministrazione e può essere rinnovato.

(4) All'impiegato incaricato della dirigenza spetta per la durata dell'incarico, in aggiunta al trattamento economico di qualifica, l'indennità di dirigenza prevista per i direttori d'ufficio dell'Amministrazione provinciale."

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

GIUSEPPE SFONDRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 29/bis

(1) L'articolo unico della legge provinciale 11.3.1983, n.7: "Modifiche e integrazioni alla legge provinciale 13.2.1975, n.16" è sostituito dal seguente:

"(1) Per l'ulteriore espletamento dei compiti di ufficio, la R.A.S. (Radiotelevisione Azienda Speciale della Provincia di Bolzano), istituita con legge provinciale 13.2.1975, n.16, provvederà all'assunzione di n. 2 dipendenti delle qualifiche funzionali già corrispondenti alla carriera esecutiva e di n. 1 dipendente della qualifica funzionale già corrispondente alla carriera ausiliaria."

Chi chiede la parola? Consigliere Costalbano.

COSTALBANO (NS-NL): Io ho due emendamenti al 29/bis. Vorrei sapere qual è.

PRESIDENTE: Non ha nulla a che fare con questo. Sono nuovi articoli e la numerazione viene modificata.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a

maggioranza con 3 astensioni.

Art. 29/ter

(1) All'art. 5 della legge provinciale 13.2.1975, n.16, è aggiunto il seguente comma:

"Al gruppo linguistico ladino è fatta salva la possibilità di accesso alle singole cariche."

La parola al consigliere Dubis.

DUBIS (SVP): Herr Präsident, nur ganz kurz, um diesen in der Kommission neu dazugekommenen Artikel zu begründen. Wir haben bei verschiedenen Gesetzen, welche Kommissionen oder Verwaltungsräte vorsehen, die zahlenmäßig so gering sind, daß der ethnische Proporz für einen Ladiner nicht ausreicht, in letzter Zeit mehrfach die Möglichkeit vorgesehen, daß auch ein Ladiner zum Zug kommen kann. Also eine Kann-Bestimmung, wie auch in anderen Gesetzen.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 29/quater

Inquadramento in ruolo dei bidelli provvisori

(1) I bidelli provvisori assunti per la copertura di posti vacanti nelle piante organiche delle singole istituzioni scolastiche, purché in servizio da almeno un anno alla data di entrata in vigore della presente legge, sono inquadrati nei rispettivi ruoli con effetto dalla stessa data, entro i limiti dei posti vacanti nei ruoli medesimi, previo giudizio favorevole dei rispettivi direttori di istituto e capi dei servizi di segreteria, ovvero del competente ispettore o direttore di scuola professionale.

(2) Ai bidelli che conseguiranno l'inquadramento in ruolo ai sensi del presente articolo, il servizio provvisorio in precedenza prestato presso la Provincia è riconosciuto fino alla misura massima di anni quattro ai fini dell'ulteriore progressione economica nel corrispondente livello retributivo. In sede di inquadramento e di riconoscimento del servizio provvisorio è comunque assicurato un trattamento economico tra quelli conseguibili nel livello retributivo per classi e scatti, mediante eventuale aggiunta di scatti convenzionali, di importo pari o immediatamente superiore a quello in godimento quale provvisorio.

(3) Le disposizioni di cui ai commi precedenti si applicano anche nei riguardi dei bidelli provvisori transitati al servizio di commesso per effetto dell'art. 8 della legge provinciale 14.1.1982, n.2, previo giudizio favorevole espresso dal direttore dell'ufficio cui risultano addetti.

E' stato presentato un emendamento dai consiglieri Costalbano e Barbiero: "Con le modalità di cui al comma precedente, i bidelli provvi-

sori assunti ai sensi della lettera h) del quadro 7) della tabella g) allegata alla L.P. 29.4.1975, n. 22 e successive modifiche, in possesso del medesimo requisito di anzianità, sono inquadrati nei rispettivi ruoli, occorrendo anche in soprannumero alle normali dotazioni organiche, da riassorbirsi gradualmente col verificarsi di successive vacanze dovute a qualsiasi causa nelle piante organiche delle istituzioni scolastiche site nello stesso Comune dove prestano servizio.

Fino a totale assorbimento delle eventuali posizioni soprannumerarie derivanti dall'inquadramento di cui al comma precedente, sono resi indisponibili altrettanti posti per i quali è possibile l'assunzione provvisoria ai sensi della lettera g) del quadro 7) della tabella D) allegata alla presente legge.

Ai fini del riassorbimento delle posizioni soprannumerarie, i bidelli inquadrati ai sensi del secondo comma del presente articolo possono essere trasferiti d'ufficio, con ordinanza dell'Assessore al personale, presso istituzioni scolastiche dello stesso Comune, che presentino od abbiano a presentare in futuro deficienze in organico."

La parola al consigliere Costalbano.

COSTALBANO (NS-NL): Io credo che questo emendamento sia inserito dopo il punto b dell'emendamento presentato a firma dell'assessore Rubner, nel senso che è inteso a reperire quella che è una situazione di fatto. Ci sono delle situazioni in cui i bidelli sono in soprannumero ma però non sono messi in una situazione di precarietà per cui questo problema fra sei mesi o un anno non esiste più. Nelle previsioni c'è da sperimentare tutta una situazione per cui l'emendamento intende anche reperire questi e inquadrarli organicamente proprio perché queste funzioni devono essere assolte indipendentemente dall'organico che adesso è fissato. E' uno sforzo che può contrastare forse con certe esigenze dell'Amministrazione però ritengo che è uno sforzo che va fatto. In questo modo possono essere restituite alcune richieste di fondo di organizzazioni sindacali anche in merito ad una questione di precarietà che a nostro avviso non può essere data per scontata in permanenza.

RUBNER (Landesrat für öffentliche Arbeiten, Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals - SVP): Wir haben selber einen Antrag hier gestellt. Dieser Antrag scheint mir gerecht zu sein. Wir haben freie Stellen, d.h. es gehen Schuldiener in Pension, es sterben Schuldiener, es treten Schuldiener aus, diese Stellen sind dann frei. Und nachdem doch eine bestimmte Anzahl von provisorischen Schuldienern da sind, ist es recht und billig, daß die, wenn sie keine negative Beurteilung bekommen haben, direkt in die Stammrolle aufgenommen werden, ohne daß man einen langen Weg über einen Wettbewerb durchführt, aber immer im Rahmen der Stellenpläne. Währenddem der Vorschlag, den Kollege Costalbano hier bringt, über die Stellen, wie sie in den Stellenplänen vorgesehen sind, hinausgingen. Ich glaube, das wäre für eine Verwaltung unverantwortlich.

Sie wissen ja, daß z.B. gerade bei den Schuldienern das Staatsgesetz vorschreibt, daß ein bestimmter Prozentsatz, sogar 40% der Stellen Invaliden vorbehalten werden muß. Wenn ich nun insgesamt für die Schulen des Landes 1.000 Schuldiener brauche, dann darf es doch nicht so sein, daß ich wegen dieses 40% Vorbehaltes 1.400 Stellen schaffen muß, damit ich 1.000 gesunde habe und 100 um dem Gesetz genüge zu tun. Sondern ich muß wirklich mit den 1.000 Stellen auskommen, sonst, glaube ich, würden wir eine sehr schlechte Verwaltung führen. Es ist so, daß wir deswegen diesen Vorschlag vom Kollegen Costalbano nicht annehmen können, weil wir absolut dagegen sind über die Planstellen hinaus diese Schuldiener in die Stammrolle aufzunehmen.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola sull'emendamento aggiuntivo? Nessuno. Lo pongo in votazione: respinto a maggioranza con 4 voti favorevoli.

Chi chiede la parola sull'art. 29/quater? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Dó lettura di un articolo 29/quinquies presentato dall'Assessore Molygoni:

Art. 29/quinquies

L'allegato A della L.P. 21.5.1981, n. 11 é modificato ed integrato come segue:

Ripartizione IX: Finanze e patrimonio

174 - Ufficio sistema informativo amministrativo

Analisi programmazione ed elaborazione procedure elettroniche

Meccanizzazione, procedure amministrative e contabili

Elaborazione statistica

Collaborazione con gli altri centri ed uffici EDP dell'amministrazione provinciale

Comitato di coordinamento EDP

Consulenza nel settore EDP e gli uffici e i servizi dell'area amministrativa.

(2) Fra i compiti previsti dall'Ufficio n. 149 "Ufficio bilancio" di cui all'allegato A della L.P. 21.5.1981, n. 11 viene stralciata la frase "Meccanizzazione del bilancio e della contabilità generale".

(3) Per la prima nomina del direttore d'ufficio si applica il secondo comma dell'art. 108 della L.P. 21.5.1981, n. 11.

La parola all'assessore Molygoni.

MOLIGNONI (Assessore alle finanze e patrimonio - PSDI): Dopo la presentazione di questo emendamento da parte mia che riguardava l'aspetto particolare della ripartizione IX finanze e patrimonio, abbiamo avuto un lungo scambio di opinioni in sede di Giunta ed é stato convenuto e verbalizzato che il tema da me posto con questo emendamento sará ripreso, esa-

minato e spero risolto alla ripresa dei lavori autunnali. Io confido in questa cosa e in questo momento con questa assicurazione che in parte mi soddisfa dichiaro che ritiro l'emendamento.

PRESIDENTE: L'emendamento é ritirato. Dó lettura dell'emendamento a firma Pasquali e Rubner che diventa quinques:

Art. 29/quinques

(1) La Provincia assume a carico del proprio bilancio gli oneri di riscatto da corrispondere in base all'art. 2 della legge 7.2.1979, n.29, e dell'art.4 della legge 7.7.1980, n.299, nei confronti del personale che, inquadrato nei ruoli provinciali, abbia richiesto o richieda entro tre mesi dall'entrata in vigore della presente legge la ricongiunzione presso la C.P.D.E.L. del periodo di servizio prestato presso il disciolto Istituto Servizio Sociale Case per Lavoratori (I.S.S.Ca.L.) dalla data di assunzione a quella di inquadramento nei ruoli provinciali, con iscrizione previdenziale all'INPS.

La parola all'Assessore Rubner.

RUBNER (Landesrat für öffentliche Arbeiten, Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals - SVP): Hier handelt es sich um einen Bediensteten des Landes, der früher bei der I.S.S.Ca.L. war, Institut für Sozial- und Arbeiterwohnbau, und nachdem dieses Institut aufgelöst worden ist, ist das Personal, diese eine Person auf das Land übergegangen. Diese Person hatte keine Wahl, ob übergehen oder nicht übergehen, und diese Person war früher nicht bei der C.P.D.E.L., sondern bei der I.N.P.S. versichert und nun sagt die Landesverwaltung, daß die Differenz auf die Einzahlungen zwischen I.N.P.S. und C.P.D.E.L. für die Zeit, in der die betreffende Person bei der I.N.P.S. versichert war, zu Lasten des Landeshaushaltes übernommen wird. Deswegen, weil diese Person nicht freiwillig übergegangen ist, nicht irgendwie die Möglichkeit einer Option hatte, sondern keine andere Möglichkeit hatte als überzugehen.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimitá.

Art. 30

(1) Sono abrogate le seguenti disposizioni: il secondo periodo dell'art.13, nonché gli artt. 34, 79, 85, 89, 92, 96, 107 e 112 della legge provinciale 3.7.1959, n. 6, e successive modifiche ed integrazioni, l'art. 2 della legge provinciale 2.3.1960, n. 4, gli artt. 18 e 26 della legge provinciale 12.11.1964, n.16, e successive modifiche ed integrazioni, gli artt. 11, 14, 16 e 24 della legge provinciale 21.2.1972, n. 4, e l'art. 9 della legge provinciale 24.3.1977, n.11.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a

maggioranza con 4 astensioni.

Dó lettura di un nuovo articolo presentato dagli Assessori Rubner e Mayr:

Art. 30/bis

Norma transitoria

(1) I benefici economici derivanti dalla progressione economica per classi di stipendio o aumenti periodici biennali maturati successivamente al 1.1.1-1983 sono corrisposti per l'intero importo anche se, ai sensi dei precedenti commi, il nuovo stipendio non venga attribuito nella misura intera. Il presente articolo troverá applicazione nel caso in cui entrará in vigore la relativa norma per il personale statale.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 31

Disposizioni finanziarie

(1) La maggiore spesa derivante dall'attuazione della presente legge é valutata in lire 4.500 milioni per l'anno finanziario 1983, in lire 9.560 milioni per l'anno finanziario 1984 e in lire 11.250 milioni per l'anno finanziario 1985.

(2) Alla copertura dell'onere di lire 4.500 milioni a carico dell'esercizio finanziario 1983 si provvede mediante riduzione di pari importo del fondo globale iscritto al cap. 102115 dello stato di previsione della spesa per l'anno finanziario in corso (partita n. 1 dell'allegato al bilancio n. 3).

(3) Alla copertura degli oneri a carico degli esercizi finanziari 1984 e 1985 si provvede mediante utilizzo delle disponibilitá finanziarie previste per gli stessi esercizi nel bilancio pluriennale 1983-1985 della Provincia.

(4) La spesa per la concessione di contributi e sussidi ai sensi dell'art.25, terzo comma, della presente legge, é stabilita per l'anno finanziario 1983 in lire 27 milioni ed é posta a carico dello stanziamento previsto al cap. 12155 dello stato di previsione della spesa per l'anno in corso, che presenta la disponibilitá occorrente. Per gli esercizi finanziari successivi la spesa sará stabilita dalla legge finanziaria annuale.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Art. 32

(1) Nello stato di previsione della spesa per l'anno finanziario 1983 sono introdotte le seguenti variazioni:

in aumento:

Cap. 12100 - Assegni fissi e competenze
accessorie al personale,
compresi oneri previdenzia-

competenza

cassa

li e assistenziali	L. 4.500.000.000	4.500.000.000
in diminuzione:		
Cap. 102110 - Fondo di riserva di cassa (art.21 L.P. 26.4.1980 n.8)	L. ---	4.500.000.000
Cap. 102115 - Fondo globale per far fronte ad oneri derivanti da provvedimenti legislativi in corso (spese correnti)	L. 4.500.000.000	---

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 5 astensioni.

Art. 33

La presente legge é dichiarata urgente ai sensi dell'art. 55 dello Statuto speciale per la Regione Trentino-Alto Adige ed entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

La parola al consigliere Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Solo per dire che voteró a favore della clausola d'urgenza.

Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 20 voti favorevoli e 4 astensioni.

Dichiarazioni di voto? Nessuna. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 23, sí 16, no 3, schede bianche 3, schede nulle 1. Il Consiglio provinciale approva.
La seduta é tolta.

ORE 18.05 UHR